



91. Sitzung

Mittwoch, 14. Februar 2001

Vorsitzende: Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Erster Vizepräsident Berndt Röder und
Zweite Vizepräsidentin Sonja Deuter

Inhalt

Mitteilungen der Präsidentin

Abwicklung und Änderung der **Tagesordnung** 4559 A

Aktuelle Stunde 4559 A

Fraktion der CDU:

**Offene Drogenszenen – alles nur
Gewöhnung?** 4559 A

Dietrich Wersich CDU 4559 A, 4569 A

Dr. Martin Schäfer SPD 4559 D

Manfred Mahr GAL 4560 C, 4568 B

Lutz Jobs REGENBOGEN –
für eine neue Linke 4561 C, 4565 C

Hartmuth Wrocklage, Senator 4562 B

Heino Vahldieck CDU 4563 B

Ingo Kleist SPD 4564 B

Peter Zamory GAL 4564 D

Ole von Beust CDU 4566 B

Dr. Holger Christier SPD 4567 B

Norbert Hackbusch REGENBOGEN –
für eine neue Linke 4568 D

Petra Brinkmann SPD 4569 C

Fraktion der GAL:

„Der perfekte Mensch um jeden Preis“ 4570 B

Dr. Dorothee Freudenberg GAL 4570 B

Karin Roth, Senatorin 4571 B

Wolfgang Marx SPD 4572 A

Dr. Roland Salchow CDU 4572 C

Lutz Jobs REGENBOGEN –
für eine neue Linke 4573 A

Peter Zamory GAL 4573 D

Fraktion der SPD:

**Brinkmann – ein Stück Hamburger
Innenstadt**

(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Senatsantrag:

**Verleihung des Ehrenbürgerrechts an
Herrn Siegfried Lenz**
– Drs 16/5520 – 4574 B

Ortwin Runde, Erster Bürgermeister 4574 B

Dr. Holger Christier SPD 4575 B

Ole von Beust CDU 4576 D

Antje Möller GAL 4578 A

Julia Koppke REGENBOGEN –
für eine neue Linke 4579 A

Beschluß 4579 C

Große Anfrage der Fraktion der SPD:

**Die Weiterentwicklung der
Altentagesstätten in Hamburg**
– Drs 16/5398 – 4579 D

Wolfgang Baar SPD 4580 A

Frank-Thorsten Schira CDU 4581 D

Dr. Dorothee Freudenberg GAL 4582 D

Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke	4583 B	Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke:	
Karin Roth, Senatorin	4583 D	Kein Platz für TV-World in Jenfeld	
Besprechung erfolgt	4584 C	– Drs 16/5532 –	4593 C
		Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke	4593 C, 4598 B
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Barbara Duden SPD	4595 A
Wahl von Mitgliedern des Richterwahlausschusses und ihrer Vertreterinnen und Vertreter		Jürgen Klimke CDU	4596 B
– Drs 16/5013 –	4584 C	Antje Möller GAL	4597 C
Ergebnis	4589 B	Beschluß	4598 D
		Antrag der Fraktionen der GAL und der SPD:	
Unterrichtung der Präsidentin der Bürgerschaft:		Mehr Klarheit und Sicherheit bei Vorsorgevollmachten, Betreuungsverfügungen und Patientenverfügungen	
Wahl einer oder eines Deputierten der Wirtschaftsbehörde		– Drs 16/5534 –	4599 A
– Drs 16/5448 –	4584 C	Dr. Dorothee Freudenberg GAL	4599 A, 4601 C
Ergebnis	4589 B	Petra Brinkmann SPD	4600 A
		Vera Jürs CDU	4601 A
Unterrichtung der Präsidentin der Bürgerschaft:		Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke	4601 C
Wahl einer oder eines Deputierten der Stadtentwicklungsbehörde		Beschluß	4601 D
– Drs 16/5540 –	4584 C		
Ergebnis	4589 C	Große Anfrage der Fraktion der CDU:	
		Ambulante Sterbebegleitung in Hamburg	
Große Anfrage der Fraktion der CDU:		– Drs 16/5084 –	4601 D
Rechtspfleger		Eleonore Rudolph CDU	4601 D
– Drs 16/5085 –	4585 A	Dr. Mathias Petersen SPD	4603 C
Dr. Ulrich Karpen CDU	4585 A, 4589 A	Dr. Dorothee Freudenberg GAL	4604 A
Helga Weise SPD	4586 A	Karin Roth, Senatorin	4604 D
Bettina Kähler GAL	4587 A	Besprechung erfolgt	4605 B
Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit, Senatorin	4587 C		
Besprechung erfolgt	4589 B	Große Anfrage der Fraktion der SPD:	
		Fluglärmschutzmaßnahmen	
Antrag der Fraktionen der GAL und der SPD sowie der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke:		– Drs 16/5328 –	4605 B
Artikel 3 Absatz 2 Satz 4 (Gleichberechtigte Vertretung von Frauen und Männern in kollegialen öffentlich-rechtlichen Beschluß- und Beratungsorganen)		Dr. Monika Schaal SPD	4605 C
– Drs 16/5533 –	4589 C	Helga Christel Röder CDU	4606 B
Dr. Martin Schmidt GAL	4589 C	Axel Bühler GAL	4607 B
Britta Ernst SPD	4591 B	Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke	4608 A, 4609 A
Antje Blumenthal CDU	4592 A	Alexander Porschke, Senator	4608 D
Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke	4592 C	Besprechung erfolgt	4609 D
Beschlüsse	4593 B	Antrag der Fraktion der CDU:	
		Konzertierte Aktion zur Bekämpfung von Graffiti-schäden	
		– Drs 16/5416 –	4609 D
		Beschluß	4610 A

A **Beginn: 15.01 Uhr**

Vizepräsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Die Fraktionen und die Gruppe sind übereingekommen, zwei Veränderungen in der Debattenreihenfolge vorzunehmen. Zuerst werden die Tagesordnungspunkte 20 und 50 gegeneinander ausgetauscht. Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats wird also Tagesordnungspunkt 50 bereits heute und Tagesordnungspunkt 20 erst morgen debattiert werden. Außerdem werden heute die Tagesordnungspunkte 13 und 50 gegeneinander ausgetauscht.

Wir kommen zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der CDU-Fraktion

Offene Drogenszenen – alles nur Gewöhnung?

von der GAL-Fraktion

„Der perfekte Mensch um jeden Preis“

sowie von der SPD-Fraktion

Brinkmann – ein Stück Hamburger Innenstadt

Ich rufe zunächst das erste Thema auf. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Der Abgeordnete Wersich hat es.

B **Dietrich Wersich** CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die offene Drogenszene in Hamburg ist mit etwa 2000 Menschen die größte in Deutschland und wahrscheinlich sogar in ganz Europa. Offene Drogenszene heißt nicht nur eine ungeheure Belastung für Anwohner, Besucher und Geschäftsleute, sondern sie ist auch sozial eine Katastrophe. Sie zieht labile Menschen an, fördert den Abstieg in Not und Elend, entfernt sie von Hilfe. In der Szene gedeihen Gewalt, Verbrechen und Prostitution. Drogen und deren riskanteste Konsumform wuchern, Dealer haben leichtes Geschäft. Genau in dieser Szene explodiert derzeit in Hamburg der Crackkonsum, eine Kokaindroge mit kurzer Wirkung, aggressivsten Erregungszuständen und langer Depression.

Wie, meine Damen und Herren, reagiert die Regierungskoalition? Die GAL läßt letzte Woche im „Abendblatt“ durch Herrn Mahr verkündigen, man müsse in Hamburg mit der offenen Drogenszene leben. Ich stelle fest: Die CDU wird in dieser Stadt niemals mit der offenen Drogenszene leben,

(*Manfred Mahr GAL:* Dann müssen Sie wegziehen!)

und sie wird sich niemals an die offene Drogenszene gewöhnen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn die GAL zu einem derart gravierenden Problem in der Stadt als Botschaft für den Bürger lediglich hat, man müsse mit dem Problem leben, zeigt es, daß sie weder ein Konzept hat noch eine Idee, wie man dieses Problem ändern kann.

(*Jürgen Schmidt SPD:* Nur Herr Wersich kann das!)

Das ist politische Resignation bei der GAL.

(Beifall bei der CDU)

C Bei der SPD liegt der Fall nur wenig anders. Dort scheint man die Defizite bewußter wahrzunehmen; von Umsetzung aber keine Spur. Was soll das? Der Bürger merkt in Hamburg, daß nicht die Drogenpolitik fortschrittlich, sondern daß das Drogenproblem weit fortgeschritten ist.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben aufgrund des Methadon-Programms einen Rückgang der Drogentoten und der Beschaffungskriminalität und somit eine positive Entwicklung. Aber dem stehen gravierende Mißstände gegenüber. Jeder in der Stadt kann Goldkettchen-behängte Jugendliche in Markenklamotten beobachten, die hier – oft als minderjährige unbegleitete Flüchtlinge getarnt – leben, ohne jede Spur von Elend und Vertreibung, die den verwahten Süchtigen mit ausgeglichenen Gesichtern und zittrigen Händen Stoff verkaufen. Wem von diesen beiden nützt es eigentlich, wenn der Staat hilflos zuschaut? Es nützt nur dem Dealer und nicht den Süchtigen.

(Beifall bei der CDU)

In Hamburg sind die Haftanstalten mit Drogen überflutet. Insassen kommen dort überhaupt erst auf Droge. Das Drogenproblem hat nicht ab-, sondern zugenommen. Trotz vieler Aussteiger und trotz vieler Toter haben wir offenbar einen ungebremsen Nachwuchs neuer Konsumenten. Die Vielfalt und die Menge des Stoffes ist in Hamburg so groß wie nie, und die Todesrate ist immer noch größer als in Frankfurt, Berlin und München. Offenbar ist Hamburg ein Paradies des Drogenhandels: wenig Risiko, hohe Gewinne.

D Mit einem ungeheuren Marktdruck, der auf die labilen und suchtbetrohten Menschen in der Stadt ausgeübt wird, wird die Elendsspirale immer wieder neu angetrieben. Wie blind muß man sein, um keine Zusammenhänge mit der Politik des Senats wahrzunehmen? Sie können nicht sagen, die Drogenpolitik ist vorbildlich, und auf der anderen Seite sagen wir, wir haben ein paar Probleme mit der Inneren Sicherheit. Es muß *eine* Drogenpolitik geben mit gemeinsamen Zielen, an der alle Behörden in Hamburg mitwirken.

Dazu hat die CDU in den vergangenen drei Jahren eine ganze Reihe von Bausteinen in Form von Anträgen vorgelegt. Sie haben keine dieser Initiativen von uns ergriffen oder genutzt.

(*Petra Brinkmann SPD:* Sie haben ja nicht einmal eine eigene Meinung!)

Das rächt sich nun, weil Sie dem Drogenproblem in der Stadt weiter hinterherlaufen.

Meine Damen und Herren! Eine Erneuerung der Drogenpolitik ist in Hamburg dringend erforderlich. Wir müssen zu dem Ziel kommen, daß der Drogenkonsum mit all seinen negativen Auswirkungen sowohl auf die Süchtigen als auch auf die Nichtsüchtigen in der Stadt spürbar reduziert wird. Es kann in der Drogenpolitik ohne Auflösung der offenen Szene in der Stadt keinen Fortschritt geben. Das wird die CDU tun.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Schäfer.

Dr. Martin Schäfer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Bild, das Sie, Herr Wersich, von den Zuständen dieser Stadt gemalt haben, stimmt so nicht.

(Dr. Martin Schäfer SPD)

A *(Antje Blumenthal CDU: Dann kommen Sie mal eben mit nach St. Georg!)*

Ich darf Sie an den Zustand beim und um den Hauptbahnhof herum Mitte der neunziger Jahre erinnern. Ich darf Sie auffordern, sich heute anzugucken, wie es dort aussieht. Es ist deutlich besser geworden.

Ich kann mich sehr gut daran erinnern, wie es 1996/1997 in der Drogenhandelsszene im Schanzenviertel ausgesehen hat. Das Bild ist dort deutlich besser geworden. Ich lade Sie ein, mit mir zu jeder beliebigen Tages- oder Nachtzeit durch den Sternschanzenpark zu gehen. Sie werden sich wundern,

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Lieber nicht!)

wie gut das geht. Sie wissen das lediglich nicht. Sie sprechen über Dinge, von denen Sie nichts wissen.

(Beifall bei der SPD, der GAL und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke – Karl-Heinz Ehlers CDU: Gott sei Dank, daß wir Sie immer dort treffen!)

Die Drogenpolitik, die der Senat und die Bürgerschaft in dieser Stadt seit über zehn Jahren machen, ist erfolgreich. Sie beruht auf vier Säulen: Prävention, medizinische Hilfe bis zur Ausstiegshilfe, Überlebenshilfen. Drei der vier Säulen sind erfolgreich. Darüber herrscht weitgehend Einigkeit, bis hin zur Gewerkschaft der Polizei, die das nun auch begriffen hat.

Richtig ist, daß es im Bereich der Drogenhandelsszene Probleme gibt. Richtig ist auch, daß die Polizei dieser Stadt in den letzten Jahren erfolgreich auf diesem Gebiet gearbeitet hat, auch wenn das Problem selbst noch nicht vollständig beseitigt ist.

B *(Beifall bei der SPD und der GAL – Heino Vahldieck CDU: Nicht vollständig?)*

Das Bild, das Sie gemalt haben, hat nichts mit der Realität in dieser Stadt zu tun.

Zum Thema Crack, das Sie angesprochen haben: Es ist richtig, Herr Wersich, die Situation im Bereich von Drogen und Sucht ändert sich im Laufe der Zeit. Deswegen müssen die Maßnahmen auf diesem Gebiet diesen veränderten Verhaltensweisen der Szene angemessen angepaßt werden. Daß Hamburg davon ganz besonders heftig betroffen sei, ist falsch. Das Crackproblem gab es zuerst in Frankfurt. Kürzlich konnte ich im Pressespiegel lesen – auch Sie bekommen ihn –, daß es dieses Problem auch in Hannover gibt. Es entspricht nicht den Tatsachen, daß es ein spezifisch hamburgisches Problem ist.

Richtig ist, daß es weltweit kein wirkliches Therapiekonzept gegen Crackkonsum gibt. Gleichwohl werden in Hamburg in absehbarer Zeit auf diesem Gebiet Hilfemaßnahmen angeboten werden, und selbstverständlich wird die Polizei, speziell beim Handel mit Crack, entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Das Problem in der Drogenhandelsszene besteht in Hamburg zur Zeit maßgeblich darin, daß der Straßenhandel mit Drogen überwiegend durch schwarzafrikanische Jugendliche oder schwarzafrikanische junge Männer, die sich als Jugendliche ausgeben, durchgeführt wird.

An dieser Stelle gibt es in der Tat ein Problem.

(Bernd Reinert CDU: Ach!)

Dieses Problem sorgt aber nicht dafür, daß wir, wie von einem Berater Ihrer Partei vorgeschlagen, Kinder einsper-

ren werden. Wir werden es nicht zulassen, daß die Strafmündigkeit auf zwölf Jahre herabgesetzt wird. Wir werden nicht das fortschrittliche Jugendstrafrecht, das wir haben und das für den weit überwiegenden Teil aller Jugendlichen, die vor Gericht kommen, richtig ist, so aushebeln, daß es dort nicht mehr auf die Weise greift, wie es das jetzt tut.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir werden es nicht zulassen, daß aufgrund dieses Teilproblems Errungenschaften, die richtig sind, wieder zurückgefahren werden. Wir werden gleichwohl dieses Problem angehen, das sich zwischen SOG, Jugendstrafrecht und Betäubungsmittelgesetz bewegt. Wir werden verhindern, daß sich in diesem Dreieck Leute so bewegen können, wie wir es nicht wollen. Wir reden nicht darüber, wir arbeiten daran.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Mahr.

Manfred Mahr GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wersich, als ich gehört habe, daß Sie mit der Debatte beginnen, habe ich gedacht, daß die CDU sich dem Thema etwas sachlicher nähern würde.

(Antje Blumenthal CDU: Das machen Sie ja! – Petra Brinkmann SPD: Das ist wohl ein Scherz!)

Leider habe ich mich getäuscht.

In der letzten Woche wurde uns wieder einmal in Wundertütenmanier von Ihnen vorgestellt, was man gegen die Drogenproblematik in Hamburg tun kann. Mehr Polizisten, Verschärfung des Polizeirechts und der Einsatz von Brechmitteln sollen es richten, und dann ist die Welt wieder in Ordnung und Hamburg kann ruhig schlafen. Meine Damen und Herren! Das ist Unsinn. Für wie blöd hält die CDU eigentlich die Menschen in dieser Stadt?

Seit gut zehn Jahren wird mit immer wieder modifizierten Polizeikonzepten und einem deutlich verschärften Polizeirecht versucht, der offenen Szene Herr zu werden. Schon 1991 beklagten sich bei mir Mitarbeiter der Bereitschaftspolizei, welchen Sinn das Vorgehen gegen die Drogenzene hätte. Diese Beamten hatten sehr richtig erkannt, daß sie nur das Elend verwalteten. Sie hatten erkannt, daß diejenigen, die öffentlich den Eindruck erweckten, mit Repression könne man der Drogenproblematik Herr werden, der Bevölkerung Sand in die Augen streuten. Sie waren klüger als mancher Gewerkschaftsfunktionär, der heute öffentlich mit dem Feuer spielt.

(Beifall bei der GAL, der SPD und bei Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Jahr für Jahr werden mehr als 50 000 Platzverweise ausgesprochen. Von 17 000 Ingewahrsamnahmen innerhalb von viereinhalb Jahren wurde vom Richter in lediglich 240 Fällen die Fortdauer aus rechtsstaatlichen Gründen aufgehoben. Ja, meine Damen und Herren, der Rechtsstaat gilt auch für diese Menschen.

Wollen Sie das ernsthaft ändern? Wovon reden Sie eigentlich? Wenn der Senat in der Großen Anfrage der SPD mitteilt, daß innerhalb eines Vierteljahres 679 strafrechtlich begründete Festnahmen erfolgt sind,

(Antje Blumenthal CDU: Und gleich wieder freigelassen!)

C

D

(Manfred Mahr GAL)

A frage ich Sie, ab wieviel Festnahmen Ihrer Meinung nach eine erfolgreiche Drogenpolitik stattfindet. Das ist wirklich eine absurde Diskussion, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der GAL, der SPD und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Die Fragestellung des heutigen Debattenthemas kann man auch auf ganz andere Art und Weise provokativ anders stellen. Können, sollen und wollen wir die Drogenszene unsichtbar machen? Niemand von uns ist angetan, wenn er mit dem Drogenelend konfrontiert wird, es beunruhigt uns, und wir wollen es nicht sehen. Es hat etwas Bedrohliches für unser seelisches Gleichgewicht und stört den Alltag. Wer aber noch ein wenig Menschlichkeit in sich trägt, den muß das Herz zerreißen, wenn er die hektischen Geschäfte beobachtet, in fiebrige Augen blickt und sieht, wie sich Menschen für ein paar Mark verkaufen, um sich den nächsten Schuß zu setzen oder, wie es heißt, Steine zu rauchen.

(Ole von Beust CDU: Das stimmt!)

Die CDU hat der SPD angeboten, das Thema Innere Sicherheit aus dem Wahlkampf herauszuhalten, wenn sie mit ihr ein Sicherheitspaket eingeht und ihr Zehn-Punkte-Programm der Version Kusch erfüllt. Die GAL-Fraktion ist Ihnen wirklich sehr dankbar, meine Damen und Herren, daß Sie, ohne es zu merken, klar und deutlich gemacht haben, wie wenig ernst Sie die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt nehmen. Sie wollen nämlich auf Transparenz verzichten.

(Dr. Roland Salchow CDU: Blablabla!)

Sie wären bereit, im Wahlkampf vor diesem Thema zu kuschen, wenn es Ihnen irgendwie den Zugang zur Macht eröffnen würde. Das wird mit uns nicht passieren.

B (Beifall bei der GAL und der SPD – Karl-Heinz Ehlers CDU: Das ist klar!)

Meine Damen und Herren! Ich habe, weil ich die Arbeit selber gemacht habe, sehr großes Verständnis für Polizeibeamte, die zur Bekämpfung der offenen Drogenszene eingesetzt wurden, die die unbefriedigende Arbeit beklagen und darunter leiden. Doch die einfachen Antworten der CDU oder von Herrn Schill bedienen bestenfalls die Stammtische. Sie delegieren das Problem ein weiteres Mal auf die Polizei, ohne daß Aussicht besteht, daß es damit nachhaltig gelöst wird. Tatsächlich ist die CDU der Bremsen und drückt sich um die wirkliche Problemlösung herum.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Hamburg hat mit seinem Methadon-Programm im Ergebnis mehr für die öffentliche Sicherheit getan, als die Polizei mit Repression schaffen könnte. Das Landeskriminalamt hat im letzten Jahr eine Studie vorgestellt und erstmals wissenschaftlich den Zusammenhang zwischen dem Rückgang der Beschaffungskriminalität und der Vergabe von Suchtersatzstoffen nachgewiesen.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Wissenschaftliche Zusammenarbeit? So ein Unsinn!)

Dies läßt vermuten, daß die kontrollierte Abgabe von Heroin ähnliche Wirkung zeigen wird.

Wer den Menschen aus dem Teufelskreis von Sucht und Beschaffungskriminalität heraushelfen will, sollte den Senat und die Bundesregierung bei ihren Bemühungen für eine moderne Drogenpolitik unterstützen. Im Alltag wird es immer wieder erforderlich sein, die Auswüchse im Bereich

der offenen Drogenszene durch Polizeipräsenz zu minimieren. Unsichtbar machen können wir sie nicht. Wir sollten auch nicht so tun, daß dies nur mit einer staatlichen Repressionspolitik möglich wäre, die mit einem Rechtsstaat nichts mehr zu tun hätte. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Dietrich Wersich CDU: Träumer!)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Jobs.

Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mensch Wersich, sonst waren Sie doch in der Lage, sich differenziert an der Debatte zu beteiligen. Hat der Wahlkampf jetzt schon Ihren Realitätssinn vernebelt, daß Sie sich von dieser Fachdebatte verabschieden? Das fände ich schade. Es würde deutlich machen, wie sehr diesem Thema gerade von rechtspopulistischer Seite droht, den Wahlkampf zu einer Schlammschlacht zu machen. Das wäre bitter. Wir haben es in der Stadt immer wieder geschafft, das Thema Drogenpolitik sinnvoll, ruhig und immer wieder auch an den Problemen der Nutzerinnen des Hilfesystems orientiert zu debattieren. Ich hoffe, daß wir dazu auch weiter in der Lage sind.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Hinter dem Schlagwort „offene Szene“ stehen konkrete Menschen mit Rechten, mit Wünschen, mit Bedürfnissen. Die offene Szene ist deshalb nicht nur ein Problem der Unwirtlichkeit der Stadt oder ein Müllproblem, wie die unsägliche Bettlerdrucksache aus dem Jahre 1997/98 nahegelegt hat. Offene Szenen bedienen verschiedene, berechnete und für die Betroffenen wichtige und unverzichtbare Bedürfnisse. Sie sind so etwas wie ein Marktplatz, ein Kommunikationsort, sie sind ein Treffpunkt. Daraus folgt zwingend: Wer offene Szenen nicht will, muß für diese Bedürfnisse akzeptable Alternativangebote machen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei Manfred Mahr GAL)

Ein Beispiel sind bedarfsgerechte und szenenahe Konsumräume mit Cafébetrieb, in denen in Ruhe konsumiert werden kann, aber darüber hinaus auch viele andere Gespräche möglich sind. Dies sind Angebote, die es den Süchtigen möglich machen, ihre Sucht zu überleben, in einem Rahmen, in einer Atmosphäre, in der Gespräche entstehen können, um einen individuellen Ausstieg aus der Sucht voranzubringen. Solche Hilfen werden in der Stadt gebraucht. Sie könnten ein hilfreiches Angebot sein, wie die sogenannten offenen Szenen reduziert werden können. Solche Hilfen braucht es und nicht, Herr Wersich, den platten Knüppel aus dem Sack der CDU in dieser Stadt. Da liegen Sie völlig falsch in der Debatte.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Auch wenn es niemand wirklich offen sagen will, offene Szenen sind steuerbar, aber sie sind nicht mit dem Polizei-Knüppel steuerbar, sondern über das Angebot. Jeder Junkie in der Stadt braucht seinen Dealer, so wie jeder Alkohol trinkende Hamburger sein Supermarkregal braucht.

(Dietrich Wersich CDU: Welch ein Vergleich! Jeder Süchtige braucht seinen Dealer, und deshalb drücken Sie beide Augen zu!)

Ernst gemeinte Hilfe für Drogenkonsumenten bei gleichzeitiger rigoroser polizeilicher Verfolgung des Drogenan-

(Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A gebots ist inkonsequent, Herr Wersich. Es ist heuchlerisch und zum Scheitern verurteilt.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Statt hysterischem Geschrei nach mehr Repression – das kommt inzwischen nicht nur von Ihnen – ist es im Sinne der Drogen- und der Suchthilfe notwendig, eine unideologische Debatte zu führen über kontrollierte Freigabe, über Orte des geduldeten und kontrollierten Drogenhandelns, Verbraucherberatung. Wie so etwas aussehen kann, machen uns die Holländer in Rotterdam vor. Sie haben mit den Basements ein Angebot geschaffen, wie sie den Leuten Hilfe geben und der sogenannten offenen Szene in ihrer Stadt entgegenwirken können. An diesem Beispiel kann sich Hamburg endlich einmal orientieren und seine Drogenpolitik in dieser Frage nach vorne bringen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Polizeilich, wie Sie es vorgeschlagen haben, sind offene Szenen nicht in den Griff zu bekommen. Diese Polizeieinsätze treiben die Szene lediglich von einem Stadtteil zum anderen. Sie überfordern die Polizisten, sie weichen rechtsstaatlichen Grundsätzen aus, und dennoch kreist Ihre Diskussion nur um die Repressionssäule des Drogenhilfesystems.

Die Rede ist von verstärkten BGS- und Polizeieinsätzen und auch vom – im übrigen rechtswidrig nachgewiesenen – Einsatz von Brechmitteln. Von neuen und innovativen Angeboten in der offenen Szene hört man leider auch inzwischen von Regierung, von SPD- und GAL-Senat, nichts mehr.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Das stimmt doch nicht!)

- B Von innovativen Angeboten – gerade an dem Beispiel Rotterdam und den Basements orientiert – hört man von der SPD-Fraktion in dieser Stadt gar nichts. Da können Sie mir nicht widersprechen.

(Dr. Holger Christier SPD: Das stimmt nicht, wir müssen doch nicht alles mitmachen! – Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, das Verdecken der Leuchte für die Redezeitbegrenzung hilft auch nicht. Die fünf Minuten sind am Ende.

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Sie müssen jetzt den Schlußsatz formulieren.

Lutz Jobs (fortfahrend): Ich werde jetzt einen Schlußsatz formulieren. Unterm Strich hat nicht nur die CDU in der letzten Zeit deutlich gemacht, daß sie sich von einem nutzerorientierten Hilfeinsatz verabschiedet; es macht leider auch die SPD. Das hilft niemandem in der Stadt, das hilft nicht den Menschen, die abhängig geworden sind, und Sie werden merken, das wird Ihrem Wahlergebnis auch nicht helfen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Wrocklage.

Senator Hartmuth Wrocklage: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Vor-Wahlkampfzeit ist die Zeit der Populisten, der Scharfmacher, der Propheten, die oberflächliche Rezepte verkünden.

(Ole von Beust CDU: Meinen Sie Herrn Freiberg?) C

Insofern ist das eigentlich eine schlechte Zeit, mit einem so schwierigen Problem umzugehen.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Gott sei Dank, daß wir Sie haben!)

– Das glaube ich auch, Herr Ehlers.

(Barbara Ahrons CDU: Antworten Sie doch mal sachlich. Einmal!)

Wir müssen erkennen, daß es in keiner Stadt der Welt, weder in New York noch in Rotterdam, noch in Berlin, in Frankfurt oder in Hamburg, ein Patentrezept gibt. Das ist die schlichte Wahrheit. Wir müssen uns gemeinsam um einen richtigen Weg bemühen.

Mich hat sehr beeindruckt das Poldermodell, das in den Niederlanden, in Rotterdam, erörtert wird als Möglichkeit, zueinander zu gelangen, um gemeinsam ein Problem zu lösen. Es muß jedem Hamburger und jeder Hamburgerin klar sein, daß man nicht mit monokausalen Konzepten ein so schwieriges Problem angehen kann.

(Antje Blumenthal CDU: Deswegen sind Sie ja so erfolgreich!)

Wir haben ein interdisziplinäres, übergreifendes Konzept entwickelt, und uns bringt ein Schill nicht dazu, einen Rechtsruck zu vollziehen. Wir bleiben bei unserer Linie, und wir glauben, daß wir damit erfolgreich sind.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich habe mir angesehen, was die CDU zu bieten hat, insbesondere das hochnaive Angebot, einen Sicherheitspakt zu schließen, das mir mein Thema wegnehmen will, Herr von Beust. Das kann ich natürlich nicht akzeptieren. Ich habe mir angesehen, was Sie wollen. Sie schlagen ein Aufenthaltsverbot vor. Dazu kann ich Ihnen nur sagen, daß wir das aufgrund des Paragraphen 3 SOG schon lange haben. Sie schlagen Brechmittelvergabe vor und wollen dazu das SOG ändern. Das zeigt, daß Sie die Vergabe von Brechmitteln offenbar als ein Instrument zur Herstellung der Sicherheit und Ordnung ansehen. Sie müssen sich überlegen, was das bedeutet, wenn man das durchbuchstabiert. Mit Brechmitteln erlangte man Beweise im Zusammenhang mit den Strafverfahren. Justizbehörde und Innenbehörde haben aber gemeinsam Beweisregeln vereinbart, die eine Vergabe von Brechmitteln nach derzeitigem Stand überflüssig machen. Ich schalte einmal die gesamte Crackproblematik aus. Gestern habe ich, Herr Vahldieck, in Ihrer schönen Sendung gehört – dieser Punkt ist in dem Zehn-Punkte-Programm gar nicht enthalten –, daß Sie auf den Gedanken gekommen sind, den Unterbindungsgewahrsam als das letzte Rezept vorzuführen. Herr Vahldieck, gucken Sie sich das Polizeirecht an. Auch dort heißt es, daß ein Unterbindungsgewahrsam, der über eine längere Frist wirksam sein könnte, unter dem Vorbehalt der Verhältnismäßigkeit steht, und nach Ende des Gefahrenzustandes wären die in Gewahrsam genommenen Personen sowieso zu entlassen. Mit anderen Worten: Es ist überhaupt gar keine Lösung, die Sie hier vortragen. Sie gaukeln den Menschen eine falsche Hoffnung vor.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir Sozialdemokraten werden den Wahlkampf dazu benutzen, die Hamburgerinnen und Hamburger davon zu überzeugen, daß unser Problem ein gemeinsames Problem der ganzen Stadt ist, über die Institutionen weit hinaus.

(Senator Hartmuth Wrocklage)

A *(Dietrich Wersich CDU: Wahlkampf ist dazu da, Lösungen vorzustellen!)*

Aber auch die Institutionen haben natürlich konzertiert zu arbeiten. Es sind bereits die vier Säulen vorgetragen worden: Aufklärung, Prävention als ein wichtiger Gesichtspunkt, Überlebenshilfe und Basisversorgung als zweiter wichtiger Gesichtspunkt, als dritter Therapieangebote und psychosoziale Betreuungsangebote und natürlich auch – das gehört mit dazu, und das sage ich auch in aller Deutlichkeit – Gefahrenabwehr und Strafverfolgung. Alle diese Elemente gehören zusammen, um zu einem Höchstmaß an Erfolg zu kommen. Es gehören eine große Ehrlichkeit und Zivilcourage dazu, diese Position gegenüber einer durch Herrn Schill und andere emotionalisierten Öffentlichkeit zu vertreten.

Ich glaube, daß wir gemeinsam gute Karten haben, daß wir die Menschen von unserer Linie überzeugen können. Ich mache das immer mit dem Beispiel, daß jedes Kind jeder Familie jederzeit betroffen sein könnte, drogensüchtig zu werden. Da spielt es als Erfolgskriterium eine Rolle, daß die Zahl der Drogentoten in Hamburg stetig abnimmt, während sie in München und in Berlin ansteigt. Für mich ist das ein wirklich wichtiges Zeichen, ein wichtiges Merkmal für den Erfolg unserer Drogenpolitik. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Vahldieck.

(Manfred Mahr GAL: Jetzt kommt der gesundheitspolitische Sprecher!)

B **Heino Vahldieck** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wrocklage, mit monokausalen Konzepten dürfe man nicht vorgehen. Herr Wrocklage, wir wären dankbar, wenn überhaupt mit irgendwelchen Konzepten vorgegangen würde.

(Beifall bei der CDU)

Daran fehlt es doch schon.

Wenn wir hier – Herr Wersich hat das geschildert – die größte offene Drogenszene Deutschlands, möglicherweise Europas haben ...

(Vereinzelt Lachen bei der GAL und der SPD sowie Zurufe)

– Ja, so ist es. Da gibt es gar nichts zu lachen.

Wenn hier 2000 Menschen der offenen Drogenszene angehören, wenn Stadtteile unter der offenen Drogenszene leiden und der SPD nichts anderes einfällt, als in einer Presseerklärung vom 7. Februar zu schreiben, der Kurs in der Drogenpolitik stimmt, dann frage ich mich, ob Sie uns veralbern wollen. Ist das Zeugnis von exzessivem Rindfleischgenuß, oder wollen Sie sich für eine Satirezeitung qualifizieren? Dafür würde es reichen, aber auch nur dafür, Herr Christier.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich ist die Bekämpfung der offenen Drogenszene völlig erfolglos geblieben in dieser Stadt. Wir haben überall Dealer in der Stadt, am Hauptbahnhof ein bißchen weniger, das ist zugestanden, aber immer noch viel zu viele. Im Schanzenviertel, in Teilen von St. Pauli, in den U- und S-Bahnen, in den Bahnhöfen, sogar in Hamburgs guter

Stube, hier vor der Tür, am Jungfernstieg und am Neuen Wall sind Dealer zu finden.

(Peter Zamory GAL: Wo sollen sie denn hin?)

Hunderttausende von Platzverweisen und Tausende von Ingewahrsamnahmen in den letzten Jahren haben überhaupt nichts bewirkt und keinen nachhaltigen Erfolg gezeigt.

Die Situation ist für die Menschen in der Stadt und insbesondere in den betroffenen Stadtteilen eine schlichte Zumutung. Insbesondere für die Männer und Frauen ist es eine Zumutung, die die Aufgabe haben, die Sicherheit in der Stadt zu gewähren, nämlich für die Polizei.

(Beifall bei der CDU – *Uwe Grund SPD: Das ist eine Zumutung, wie Sie mit dem Thema umgehen!*)

Die Polizisten arbeiten sozusagen nur für die Statistik, haben relativ wenig Erfolge, viel zu wenige Verurteilungen, sie sind personell schlecht bestückt. Die sogenannte Drogeneinsatzgruppe ist mit 20 Mann ausgerüstet. Das ist angesichts einer solchen Drogenszene eine lächerlich geringe Zahl. Sie werden von den Dealern veralbert und verlacht. Der Kokainhandel aus dem Mund ist das beste Beispiel dafür, wenn Dealer beim Erscheinen der Polizei – meistens sind es farbige Dealer – die Kugeln verschlucken.

(Zuruf: Ah!)

– Nicht ah, das ist ein Faktum.

(Manfred Mahr GAL: Das macht die Farbe, nicht?)

– Das hat nichts mit der Farbe zu tun.

(Manfred Mahr GAL: Das hat doch damit zu tun!)

Wenn Sie die Wahrheit nicht ertragen können, Herr Mahr, kann ich Ihnen auch nicht helfen.

(Manfred Mahr GAL: Wieso betonen Sie, daß die schwarz sind?)

Die Kokainkugeln werden bei Erscheinen der Polizei verschluckt, und es wird darauf verzichtet, den Stoff wieder zutage zu befördern. Ergebnis: Der Stoff kommt auf natürlichem Wege spätestens am nächsten Tag wieder zutage, wird etwas gereinigt und wiederum aus dem Mund heraus verkauft. Sie können mir nicht erzählen, daß das ein erträglicher Zustand ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir halten das für nicht hinnehmbar. Wir betrachten die Verabreichung von Brechmittel in diesem Zusammenhang nicht nur als notwendig, sondern auch als verhältnismäßig. Sie wird in anderen Städten und Ländern in Deutschland praktiziert. Das hat zur Folge, daß wir ein sicheres Beweismittel haben, anders als bei den Sprüchen des Senats nach dem Motto: Schluckbewegungen und szenetypisches Verhalten würden zur Verurteilung reichen.

Meine Damen und Herren, die Justiz in Hamburg, die den Ruf hat, sehr lasch zu sein, und die im Hinblick auf die Jugendgerichtsbarkeit nach meiner Überzeugung auch zu lasch ist, soll nun tatsächlich aufgrund szenetypischen Verhaltens und Schluckbewegungen jemanden wegen Drogenhandels verurteilen? Wer glaubt denn so etwas? Das ist ein Witz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Mathias Petersen SPD: Ist das Richterscheit?*)

Im übrigen halten wir es für unverantwortlich, den Dealern den Stoff zu belassen. Man überläßt doch auch den Die-

(Heino Vahldieck CDU)

- A ben nicht ihre Beute. Man muß den Dealern den Stoff abnehmen, damit sie damit nicht weiter handeln können, das muß das Ziel sein.

(Beifall bei der CDU – *Peter Zamory GAL*: Und damit ist das Problem gelöst?)

Ferner hätte das den Nebeneffekt, daß der nächste Dealer mit Sicherheit darauf verzichtet, den Stoff zu verschlucken, denn es würde sich in der Szene herumsprechen. Wenn die Dealer erst einmal wissen, daß eine andere härtere Gangart angelegt wird, dann werden sie darauf verzichten, in dieser Art und Weise mit der Polizei umzuspringen. Das müssen wir erreichen.

(Beifall bei der CDU – *Peter Zamory GAL*: Das ist doch naiv!)

Schon die Drohung mit der Verabreichung von Brechmitteln würde sich positiv auswirken. Das wäre die richtige Botschaft an die Dealer.

(*Dr. Mathias Petersen SPD*: Nennen Sie doch mal ein Beispiel. Wo ist das so?)

Deshalb fordern wir die Verabreichung von Brechmitteln gegen Kokaindealer. Das halten wir für ein sinnvolles Mittel. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kleist.

(*Karl-Heinz Ehlers CDU*: Sag, daß wir recht haben!
– *Ole von Beust CDU*: Sag, was du denkst!)

- B **Ingo Kleist SPD**: Zu Ihnen, Herr von Beust, komme ich nachher auch noch.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! An Richterscheitelte wird sich die SPD-Fraktion in keiner Weise beteiligen, denn nicht umsonst ist in einem demokratischen Rechtsstaat die Gewaltenteilung eingeführt worden,

(*Ole von Beust CDU*: Das haben wir bei Airbus gesehen!)

denn andere Systeme, Herr von Beust, haben wir hier gehabt

(*Ole von Beust CDU*: Das gilt auch für Verwaltungsgerichte!)

und natürlich auch abgelehnt.

Wir haben natürlich das Problem der unbegleiteten jugendlichen Dealer, werden aber auch dafür sorgen, daß dieses Problem gelöst wird. Wenn von Mai 1995 bis Mai 2000 452 junge ausländische Straßendealer abgeschoben worden sind, knapp 2 Millionen DM Dealgeld beschlagnahmt wurden, 1500 Personen festgenommen wurden und davon 492 Zuführungen vor Gericht erfolgten, wovon 392 Haftbefehle ausgesprochen wurden, über 320 000 Platzverweise erteilt und mehr als 17 500 Personen in Gewahrsam genommen sowie 115 Aufenthaltsverbote gegen Intensivdealer ausgesprochen wurden, dann können Sie hier nicht sagen, das sei alles nur ein Pfiff, so ähnlich habe ich es vernommen.

(Beifall bei der SPD)

Im übrigen sprechen diese Zahlen auch für sich. Sie sind hoch, das bestreitet niemand. Sie sind sicherlich höher als die Zahlen in anderen deutschen Städten, auch vergleich-

bar mit München; aber München hat erstens weniger Einwohner und ist zweitens keine Hafenstadt. Das gleiche gilt für Frankfurt. Wenn Sie die Zahlen in Relation zur Einwohnerzahl setzen, sind wir nicht mehr Spitze bei diesem Problem, sondern liegen, wie alle deutschen Großstädte, genau in der Mitte.

(*Dietrich Wersich CDU*: Wo haben Sie denn die Zahlen her?)

– Die Zahlen können Sie überall nachlesen. Sie standen zuletzt vor einigen Tagen in der „Welt am Sonntag“. Darin fehlte allerdings eine Zahl, die des hamburgischen Polizeipräsidenten, aber der ist wohl nicht gehört worden. Warum, kann ich Ihnen nicht sagen, das mag auch etwas mit Politik zu tun haben.

Im übrigen, Herr von Beust, wenn man sich dem populistisch wirkenden Offensivkünstler Schill und dem Daueroptimisten Hunke wie Sauerbier anbietet und zwei Tage später den Sozialdemokraten ein sogenanntes Sicherheitsbündnis vorschlägt,

(*Ole von Beust CDU*: Pakt!)

dann kann der geneigte Wähler eigentlich nur ins tiefe Grübeln versinken.

(*Ole von Beust CDU*: Das soll er auch! – *Dr. Roland Salchow*: Das ist ein positiver Akt!)

Eine mehr als fixe Idee des Themas Innere Sicherheit. Es macht Sie in diesem Zusammenhang anscheinend richtig nervös.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das ist es, was noch einmal herübergebracht werden soll.

(*Dr. Roland Salchow CDU*: Wir grübeln nur über Ihre Rede!)

– Richtig.

Auf das Thema Innere Sicherheit im Wahlkampf zu verzichten, hat in der SPD-Fraktion Lachsalven ausgelöst. Es wird sicherlich immer Ihr Geheimnis bleiben, warum Sie an den Erfolg eines solch dilettantisch inszenierten Scheinmanövers glauben.

Wie mein Fraktionsvorsitzender bereits festgestellt hat, brauchen wir bei der Inneren Sicherheit keine Showkämpfe, sondern allenfalls ein gemeinsames vernünftiges Vorgehen. Diesen Weg werden wir in der rotgrünen Koalition jedenfalls weiterhin beschreiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Zamory.

Peter Zamory GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wersich, was Sie am Beispiel der offenen Drogenszene beschrieben haben, ist die Folge der Prohibition. Darüber müssen wir uns unterhalten. Wenn wir über die offene Drogenszene in Hamburg reden, dann reden Sie möglicherweise über die Situation vor dem „Drob Inn“, die allerdings hochproblematisch ist, aber nicht über das Stuttgarter Weinfest, was vom Wirtschaftssenator eingeweiht wird; das ist auch eine offene Drogenszene. Das ist kein Witz.

(Beifall bei *Lutz Jobs REGENBOGEN* – für eine neue Linke)

C

D

(Peter Zamory GAL)

A Das Problem ist, daß wir in diesem Land 80 000 Tote verbuchen müssen, die an Nikotinkonsum versterben, 42 000, die an Alkoholfolgen sterben, und 2023 Menschen, die im letzten Jahr an illegalen Drogen verstorben sind. Das sind die Relationen, über die wir reden. Wenn wir über offene Drogenszenen und die Situation vor dem „Drob Inn“ reden – und das ist die unglaubliche Heuchelei in dieser Stadt –, sind alle froh, daß sich die Szene vom Hauptbahnhof zum Besenbinderhof verlagert hat und sich dort konzentriert, was die Arbeitsbedingungen für die Drogenhilfseinrichtung des „Drob Inn“ fast unerträglich belastet. Niemand sagt aber, wo diese Menschen hin sollen. Ich erinnere an die Bauwagendebatte, die wir geführt haben, in der der Bau-senator Sie von der CDU zu Recht gefragt hat: „Wo sollen sie denn hin?“

(Dietrich Wersich CDU: Wollen Sie die Leute auf der Straße lassen?)

Diese Frage haben Sie nicht beantwortet. Weil es dafür keine einfachen Lösungen gibt, sollten wir uns gemeinsam überlegen, welche Konzepte greifen. Da hilft es uns überhaupt nicht weiter, wenn wir die Debatte über Brechmittel von vor zwei Jahren wieder auflegen. Bei der Anwendung dieser Methode gibt es medizinische Bedenken, die der Rechtsmediziner Püschel schon vor zehn Jahren zu Protokoll gegeben hat. Es gibt juristische Einwendungen von einem Oberlandesgericht in Frankfurt, das später relativiert wurde, aber die Methode ist eben juristisch umstritten. In Hamburg ist von der Justiz und der Innenbehörde gemeinsam deutlich gemacht worden, wie überflüssig diese Debatte ist.

Wenn Ihre Lösung für dieses real existierende Problem der offenen illegalen Drogenszene darin besteht, zwölf Dealern pro Jahr Brechmittel zu verabreichen, wie in Frankfurt, dann zeigt das Ihre tiefe Hilflosigkeit diesem Thema gegenüber.

B

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Uns geht es darum, das Zusammenleben von süchtigen und nicht-süchtigen Bürgern in dieser Stadt für alle Beteiligten erträglich zu gestalten. Da gibt es ein hochentwickeltes Hilfskonzept, das sicher noch weiterentwicklungsbedürftig ist. Wir brauchen Ruheräume für Crack-konsumenten, die durch nachlaufende Straßensozialarbeit in ihren Erschöpfungsphasen in diese Räume gebracht werden, dort medizinisch beraten und behandelt werden und Akupunktur angeboten wird. Das ist ein Punkt, der kommen wird.

(Wolfgang Beuß CDU: Tolle Idee!)

Es ist außerdem nötig, daß wir den vier Säulen der Drogenpolitik, auf die wir uns als Koalitionspartner im Koalitionsvertrag geeinigt haben, eine fünfte Säule hinzufügen. Diese fünfte Säule heißt Kooperation. Das heißt, wir brauchen ein Gremium – wir müssen es nicht Montagsrunde nennen –, in dem sich Staatsanwaltschaft, Polizei, Drogenbeauftragte und vor allen Dingen auch die Suchthilfe-träger regelmäßig treffen, um die Probleme vor Ort zu besprechen, zu entscheiden und auch umzusetzen.

(Dietrich Wersich CDU: Dann machen Sie es doch endlich mall!)

Das ist ein offener Punkt, den wir weiter einfordern. Es gibt durchaus Signale, daß sich dort etwas bewegen wird.

(Dietrich Wersich CDU: Die SPD macht einfach nicht mit!)

Die Situation ist unbefriedigend und wird es bleiben, weil sie Drogenabhängige, die durch die Prohibition in Illegalität und Verelendung getrieben werden, nicht einfach unsichtbar macht oder zum Verschwinden bringen kann. Also geht es darum, die Belastungen durch Polizeimaßnahmen abzumildern. Daß die Polizei dieses Problem nicht lösen kann, können Sie in der Drucksache zum Thema Hauptbahnhof nachlesen; das hat der Innensenator darin schon deutlich gemacht.

(Antje Blumenthal CDU: Deswegen muß das ja nicht richtig sein!)

Deswegen ist der Weg, dieses Problem grundsätzlicher zu lösen, richtig, den beispielsweise die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen auf ihrer Tagung im letzten Mai hier in Hamburg vorgeschlagen hat, nämlich eine konsequente Entkriminalisierung von Drogenkonsum und -besitz aller illegalen Drogen. Ich weiß, daß das ein schwieriger Weg ist, aber dazu sind Vorschläge gemacht worden, wie dies zu erreichen ist. Denn nur dadurch – über kapitalistische Marktgesetze muß ich die Kollegen von der CDU wahrscheinlich nicht belehren –

(Glocke)

kann erreicht werden, den illegalen Drogenmarkt trocken-zulegen. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Jobs.

Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zum Thema Brechmittel möchte ich gern eine kleine Notiz vorlesen, die einige Interessierte in der letzten Woche bereits in der Zeitung lesen konnten. Zitat:

„Nachdem der Beschuldigte zwei Becher warmes Salzwasser getrunken und dieses durch Würgen, nicht durch Erbrechen, wieder hervorgebracht hatte, lehnte er die Einnahme weiterer Salzwasserlösung kategorisch ab. Daraufhin wurde versucht, dem Beschuldigten Mandelmilch zu verabreichen, um sofortigen Stuhlgang auszulösen. Obgleich der Beschuldigte an den Armlehnen eines Toilettenrollstuhls mit Handfesseln angeschlossen war, scheiterte auch der Versuch, ihm die Lösung zwangsweise einzuflößen, an seinem heftigen Widerstand.“

Meine Damen und Herren, was wir gerade gehört haben, ist eine Behandlung von Gefangenen, die aus meiner Sicht an den Bereich von Mißhandlung grenzt.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Es ist hier noch einmal deutlich zu sagen, daß auch Gefangene ein Recht auf menschenwürdige Behandlung haben, auch im Zustand der Gefangenschaft. Daran hat sich auch Hamburg zu orientieren. Daher ist es aus unserer Sicht nicht akzeptabel, daß dieser Brechmitteleinsatz, der inzwischen auch in anderen Fraktionen diskutiert wird, in dieser Stadt durchgesetzt werden darf.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Wir haben gerade das eine oder andere Stichwort gehört, über das es gilt, viel intensiver nachzudenken oder zu diskutieren. Ich komme zum Stichwort Crack. Wir haben gerade von Herrn Zamory gehört, daß diesbezüglich viel zu tun ist in der Stadt. Das hat selbst Herr Wersich dargestellt.

C

D

(Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A Zu dieser Frage haben wir Ihnen unsere Forderungen seit zwei Jahren vorgetragen. Wir haben vom Senat hauptsächlich ein Hilfskonzept eingefordert. Wir haben die Rühräume angeregt, die in Frankfurt jetzt tatsächlich zeigen, daß das ein Hilfsangebot ist, das Menschen nützen können. Rotgrün hat in dieser Richtung in dieser Stadt aber auch gar nichts bewegt, sondern einen Stillstand in der Drogenpolitik erzeugt. Und damit nicht genug, Sie haben in einigen Fragen sogar einen Rückschritt begonnen. Das finde ich völlig daneben und für die Hilfsbedürftigen total inakzeptabel.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Die fünfte Säule, die Herr Zamory genannt hat, die Koordination in der Drogenhilfe, finde ich klasse. Das haben wir seit zwei Jahren eingefordert, aber es passiert nichts. Ich mache Ihnen das Angebot, demnächst einen diesbezüglichen Antrag einzubringen. Dann bin ich gespannt, ob die Überzeugung in der SPD-Fraktion tatsächlich gereift ist, damit sie diesem Vorschlag auch zustimmt.

(Manfred Mahr GAL: Das braucht ihr nicht; ihr wißt doch, wie Politik funktioniert!)

Die Anhörung im Ausschuß in der vorletzten Woche hat doch gezeigt, daß es hinsichtlich der Koordination des Hilfesystems mit den Behörden und vor allem behördenübergreifend ein sehr großes Defizit in dieser Stadt gibt. Hier hat Rotgrün in den drei Jahren überhaupt nichts gebracht.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Das stimmt doch nicht!)

Ich verspreche aber, daß wir diesen Antrag stellen, und ich bin gespannt, ob Sie tatsächlich auch den Mut haben, dieses notwendige und innovative Projekt gegen den Widerstand des Senats – denn der ist offenbar dagegen – vorzubringen.

B

Dem illegalen Drogenhandel in dieser Stadt ist entgegenzuwirken, Herr Wersich, damit haben wir überhaupt kein Problem. Die Methode aber, dem mit Polizeiknüppeln entgegenzuwirken – das habe ich vorhin schon ausgeführt –, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt.

(Dietrich Wersich CDU: Das hat auch keiner gefordert!)

Das einzige, womit dieser Sumpf – wenn Sie es so nennen wollen – trockengelegt werden kann, ist eine kontrollierte Abgabe von Suchtstoffen, so wie es auch bei anderen Suchtmitteln der Fall ist. In diesem Fall ist es aber an der Zeit, die Forderung des ehemaligen Bürgermeisters Voscherau neu zu stellen, der dieses Problem genau erkannt und gefordert hat, daß eine flächendeckende Abgabe von Heroin an die Menschen, die es brauchen, erfolgen solle. In diesem Fall hat Herr Voscherau ausnahmsweise einmal recht gehabt. Ich finde, daß diese Forderung aufgenommen und umgesetzt gehört, auch von einem rotgrünen Senat, der zu dieser Tradition offenbar nicht mehr so gern steht.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke – Karl-Heinz Ehlers CDU: Wer bezahlt den Verdienstausschlag der Dealer?)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete von Beust.

Ole von Beust CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren, Lieber Karl-Heinz Ehlers! Ich bin von allen Kollegen

in der Koalition so freundlich angesprochen worden und möchte gern den Gedanken noch einmal aufnehmen. Daß wir dieses Thema hier diskutieren, liegt doch nicht daran, daß uns diese Diskussion von irgendeiner Seite oder von bösen Mächten von außen auferlegt oder oktroyiert wird, sondern daran, daß hunderttausend Menschen dieser Stadt dieses Thema zutiefst bedrückt.

(Beifall bei der CDU)

Die jetzige aktuelle Diskussion ist doch auch von niemandem diabolisch inszeniert worden, sondern liegt daran, daß der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Herr Freiberg – ein Sozialdemokrat übrigens –, die Drogenpolitik des Senats in massiver Form beklagt hat. Er hat es auf die Tagesordnung gebracht; nicht wir sind es gewesen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Wenn man sich zunächst einmal auf eine Grundaussage einigen könnte, wären wir schon froh. Warum fällt es Ihnen so schwer zu sagen: jede erdenkliche Hilfe für Süchtige, aber jede Härte gegen Dealer? Darauf müßten wir uns doch zumindest einigen können.

(Beifall bei der CDU)

Hinsichtlich des ersten Teils, Hilfe für die Süchtigen, verstehe ich die Vorurteile und die Behauptungen nicht, die von Ihnen uns gegenüber gemacht worden sind. Herr Wersich war es früher, bis einige Jahre zurück, sein Vorgänger, Herr Dr. Kampf, mit denen wir gemeinsam über Fraktions- und Parteigrenzen hinaus dafür gesorgt haben, daß wir ein Methadon-Programm und Fixerstuben sowie Straßensozialarbeiter in Hamburg kriegen. Das ist parteiübergreifend in Hamburg so vereinbart worden. Das ist die Wahrheit, jede Hilfe für Süchtige, und dazu stehen wir.

(Beifall bei der CDU)

Wir stehen aber auch zum zweiten Teil. Das macht aber nur Sinn, wenn man beide Seiten sieht, und diese zweite Säule heißt, ich sage es noch mal: jede Härte gegen Dealer.

Meine Damen und Herren, es ist doch kein CDU-Hobby, um das es hier geht, ich sagte es bereits, Herr Freiberg, Vorsitzender der GdP, ist Sozialdemokrat, und auch Herr Woydt, der Polizeipräsident, sagt neuerdings, man müsse über den Einsatz von Brechmitteln nachdenken. Das ist doch keine Erfindung von uns. Sogar Herr Edler, Ihr Sprecher, sagt im „Hamburger Abendblatt“: „Ich kann den Frust der Polizei verstehen. Es hapert bei der Justiz.“ Sie werfen uns Richterschelte vor, und Herr Edler sagt das gleiche wie wir.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie von Richterschelte sprechen, um diesen Irrtum einmal zu beseitigen, Herr Kleist: Gerichte sind unabhängig. Gerichte sollen unabhängige Entscheidungen fällen, und das ist gut so. Bevor sie ihre Entscheidungen nicht gefällt haben, sollen sie frei sein, auch das ist in Ordnung. Aber wenn Gerichte ihre Entscheidung gefällt haben, müssen sie sich auch der öffentlichen Kritik stellen, das ist Bestandteil dieser Gesellschaft und gehört zur Demokratie dazu.

(Beifall bei der CDU)

Im übrigen wundere ich mich über Ihre Feinsinnigkeit. Als das Verwaltungsgericht Hamburg den Gegnern des Airbus recht gegeben hat, habe ich auch von der SPD ganz andere Töne gehört; da war auch Richterschelte an der Tagesordnung. Bitte keine Bigotterie und Doppelmoral.

C

D

(Ole von Beust CDU)

A (Beifall bei der CDU)

Nachdem sich nun einige Herren in der Öffentlichkeit geäußert haben – jetzt Herr Woydt, vorher Herr Freiberg sowie Herr Edler und andere –, las man doch voller Erstaunen einige Tage später auch im „Hamburger Abendblatt“ einen Beitrag von Herrn Christier, der gesagt hat: Ja, auch wir Sozialdemokraten denken darüber nach.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Immer!)

Wir denken darüber nach, ob wir eventuell doch Brechmittel einsetzen oder ob wir im Sinne von Freiberg das SOG verschärfen müssen. Das stand im „Hamburger Abendblatt“. Zwei Tage später hieß es: April, April, weil er zurückgepfiffen wurde. Das ist die Wahrheit. Sie können sich intern nicht einigen.

(Beifall bei der CDU)

Bei Ihnen weiß die eine Seite nicht, was die andere will. Bei der GAL will eine Fraktionshälfte, daß es so weiter geht, andere wollen intern und leise, nach außen aber hinter vorgehaltener Hand, Druck machen. Herr Scheffe, Herr Kleist und andere sagen: Uns laufen die Wählerinnen und Wähler weg, wir müssen etwas tun. Herr Christier sagt: Ja, wir wollen etwas tun. Am nächsten Tag wird er dann zurückgepfiffen und sagt: April, April, unser Kurs stimmt. Das ist kein Kurs, das ist Zick-Zack, ein trauriger Kurs.

(Beifall bei der CDU)

Darum sage ich Ihnen noch einmal: Wir werden mit den beiden Säulen, jede Hilfe für Süchtige, aber alle Härte gegen Dealer, im Wahlkampf in der Tat argumentieren, weil die Wählerinnen und Wähler wissen sollen, was die einzelnen Parteien dazu sagen. Darauf haben sie ein Recht, um eine vernünftige Entscheidung am 23. September fällen zu können. Ich bin sicher, sie werden es tun.

B

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Christier.

Dr. Holger Christier SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr von Beust, mit Ihrer letzten Bemerkung haben Sie nun endgültig die Katze aus dem Sack gelassen. Ihnen geht es nicht darum, dieses Thema sachlich zu diskutieren und an Lösungen mitzuarbeiten,

(Zurufe von der CDU)

sondern es zu einem Wahlkampfthema zu machen. Das ist Ihre einzige Motivation.

(Beifall bei der SPD)

Ich setze an einem ganz entscheidenden Punkt an.

(Rolf Harlinghausen CDU: Erst wurde er zurückgepfiffen, jetzt pfeift er aus dem letzten Loch!)

Der entscheidende sichtbare Erfolg ist der Rückgang der Drogentoten in Hamburg. Die Zahl der Drogentoten ist entgegen dem Trend in den anderen Bundesländer zurückgegangen, und das ist ein großer Erfolg.

Ich frage Sie, Herr von Beust, welche größere Hilfe kann man den Menschen angedeihen lassen, als ihnen das Leben zu retten?

(Beifall bei der SPD – Glocke)

– Ich möchte jetzt keine Zwischenfragen beantworten.

Wenn von verschiedenen Rednern beklagt worden ist, daß hier unerträgliche Zustände herrschen, dann sage ich Ihnen ganz deutlich, daß in so einer schwierigen Materie der Umgang der CDU mit diesem Thema am unerträglichsten ist.

C

(Beifall bei der SPD – Gelächter bei der CDU)

Die Erfolge unserer Drogenpolitik sind kein Zufall, sondern sie stützen sich darauf, daß wir es waren, die in der Vergangenheit immer mit den Konzepten an der Spitze standen, ob es die Gesundheitsräume sind, das Methadon-Programm oder die Heroinabgabe ist, die jetzt kommt. Sie sind es gewesen, die in der Vergangenheit einen unklaren Kurs gefahren haben. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie in den nächsten Monaten auch hier völlig zweifelsfrei klarstellen, wie Ihr Kurs in der Drogenpolitik ist.

(Beifall bei der SPD)

Wofür steht eigentlich die CDU? Oder ist nicht vielmehr der Eindruck berechtigt, daß das, wie viele andere Sachen auch, eines Ihrer vielen Beliebigkeitsthemen ist, bei denen man heute so und morgen so redet. Sie wissen ganz genau, daß es bei dem Thema Drogenpolitik nicht nur darum geht, Papier zu beschreiben, sondern wir brauchen für diese Politik in dieser Stadt auch Akzeptanz, da müssen viele Menschen mitgenommen und es muß diskutiert werden. Wir brauchen dafür einen möglichst großen Zusammenhalt, und daran lassen Sie es fehlen.

(Beifall bei der SPD)

Das war der Punkt Hilfe. Nun kommt das Stichwort Härte. Sie fragen nach der Gewöhnung an die offenen Drogenszene. Dazu sage ich Ihnen ganz klar: Nein, wir gewöhnen uns nicht daran. Aber das kann Sie doch gar nicht überraschen. Haben Sie denn die Große und die Kleine Anfrage nicht gelesen?

D

(Dietrich Wersich CDU: Warum debattieren Sie die Große Anfrage heute nicht?)

Dafür machen wir doch den großen Einsatz, und dafür gibt es die operierenden Einheiten. Dazu gibt es die 100 Polizisten, die Sie in Ihrem Sicherheitspakt gefordert haben; sie sind längst da. Darüber darf ich Sie informieren.

(Dietrich Wersich CDU: Warum haben Sie die Große Anfrage nicht angemeldet?)

Es sind die 100 BGS-Beamten, die wir für die Drogenbekämpfung einsetzen. Das ist ein großer Erfolg des Innenministers.

(Beifall bei der SPD)

Unser Bestreben in 1996 und den folgenden Jahren ist es immer gewesen, die Handlungssicherheit für die Polizei herzustellen und entsprechend aktiv in dieser Frage zu reagieren. Darüber braucht man sich nicht groß zu erheben, sondern nur auf die Tatsachen hinzuweisen, wenn beispielsweise 157 Kilogramm Cannabis, 32 Kilogramm Heroin und so weiter gefunden wurden. Das ist ein ganz aktives Vorgehen der Polizei. Uns vorzuwerfen, wir würden diesen Bereich neben dem anderen Bereich, den Herr Schäfer bereits dargestellt hat, vernachlässigen, ist eine Unverschämtheit und Verknennung der Wirklichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Ich will noch eine Bemerkung zum Brechmittel machen, weil bei solchen Punkten immer Ablenkungsdebatten geführt werden. Wenn Sie abschrecken wollen, lassen Sie

(Dr. Holger Christier SPD)

- A sich etwas anderes einfallen. Brechmittel sind ein Beweissicherungsinstrument, und sie dienen nicht der Abschreckung. Das Ganze ist in Frankfurt in den letzten zwei Jahren zwölfmal praktiziert worden. Trotzdem hat Frankfurt die größte neue Drogenszene in der gesamten Bundesrepublik, nämlich die Crackszene. Es schreckt nicht ab, sondern ist eine Scheindebatte, und so sollten wir sie auch führen und qualifizieren.

(Beifall bei der SPD)

Es ist bei der CDU immer dasselbe, falsche Fakten und unsicherer falscher Umgang mit der Rechtslage. Sie sind uns unverändert die Aussage darüber schuldig, was in den nächsten Monaten Ihre Drogenpolitik sein wird. Stehen Sie auf der Seite derjenigen, die sich bemühen, in einem schwierigen Umfeld eine klare Politik zu machen und die Probleme schrittweise und punktuell zu lösen, oder wollen Sie dies zu einem Belieblichkeitsthema machen und neue Hektik und immer neue Wendungen hineinbringen? Wir brauchen keinen Sicherheitspakt oder derartige Dinge. Solchen unernten taktischen Sondermüll packen Sie bitte zukünftig anderen Leuten vor die Tür. Wir brauchen einen klaren Kurs, der Durchhaltevermögen erfordert und auch die Bereitschaft, Rückschläge hinzunehmen, und daran arbeiten wir. Ich glaube, daß wir die Drogenpolitik vorantreiben.

(Dr. Roland Salchow CDU: Ihr arbeitet an den Rückschlägen!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

- B **Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Mahr.

Manfred Mahr GAL: Meine Damen und Herren von der CDU! Was mich wirklich ärgerlich macht,

(Dr. Roland Salchow CDU: Ich werde ganz unruhig!)

ist, daß Sie in dieser Frage leider angesichts des Elends dieser Menschen, das wir am Hauptbahnhof und im Umfeld haben,

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Ich denke, am Hauptbahnhof ist alles in Ordnung!)

von einer Schwarzweiß-Welt reden.

(Zuruf von Elke Thomas CDU)

– Frau Thomas, sagen Sie doch etwas dazu. Kommen Sie nach vorne und halten Sie eine Rede zum Thema und quatschen Sie nicht immer dazwischen.

Sie fordern jede Hilfe für Süchtige und jede Härte für Dealer, aber so einfach ist das nicht; gucken Sie sich doch die Szene an. Da gibt es Süchtige, die Dealer sind, weil sie ihre Sucht damit finanzieren. Sie sagen, Sie wollten hier die Dealer und da die Süchtigen haben; das ist doch nicht die Wirklichkeit. Wo leben Sie denn überhaupt?

(Beifall bei der GAL, der SPD und bei Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Das ist eine Schwarzweiß-Wunschwelt, und Sie übersehen dabei, daß Sie den Problemen dieser Menschen nicht gerecht werden; das unterscheidet sie doch von anderen Kriminalitätsformen. Wir brauchen eine Politik mit Augenmaß, wir brauchen Politiker, Polizisten und Sozialarbeiter, die mit der nötigen Sensibilität vorgehen.

(Zuruf von Dietrich Wersich CDU)

C

Die einzigen, die heute Ideen präsentiert haben, Herr Wersich, war die rotgrüne Koalition. Sie haben nichts gesagt, gar nichts, außer Brechmittel.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie schaffen sich nur einen Berater an, den Sie für viel Geld bezahlen, der keine neuen Ideen in diese Stadt hineinbringt, und erwecken den Eindruck, wenn ein Oberstaatsanwalt aus Süddeutschland hier so etwas einbringe, dann sei das die Weisheit in Person; so ist es doch nicht. Sie sprechen immer für die Polizei, aber wenn Sie einmal in die Polizei hineingehen

(Antje Blumenthal CDU: Das machen Sie mal!)

und mit Leuten sprechen würden, die mit diesem Thema etwas zu tun haben, dann würde sich Ihnen ein sehr heterogenes Bild darstellen und es nicht so sein, daß die Polizeibeamten sagen, gebt uns Brechmittel, dann kommen wir endlich weiter. So ist die Welt doch nicht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Ich fordere Sie ausdrücklich auf, meine Damen und Herren von der CDU, sich dem Dialog neu zu öffnen. Wir brauchen einen Konsens in dieser Stadt bei dieser wirklich sehr schwierigen Problematik. Ich bin gerne bereit, meine Position in Frage zu stellen, wenn es überzeugende Argumente gibt. Ich bin gerne bereit für offene Gespräche,

(Dr. Roland Salchow CDU: Ach!)

aber für das, was Sie hier liefern, bin ich nicht bereit. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

D

Vizepräsident Berndt Röder: Herr Abgeordneter, ich halte die Äußerung „quatschen Sie nicht dazwischen“ für mehr als überdenkenswert

(Uwe Grund SPD: Wie ist es mit Brabbeln?)

und wäre dankbar, wenn Sie sich deren zukünftig enthielten.

Jetzt bekommt der Abgeordnete Hackbusch das Wort.

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke: Meine Damen und Herren! Dieses Thema ist zugegebenermaßen ein Thema, bei dem sich die Aufklärung in dieser Stadt nur langsam fortentwickelt, je mehr Erfahrung man damit hat. Herr Mahr hat viel Klares dazu gesagt, wie man sich dabei verhalten sollte und was man auch wissen sollte, und auch die CDU sollte sich darüber klar sein. Bestimmte Entwicklungen sind durchaus zu entdecken, auch Fortentwicklungen, danach wird die nächste Debatte im Zusammenhang mit den Dealern sein.

(Vizepräsidentin Sonja Deuter übernimmt den Vorsitz.)

So einfach ist das nicht, Herr Manfred Mahr hat das deutlich und klar gesagt, und von daher sollte das auch bei Ihnen weiterentwickelt werden.

Die Schwierigkeit, die ich mit Rotgrün dabei habe, ist, daß wir diese Erkenntnisse lange diskutiert haben und sie in den letzten vier Jahren auch schon klar und bekannt waren. Es gab auch eine Diskussion darüber, daß die polizeiliche Repression nicht das wichtigste Mittel sein kann. Und

(Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A wir entdecken in dieser Debatte, daß Herr Kleist, wie schon in den letzten zehn Jahren, vor allen Dingen die polizeiliche Repression als das große wichtige Erfolgsmoment darstellt.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Polemik)

Da ist die Kritik von Herrn Beust durchaus berechtigt, zu sagen, in gewisser Weise macht man hier alles. Die Erkenntnis, daß das unklug ist und es eigentlich notwendig wäre, Schritte der Legalisierung und nicht der polizeilichen Repression zu machen, schafft die SPD nicht. Da hat Rotgrün auch keinerlei Entwicklungen für sich darstellen können, diesbezüglich gibt es keinerlei Fortschritt. Vor vier Jahren sagte man, es ist toll, daß wir soundsoviele Dealer abgeschoben haben, es ist ein Erfolg unserer Drogenpolitik, daß wir Zehntausende an Platzverweisen erteilt haben. Und nach vier Jahren stellen wir fest, Rotgrün hat sich in der Drogenpolitik nicht weiter entwickelt, es ist das alte Kuddelmuddel. Es ist zwar manchmal in den Köpfen einiges klar, aber in der Politik ist nichts besser geworden.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Wersich.

Dietrich Wersich CDU: Liebe Redner der rotgrünen Koalition! Vieles von dem, was Sie gesagt haben, entpuppt sich schnell als heiße Luft und leere Rhetorik,

(Barbara Duden SPD: Davon sind Ihre Reden weitgehend frei!)

B denn es ist dokumentierbar, was die CDU in den vergangenen Jahren zum Thema Drogenpolitik in Hamburg vorgeschlagen hat. Viele dieser Anträge waren so gut, daß Sie sich nicht einmal getraut haben, sie im Parlament abzulehnen, aber nachher haben Sie sie im Ausschuß liegen gelassen und zerredet. Wir haben Vorschläge zum Akupunkturmodell gemacht, zu Ausstiegsangeboten, zum Arbeiten, zum Wohnen für Süchtige. Wenn Sie aber nicht einsehen wollen, daß Sie den Süchtigen nicht helfen, indem Sie es zulassen, daß es in Hamburg an jeder Straßenecke und in den Haftanstalten Drogen en masse gibt wie in keiner anderen deutschen Stadt, werden Sie das Drogenproblem nie in den Griff bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben mit Zahlen argumentiert, ich will Ihnen einmal Zahlen nennen. 1999 gab es in Hamburg pro 100 000 Einwohner 771, in Berlin 295 Drogendelikte. Die Drogentoten werden auch oft angeführt. In keiner anderen deutschen Stadt, außer in Bremen, sterben mehr an Drogen als in Hamburg. Pro 100 000 Einwohner waren es 7,8 in Hamburg, 5,6 in München, 5,4 in Frankfurt und 4,6 in Berlin. Wir sind immer noch an der Spitze der Drogentoten in der Republik.

(Beifall bei der CDU – Dr. Mathias Petersen SPD: Das ist doch Quatsch!)

Eine letzte Zahl, weil es immer darum geht, wie wir es schaffen können. Es ist doch nicht so, daß es in Deutschland keine Beispiele dafür gibt, wie man es schaffen kann. Frankfurt hatte 1991 183 Drogentote und Hamburg 184. Hamburg hat heute 102 Drogentote und Frankfurt 24. In Frankfurt haben Drogenhilfe, Polizei und Justiz eine gemeinsame Politik gemacht, und das ist unser Modell. Wir holen nicht den Knüppel gegen die Süchtigen heraus, son-

C dern machen eine Drogenpolitik aus einem Guß und hören mit dem Mitleid mit dem Drogenhandel in der Stadt auf.

(Beifall bei der CDU – Unmutsäußerungen bei der SPD)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält die Abgeordnete Brinkmann.

Petra Brinkmann SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte gerne die Gelegenheit nutzen und auf einige Punkte von Herrn Wersich eingehen. Da wir uns bald von Herrn Wersich verabschieden müssen, müssen wir heute die Gelegenheit noch einmal nutzen, denn wir haben in dieser liberalen und Freien Hansestadt Hamburg eine offene Drogenszene. Herr Wersich hat eingangs gesagt, er sei nicht bereit, weiterhin mit einer offenen Szene in Hamburg zu leben, also wird er aus Hamburg wegziehen, also kann er nicht wieder für die Bürgerschaft kandidieren, also können wir uns heute von Herrn Wersich verabschieden.

(Beifall bei Dr. Andrea Hilgers SPD)

Hamburg ist eine schöne Stadt, das plakatiert sogar die CDU im beginnenden Wahlkampf. Hamburg ist eine liberale Großstadt, auch das stimme, sagen Sie. Eine liberale Großstadt wird immer eine offene Drogenszene beziehungsweise eine Drogenszene behalten, wenn sie den größten Hafen dieser Republik und einen großen Flughafen hat. Da kann man sagen, was man will, es bleibt dabei.

Ich finde es schon zynisch, wenn ausgerechnet der Abgeordnete Wersich bei der offenen Szene ...

(Antje Blumenthal CDU: Haben Sie etwas gegen Herrn Wersich? Hat er Ihnen was getan?)

D – ich habe persönlich überhaupt nichts gegen Herrn Wersich, ich habe nur etwas gegen seine Ausführungen, die an der Wirklichkeit vorbeigehen, und dagegen wehren wir uns –, daß er ausgerechnet bei der offenen Drogenszene das soziale Problem anspricht und wenn der Fraktionsvorsitzende Herr von Beust jede Hilfe für die Süchtigen anbietet. Ich kann mich sehr gut erinnern, wie es hier gewesen ist. Wer hat denn jahrelang das Methadon-Programm vor und zu Beginn der Einführung immer und immer wieder gegen die CDU, gegen Herrn Dr. Kampf, verteidigen müssen?

(Beifall bei der SPD – Heino Vahldieck CDU: Das ist Legendenbildung!)

Wie ist es denn mit dem Spritzentausch im Gefängnis? Sind das keine Leute, die einer Hilfe bedürfen, und was sagt dazu Ihr Berater, Herr Kusch? Wie ist es denn beim Heroinmodell, das wir einführen wollen? Da müssen wir um jeden einzelnen kämpfen, denn Herr Wersich schlägt einmal vor, 100 ins Programm zu nehmen, und das nächste Mal sagt er 200. Der Vorschlag im Modell von 250 wird von der CDU abgelehnt, aber auf der anderen Seite wollen Sie jede Hilfe für die Süchtigen; genau das haben Sie hier so zynisch dargestellt. Sie haben einen Vorschlag mit weniger als 100 vorgelegt, und das ist nicht akzeptabel,

(Antje Blumenthal CDU: Setzen Sie sich mal mit unseren Anträgen auseinander!)

wenn man andererseits sagt, jede Hilfe für die Süchtigen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – Glocke)

(Petra Brinkmann SPD)

- A **Vizepräsidentin Sonja Deuter** (unterbrechend): Frau Brinkmann, akzeptieren Sie eine Zwischenfrage?

Petra Brinkmann (fortfahrend): Nein. – Es gibt keine andere Großstadt in Deutschland, die ein so vielfältiges Hilfesystem aufgebaut hat wie Hamburg. Der einzige Punkt, der in unserem Hilfesystem noch fehlt und an dem wir arbeiten, ist das Crackproblem. Wenn die CDU weiß, wo es eine Therapiemöglichkeit, ein wirksames Hilfsangebot für Crackabhängige, gibt, dann soll sie sich hier hinstellen und das sagen, dann ist sie klüger als der Rest der Welt, nur bewiesen hat sie bisher in dem Punkt überhaupt nichts.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Hans-Peter de Lorent GAL*)

Dann wird angeführt, Frankfurt wäre so toll. Frankfurt hat mit drei halben Stellen ein Modellprojekt mit aufsuchenden Sozialarbeitern gemacht. Wir haben ein Modellprojekt mit aufsuchenden Sozialarbeitern mit sechs vollen Stellen, und das greift. Wir sind dabei – das ist auch schon von einem Mitglied meiner Fraktion gesagt worden –, einen sogenannten Ruheraum einzurichten, wo wir Möglichkeiten für die Crackabhängigen schaffen werden. Das sind natürlich keine Therapieangebote, aber weltweit weiß man noch gar nicht, was man da machen soll.

Ich komme zum Punkt Akupunktur: Auch das, Herr Wersich, haben Sie offensichtlich noch nicht ganz verstanden. Wir alle sind für die Therapie mit Akupunktur, darum geht es nicht. Es geht um die Finanzierbarkeit dieses Projekts,

(*Dietrich Wersich CDU*: Aber 30 Millionen DM für Heroingabe haben Sie!)

- B und da möchte ich Sie noch einmal an die Finanzierung des Methadon-Projekts erinnern. Als wir darum gestritten haben, wie das finanziert werden sollte, haben Sie gar nicht hingehört, sondern waren immer nur dagegen; da hatten wir nämlich dieselbe Situation. Die Krankenkassen haben sich geweigert, diese Therapie zu finanzieren. Und wären wir in Hamburg damals nicht so hartnäckig geblieben und hätten gesagt, entweder wird es über das normale System finanziert oder gar nicht, dann hätten wir das vielleicht heute noch nicht; ähnlich ist es bei der Akupunktur.

Leider leuchtet hier schon die rote Lampe. Ich könnte Ihnen noch vieles entgegnen auf Ihre aufgestellten Behauptungen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Nunmehr liegen keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Thema vor.

Dann kommen wir zu dem von der GAL angemeldeten Thema

„Der perfekte Mensch um jeden Preis“

Das Wort erhält Frau Dr. Freudenberg.

Ich bitte zu berücksichtigen, daß die Aktuelle Stunde voraussichtlich nur bis 16.21 Uhr dauern wird, es sei denn, der Senat meldet sich noch zu Wort. – Danke.

Dr. Dorothee Freudenberg GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sie haben es gelesen: das menschliche Genom ist entschlüsselt. Unbestritten ist die Erstellung der Genkarte des Menschen eine große wissenschaftliche Leistung. Wir wissen nun, daß der Mensch viel weniger

Gene hat als angenommen, nämlich mit rund 40 000 nur knapp doppelt so viele wie die Fliege. C

(Glocke)

Vizepräsidentin Sonja Deuter (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Ich bitte um etwas mehr Ruhe. – Danke schön.

Dr. Dorothee Freudenberg (fortfahrend): Der Mensch ist eben viel mehr als die Summe seiner Gene. Wir kennen nun die Orte der einzelnen Gene und können ihnen bestimmte Funktionen zuordnen. Was wir aber bisher nicht wissen, ist, wie die Gene zusammenwirken und was unsere Individualität und das Menschsein überhaupt ausmachen.

Es ist kein Zufall, daß gleichzeitig mit dem erfolgreichen Abschluß des Genomprojekts der Druck auf die Politik zunimmt, gesetzliche Beschränkungen der Anwendung gentechnischer Methoden zu lockern. Im Zentrum der Diskussion stehen zwei Bereiche: die Forschung mit embryonalen Stammzellen, irreführend auch therapeutisches Klonen genannt, und die Präimplantationsdiagnostik. Beides ist in Deutschland durch das Embryonenschutzgesetz verboten.

Die neue Gesundheitsministerin im Bund, Ulla Schmidt, und diese Woche auch Bundesforschungsministerin Edelgard Bulmahn haben sich nun für die Zulassung der Präimplantationsdiagnostik in Einzelfällen ausgesprochen. Damit widersprechen sie der Position, die die Bundesregierung bis zum Rücktritt von Andrea Fischer vertreten hat. Der Vorsitzende der Hamburgischen Ärztekammer, Herr Dr. Montgomery, hat den sich abzeichnenden Kurswechsel kritisiert und vorgestern durch eine Pressemitteilung vor einem ethischen Dammbuch gewarnt. D

Worum geht es nun bei der Diskussion um die Zulassung der Präimplantationsdiagnostik? Das Embryonenschutzgesetz verbietet diese Methoden, also die Untersuchung von im Reagenzglas befruchteten Eizellen auf genetische Abweichungen vor ihrer Einpflanzung in die Gebärmutter. Diese Methode zur Selektion von Embryonen bei einer künstlichen Befruchtung ist in anderen europäischen Ländern zugelassen. Die Zulassung wird in Deutschland von einigen Zentren gefordert mit dem Hinweis auf einzelne Paare mit bekannten schweren Erbkrankheiten, die durch die PID eine Schwangerschaft mit einem erbkranken Kind ausschließen möchten; in Deutschland gibt es etwa 50 solcher Fälle. Befürworterinnen der Präimplantationsdiagnostik argumentieren, diese Methode erspare der Frau die Belastung durch einen späteren Schwangerschaftsabbruch, der nach der Diagnostik des genetischen Defekts auch zu einem späten Zeitpunkt der Schwangerschaft im Rahmen des Paragraphen 218 durchgeführt werden darf.

Für den Einzelfall ist diese Argumentation schlüssig, und eben da liegt der Kern des Problems. Die Befürworterinnen der PID betonen, diese Methode der positiven Embryonenselektion solle nur bei ganz besonders schweren Erbkrankheiten angewandt werden. Aber wie definieren wir diese und wie verhindern wir, daß die Methode, einmal etabliert, auch bei anderen genetischen Normabweichungen angewandt wird oder auch nur, um das gewünschte Geschlecht oder andere Merkmale des Wunschkindes bestimmen zu können? Ist es angesichts der rasanten technischen Entwicklung eine Illusion anzunehmen, daß es bald möglich sein wird, eine ganze Reihe von Merkmalen quasi aus dem Genkatalog aussuchen zu können, und wie

(Dr. Dorothee Freudenberg GAL)

A wollen wir die Erfüllung solcher Elternwünsche verhindern?

Die Erfahrungen mit der Pränataldiagnostik haben gezeigt, daß es unmöglich ist, eine zugelassene Methode vorgeburtlicher Diagnostik auf definierte, schwere Einzelfälle zu beschränken. Längst ist die Untersuchung des Embryos Routine bei der Schwangerenvorsorge. Was dies für unsere Gesellschaft und für unser Menschenbild bedeutet, können wir noch nicht ermessen. Solange wir nicht wissen, wie wir die Anwendung von Forschungsergebnissen in der Gentechnik begrenzen können, sollten wir die Präimplantationsdiagnostik nicht zulassen. Wir sollten uns vielmehr Gedanken darüber machen, wie wir den Respekt vor der Unterschiedlichkeit der Menschen bewahren können. Es ist nötig, daß die Rechtsfragen der Genomforschung immer im Gesamtzusammenhang mit ethischen und sozialen Aspekten gesehen werden. Genomforschung muß interdisziplinär begleitet und aufgearbeitet werden; so haben wir es auch im Hamburger Koalitionsvertrag festgelegt. Der Bereich der Technikfolgenabschätzung ist auch an der Hamburger Universität fest etabliert.

Im Koalitionsvertrag haben wir auch vereinbart, daß die Entwicklung der Bio- und Gentechnologie in Hamburg durch einen offenen Diskurs transparent gemacht wird. Der Senat fördert die öffentliche Debatte unter anderem mit der Organisation von Diskussionsveranstaltungen.

(Glocke)

Vizepräsidentin Sonja Deuter (unterbrechend): Frau Dr. Freudenberg, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Könnten Sie einen Abschluß finden.

B **Dr. Dorothee Freudenberg** (fortfahrend): Ich finde einen Abschluß. – Im letzten November hatten wir eine interessante Diskussionsveranstaltung, die sehr kritisch und sehr gut war, und ich hoffe, daß wir in dieser Form weiter die Diskussion führen, die noch längst nicht abgeschlossen ist.

(Beifall bei der GAL und bei *Dr. Andrea Hilgers SPD*)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Frau Senatorin Roth.

Senatorin Karin Roth: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Senat und Bürgerschaft dieser Stadt haben immer wieder deutlich gemacht, daß der perfekte Mensch an keiner Stelle Zielsetzung der Politik ist oder auch nur wünschbar sein kann. Vielmehr gibt es in dieser Stadt einen großen gesellschaftlichen Konsens, Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit zu respektieren und ihnen Angebote für Schule, Ausbildung, Arbeit und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu machen, die eine optimale Entwicklung entsprechend ihren Fähigkeiten und Neigungen ermöglicht.

Es gibt in unserer Gesellschaft weiter einen großen gesellschaftlichen Konsens, daß Männer und Frauen gleichberechtigt und gleichwertig sind und auch sein sollen. Es gibt in unserer Gesellschaft eine mühevoll und intensiv diskutierte Mehrheitsauffassung, die es einer schwangeren Frau ermöglicht, sich im individuellen Konfliktfall für oder gegen die Weiterführung einer Schwangerschaft zu entscheiden. Diese über lange Jahre gewachsenen Diskussionsergebnisse unter Einbeziehung ethischer, religiöser und politischer Weltanschauungen werden derzeit durch die Entwicklung des medizinischen Fortschritts und durch die

Weiterentwicklung der Forschung dramatisch in Frage gestellt. C

Mit Hilfe der Präimplantationsdiagnostik ist eine genetische Untersuchung von in vitro erzeugten Embryonen schon vor einer Implantation in den weiblichen Körper möglich. Das erste Kind, an dem im Embryonalstadium eine solche Diagnostik durchgeführt wurde, kam 1990 in den USA zur Welt. Inzwischen gibt es weltweit 200 Kinder nach einem solchen diagnostischen Eingriff. Die PID eröffnet also eine neue Dimension der Möglichkeiten menschlichen Handelns. In der gesellschaftlichen Diskussion darüber, was künftig zugelassen werden soll und was auch gesellschaftlich akzeptiert wird, dürfen dabei aus meiner Sicht nicht nur wirtschafts- oder forschungspolitische Gesichtspunkte im Vordergrund stehen. Bei der PID geht es darum, prinzipiell Embryonen mit unerwünschten Merkmalen zu selektieren. An erster Stelle steht hier der Wunsch, durch medizinischen Fortschritt dazu beizutragen, das individuelle Leid zu verhindern – medizinisch und menschlich nachvollziehbare Argumente. Doch die Frage ist, ob der Blick auf den Einzelfall ausreicht, um zu einer Antwort auf das Für und Wider zu kommen. Ist, was auf den Einzelfall bezogen anzuwenden ist, gesellschaftlich wünschenswert, wenn es zu Konsequenzen wie einem perfekten Menschen führen würde? Welche Krankheiten sollen überhaupt zu diesen Einzelfällen zählen, und wer wählt diese Krankheiten aus? Lassen sich diese Einzelfälle wirklich begrenzen, oder wird Tür und Tor geöffnet, um den Medizinern, aber auch den Eltern die Möglichkeit zu geben, über lebenswertes und nicht lebenswertes Menschenleben zu entscheiden? Wie weit sind wir dann entfernt von der Selektion eines Kindes nach Maß oder eines Menschen nach Maß? Wie würde die Zulassung der Präimplantationsdiagnostik den Blick auf Krankheit und Behinderung verändern? Würden Krankheit und Behinderung auf einmal nicht mehr selbstverständlicher Teil des Lebens sein, sondern nur noch ein Makel für diejenigen, die es nicht getan haben, obwohl doch die medizinischen und technischen Voraussetzungen vorhanden waren? Wie ändert sich dadurch der Blick auf Menschen mit Behinderung, und wie kann das Selbstbestimmungsrecht der Menschen in diesen Fragen insbesondere den Frauen Rechnung tragen?

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.) D

Diese Fragen stellen sich vor allem vor dem Hintergrund der diese Woche vorgestellten Ergebnisse der Genomforschung noch nachdrücklicher als bisher. Also sehr viele Fragen, und wir brauchen auch Antworten darauf, wo wir Grenzen setzen und wo wir nicht wollen, daß diese Grenzen überschritten werden.

Der Senat hat in seiner Stellungnahme zum Ersuchen zu Bio- und Gentechnik am 18. Januar 2001 seine Position deutlich gemacht und die bisherige restriktive Linie bei PID weiterhin bekräftigt. Die Zulassung der PID würde eine Grenzüberschreitung bedeuten, deren Konsequenzen derzeit nicht übersehbar sind. Wir sollten uns auch nicht von denjenigen Ländern unter Druck setzen lassen, die bereit sind, hier offener vorzugehen und dies zuzulassen. Wir stehen erst am Beginn einer gesellschaftlichen Debatte darüber, was wir wollen und was wir nicht wollen. Auf jeden Fall gebietet es die Verantwortung von uns allen, daß wir uns Zeit nehmen, daß wir uns nicht unter Druck setzen lassen und daß wir mit allen Kräften in der Gesellschaft darüber diskutieren, daß das, was jetzt beginnt, wirklich ein

(Senatorin Karin Roth)

- A neues Zeitalter ist. Und wenn ein neues Zeitalter beginnt, bezogen auf die Lebenswissenschaften, müssen die politisch Verantwortlichen und die Gesellschaft insgesamt sagen, was sie wollen, was sie nicht wollen, und darüber brauchen wir einen breiten Konsens in dieser Stadt, aber auch in der gesamten Wirtschaft. Dazu müssen wir fähig sein und uns darauf vorbereiten; wir jedenfalls werden dies in Hamburg gemeinsam tun.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Marx.

Wolfgang Marx SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist aus meiner Sicht etwas schwierig, sich im Rahmen einer Aktuellen Stunde in Fünf-Minuten-Beiträgen zu diesem Thema sinnvoll zu äußern.

(Dr. Roland Salchow CDU: Sehr richtig!)

Trotzdem ist es angemeldet worden, und ich nenne einen Punkt, der auch von Frau Roth erwähnt worden ist. Es gibt eine Ersuchensantwort des Senats, die sicherlich irgendwann auch diesen Flügel des Rathauses erreicht, so daß die Bürgerschaft dann ausführlicher und angemessener über das Thema Bio- und Gentechnik und auch die Fragen, die Frau Freudenberg aufgeworfen hat, diskutieren kann. Eine Aktuelle Stunde mit Fünf-Minuten-Debattenbeiträgen ist dazu ein denkbar schwieriger Ort. Ich will mich daher auf ganz wenige Punkte beschränken, zumal wir auch gleich noch einen Ehrenbürger zu wählen haben.

- B Zunächst war natürlich in der Fraktion bei uns großes Gelächter, als auf dem Fahrplan stand, daß Frau Fischer-Menzel und ich ausgeguckt werden sollten, zum perfekten Menschen zu reden.

(Vizepräsidentin Sonja Deuter übernimmt den Vorsitz.)

Aber wir kamen überein, daß natürlich nur Senatsmitglieder perfekte Menschen sein könnten, welche, das will ich hier offenlassen.

In den letzten Tagen wurde von interessierter wissenschaftlicher Seite mal wieder die Entschlüsselung des menschlichen Genoms gefeiert. Diese Entschlüsselung wurde schon vor einem Jahr gefeiert; eine beachtliche PR-Leistung, dieselbe Nachricht zweimal zu verkaufen. Auch politische Fraktionen könnten auf so etwas neidisch werden. Trotzdem ist es bislang nur so, daß man zwar jetzt um die Reihenfolge der Buchstabenpaare weiß, aber bislang erst die wenigsten Buchstabenkombinationen lesen und verstehen kann. Adenin und Thymin beziehungsweise Cytosin und Guanin entscheiden über Sein oder Nichtsein, aber sehr viel mehr weiß man in Wahrheit noch nicht.

Man weiß allerdings mittlerweile, daß wir uns genetisch von manchem Fadenwurm nicht so sehr unterscheiden, wie wir es uns wohl erhofft hätten. Nicht hinreichend geklärt ist übrigens die Frage, wem eigentlich die Erkenntnisse über die menschliche Genomstruktur gehören. Sollen etwa künftig menschliche Gene patentierbar sein, und die Auseinandersetzung insbesondere um die Zeitschrift „Science“ und die Veröffentlichung der jetzigen Genomstruktur macht deutlich, daß noch so manche wirtschaftliche und wissenschaftliche, aber auch juristische Tretmine in dieser Thematik steckt.

Zeitlich parallel dazu ist wieder eine Diskussion aufgenommen über die Frage, ob wir ein geändertes Embryonenschutzgesetz brauchen. Das Argument, daß bestimmte Firmen wegen gesetzlicher Bestimmungen in diesem Land nicht forschen könnten, überzeugt mich nur eingeschränkt, sind doch einige der europaweit größten Bio-Tech-Firmen nach wie vor in Deutschland ansässig, so in Hamburg zum Beispiel die Firma EVOTEC. Außerdem haben wir als Fraktion vor einiger Zeit schon ein Fachgespräch zu dieser Thematik unter anderem mit Frau Professor Kollek gehabt, und sie bestätigte uns, daß die jetzige gesetzliche Regelung keine wichtige Forschung ausschließe.

Das Thema ist zwar tagesaktuell, aber es läßt sich nicht abschließend diskutieren. Aber eines ist klar: Wir wissen, wozu Menschen fähig sind, weil deutsche Geschichte nicht erst 1968 beginnt. Daher müssen wir als Politiker auch Forschern und Ärzten Grenzen setzen. Wir können die notwendige Diskussion in einigen Wochen erneut im Plenum beziehungsweise im Wissenschafts- und eventuell auch in anderen Ausschüssen führen. – Ich danke.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Ulrich Karpen CDU)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Professor Dr. Salchow.

Dr. Roland Salchow CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich sehe es auch so, daß dieses Thema, wenn man es seriös angeht, in Fünf-Minuten-Redebeiträgen nicht zu behandeln ist.

(Petra Brinkmann SPD: Richtig!)

Wir können uns alle vorstellen, welches Vergnügen man dabei findet, wenn eines Tages Wissenschaftler es könnten, die Aminosäure Cytosin Phosphat in Chromosom 313 b von hinten nach vorne zu drehen und Karl-Heinz Ehlers blonde Haare wie Antje Möller hätte oder so laut werden könnte wie Walter Zuckerer; wir können uns solche netten Geschichten ausmalen.

Wissenschaft hat nicht automatisch eine Zielorientierung. Sie hat auch nicht automatisch eine ethische Orientierung oder eine ethische Wertskala. Da wird versprochen, mit den neuen Dingen Krankheiten bekämpfen zu können. Aber allein die Tatsache, daß man jetzt nur mit 30 000 bis 40 000 Genen rechnet, wobei man auf 120 000 gehofft hat, wird verhindern, daß wir eine Zuordnung von Krankheit zu Gen machen können, und dieses wiederum läßt die Aktien der Pharmaindustrie sinken. Dann wird die Forschung sehr viel komplizierter. Sie sehen, wie dicht die Wirtschaft hinter der Forschung steht.

Wissenschaft ist zunächst einmal nicht zielorientiert. Aber andererseits beeinflußt Wissenschaft ganz erheblich unser aller Lebensumstände. Darum ist es eine Angelegenheit des demokratischen Gemeinwesens, über seine Lebensverhältnisse selbst zu entscheiden. Das muß dieser Staat auch tun, dafür brauchen wir aber Grundwerte.

Wenn wir eine postmoderne Beliebigkeit vermeiden wollen, daß alles erlaubt sei, was geht, dann müssen wir uns Grundsätze schaffen. Zu den Grundsätzen sollte gehören, daß wir keine gendiagnostischen Maßnahmen zur Selektion von Menschen akzeptieren, daß wir keine Erzeugung von Embryonen zu Forschungszwecken oder zu gewerblichen Zwecken befürworten, vom Klonen gar nicht zu reden.

C

D

(Dr. Roland Salchow CDU)

- A Die Genomentzifferung, die – da hat Herr Marx recht – zum zweiten Mal gefeiert worden ist, aber in Wirklichkeit noch gar nicht fertig ist, birgt die Gefahr, zur Auslese oder Diskriminierung von Menschen mißbraucht und genutzt zu werden. Das dürfen wir nicht zulassen.

Die Menschen haben immer mehr Schwierigkeiten, den Schritten der modernen Forschung zu folgen. Früher verstanden die Menschen im allgemeinen, wie eine Dampfmaschine funktioniert. Heutzutage wissen Sie nicht mehr, was bei der Kernspaltung passiert. Sie können die Risiken mit eigenen Gefühlen nicht bewerten, sie können die Risiken bei der Kohleverbrennung, den Treibhauseffekt, nicht beurteilen. Kürzlich habe ich gelesen, wie wenig Menschen verstehen, warum ein Düsenflugzeug überhaupt fliegen kann.

Es gibt also eine Entfremdung der Menschen vom Fortschritt in Forschung und Technik. Das macht Besorgnis, weil die Menschen sich heimatlos fühlen und nicht mehr verstehen, was passiert. Das kann auch Probleme für das demokratische Wesen insgesamt aufwerfen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Jobs.

Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Marx, es ist schon ein Thema für die Aktuelle Stunde, denn gerade nach diesem Wochenende, mit aus der Gentechnik so schlechten Nachrichten, ist auch dieser Ort ein Platz, sich darüber Gedanken zu machen.

- B Natürlich haben wir selten abschließende Debatten in den Aktuellen Stunden geführt. Insofern ist es auch für diese Debatte klar, daß sie auf absehbare Zeit nicht abschließend geführt werden kann. Sie muß immer wieder aktuell geführt werden, um zu überprüfen, ob das, was in der Gentechnik passiert, auch tatsächlich das ist, was wir gemeinsam wollen.

Die erste schlechte Nachricht am Wochenende war, das Erbgut des Menschen sei entschlüsselt worden. Die ermittelte Anzahl – das haben wir gerade gehört – der vorhandenen Gene war natürlich ein kleiner, aber kräftiger Schlag gegen den menschlichen Größenwahn. Nur so wenig mehr Gene wie eine simple Maus zu haben, rückt unsere Bedeutung mit Recht doch ein wenig zurecht.

Diese Entwicklung ist für mich – wie für alle meine Vorredner auch – zutiefst beängstigend. Denn natürlich bringt kaum eine Wissenschaft so viele Gefahren mit sich wie die Gentechnik. Wir sind uns hier wohl alle einig, daß es sich nicht durchsetzen darf, daß sich das, was aus anderen Ländern zu hören ist, daß Menschen aufgrund ihrer genetischen Konditionen keinen Arbeitsplatz erhalten, daß Kranken- oder Lebensversicherungen die Höhe der Police anhand der individuellen Erbinformationen taxieren oder daß Menschen – so wie es in den USA immer wieder auf der Tagesordnung steht – grundsätzlich keinen Versicherungsschutz mehr gewährt bekommen. Den gläsernen Menschen mit der Genchipkarte darf es bei uns nicht geben.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei Antje Möller GAL)

Aber wir stehen auch hier an der Schwelle vor einem zur Realität werdenden Gruselkabinett. Dieser Entwicklung

müssen Grenzen gesetzt werden. Darin kann ich Frau Senatorin Roth zustimmen. Die gesetzlichen Vorschriften dürfen nicht aufgeweicht, sie müssen angesichts der aktuellen Entwicklung noch verschärft werden. Gerade hier ist auch der Gesetzgeber gefordert, den Rahmen so eng zu ziehen, daß eine Entwicklung – wie schwer dies auch immer sein mag – zurückgedrängt wird.

Es gab noch eine andere schlechte Nachricht am Wochenende, daß nämlich die Genehmigung von Gentests für Embryonen im Reagenzglas quasi bevorstehe. Die Gesundheitsministerin hat sich von dem ablehnenden Kurs ihrer Vorgängerin verabschiedet; der Kanzler wettert in diesem Zusammenhang gegen die Scheuklappen und – um es perfekt zu machen – setzt der kritischen Ethikkommission des Bundestages einen nationalen Ethikrat vor die Nase, um deutlich zu machen, wohin es aus seiner Sicht zu gehen hat. Das scheint die mögliche Türöffnung in einen gefährlichen Bereich zu sein.

Wie jedes Mal, wenn tatsächlich Regeln der ethischen Grenzen übertreten werden, rufen auch jetzt wieder alle Protagonisten, es sei doch nur zum Besten der Menschheit. Die Erbkrankheiten würden zukünftig besser erkannt, ihre Ausbreitung werde verhindert. Aus Sicht dieser Menschen wird alles gut oder zumindest besser. Einmal abgesehen davon, daß es aus meiner Sicht nicht akzeptabel ist, die Ausbreitung einer Krankheit durch Verhinderung des Menschen einzudämmen, gilt generell immer noch, daß Gentests weder gut noch böse sind, sondern immer beides. Einmal eingeführt, werden sie weiterentwickelt werden. Nirgendwo sonst wird deutlich, daß die Freiheit der Forschung auch Grenzen haben muß.

Denn alles, was erforscht ist, drängt auf Anwendung. So ist es nur noch ein kleiner Schritt von der Präimplantationsdiagnostik über das Auswählen besonderer Nachwuchseigenschaften bis zur Veränderung von Erbinformationen. Wer ein Kind zeugt, geht seit jeher ein Risiko ein. Menschliche Allmachtsphantasien, dieses Risiko mit Technik aus der Welt zu schaffen, öffnet die Tür zu einer Horrorwelt, die ich nicht erleben möchte.

Wie kurz wir vor dieser Schwelle stehen, zeigt ein Blick nach Großbritannien. Dort sind inzwischen Experimente mit embryonalen Stammzellen erlaubt. Das darf sich hier nicht durchsetzen. In dieser Frage scheint es hier im Haus nicht so viele Widersprüche zu geben. Dementsprechend ist es notwendig, diese Debatte immer wieder und auch in den Aktuellen Stunden zu führen. – Danke.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort hat Herr Zamory.

Peter Zamory GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die GAL-Fraktion hat dieses Thema nicht angemeldet, um eine Diskussion abzuschließen, sondern um sie zu beginnen. Das ist uns wichtig. Es rechtfertigt auch die heutige Anmeldung.

Die Entschlüsselung des Humangenoms ist mit der Erfindung des Buchdrucks oder mit der Mondlandung verglichen worden. Ich denke, daß die Entschlüsselung des menschlichen Genoms unser Leben in den nächsten zehn oder 20 Jahren möglicherweise grundlegend verändern wird. Ob zum Besseren, das ist noch offen.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, überhaupt zu fragen, wer über die kommenden Informationen verfügen kann. Es ist sehr wichtig, daß immerhin der deutsche Wis-

(Peter Zamory GAL)

- A senschaftler Professor Andre Rosenthal, Genforscher aus Jena, mit anderen Kollegen aus Deutschland, Japan, England und den USA Mitte der neunziger Jahre dafür sorgte, daß zumindest die staatlich und öffentlich geförderten Forschungsergebnisse innerhalb von 24 Stunden ins Internet gestellt werden und damit allen zugänglich sind. Diese Gruppe hat sich verpflichtet, auf die Patentanmeldung von Rohsequenzen menschlicher Gene zu verzichten. Das ist sehr verantwortungsvoll, denn es hat ermöglicht, daß auch ein Druck auf die Firmen entsteht, die in diesem Bereich forschen, ihre Ergebnisse ebenfalls zu veröffentlichen.

Nichtsdestotrotz sind Heilserwartungen auch für die Medizin nicht angebracht. Es wird fünf bis zehn Jahre dauern, bis zum Beispiel für Krebs aus diesen Erkenntnissen überhaupt direkte Therapiekonzepte abgeleitet werden können. Es besteht die Gefahr – darauf ist hingewiesen worden –, daß Menschen, die sich beispielsweise bewußt dafür entscheiden, ein Embryo, das möglicherweise später zu einem mongoloiden Kind wird, weil es eine Trisomie 21 hat, von der Gesellschaft nach dem Motto diskriminiert werden: Das wäre doch nicht nötig gewesen. Solche Tendenzen gibt es bereits schon heute; ihnen müssen wir ganz entscheidend entgegenzutreten. Es gibt auch ein Recht auf Krankheit.

Herr Jobs hat zu Recht darauf hingewiesen, daß auch im Versicherungs- oder im arbeitsmedizinischen Bereich die Testung von Genen zu Diskriminierungen führen kann. Insofern ist es wichtig, eine breite gesellschaftliche Debatte um Möglichkeiten und auch Begrenzungen dieser Erkenntnisse zu führen. Hier teilen wir durchaus die Sorgen, die Herr Salchow angeführt hat. Wir sollten diese Debatte kontinuierlich weiterführen.

- B (Beifall bei der GAL, der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Meine Damen und Herren! Seitens des Senats liegen keine Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich werde die Sitzung jetzt für einige Minuten unterbrechen, bitte Sie aber, Ihre Plätze beizubehalten.

Sitzungsunterbrechung: 16.42 Uhr

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeld übernimmt den Vorsitz.)

Wiederbeginn: 16.47 Uhr

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 19. Dazu begrüße ich sehr herzlich in unserer Mitte Herrn Siegfried Lenz. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Zur Beratung steht die Drucksache 16/5520: Antrag des Senats auf Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Herrn Siegfried Lenz.

[Senatsantrag:

Antrag des Senats auf Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Herrn Siegfried Lenz – Drucksache 16/5520 –]

Das Wort hat der Erste Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Ortwin Runde: Frau Präsidentin, verehrter Herr Lenz, meine Damen und Herren! Hamburg

in der Nachkriegszeit: Eine am Boden zerstörte Stadt, eine Stadt in Verwirrung. Genauso in Verwirrung wie ein ganzes Land, eine ganze Generation, ein ganzes Volk. C

Es ist eine Zeit, in der sensible Köpfe darüber nachdenken, ob Schreiben, ob Literatur, Poesie, ob Kultur in Deutschland überhaupt jemals wieder möglich sein werden. Die einen flüchten sich ins Verdrängen des Geschehenen, die anderen in das Verfolgen materieller Ziele.

Und dann gibt es die, die das Geschehene nicht beiseite schieben, die nachdenken, die Fragen stellen, die reflektieren, die Verzweiflung spüren und die vorsichtig tastend suchen. Einer davon: Siegfried Lenz. Schreibend, erzählend stellt er Fragen und sucht Antworten.

Siegfried Lenz wurde so zum Autor einer ganzen Generation, der der Soziologe Helmut Schelsky einmal das Attribut „skeptische Generation“ zugeordnet hat. Einer Generation, die ihre Illusionen in der Nazizeit und im Zweiten Weltkrieg verloren hat.

Und mehr noch: Sie verlor nicht nur Illusionen, sondern auch Maßstäbe, an denen Werte gemessen werden. So gesehen war und ist Siegfried Lenz' Thema die immer währende Geschichte der enttäuschten Getäuschten.

Siegfried Lenz' großes Verdienst besteht darin, daß er es vermocht hat, in der Nachkriegszeit anderen wieder Orientierung, Mut und Zuversicht zu geben. Nicht mit der Überzeugtheit des Wissenden, sondern mit der Nachdenklichkeit eines Suchenden. Er tat es behutsam, vorsichtig tastend und gerade dadurch eindringlich und beeindruckend.

Siegfried Lenz ist auch ein aktueller Autor. Denn sind nicht seine Fragen nach wertorientiertem Handeln auch heute notwendig und gültig? Leben wir nicht in der Gefahr, angesichts der Verselbständigung der Märkte Werte und Maßstäbe zu verlieren? Man denke bloß an die BSE-Krise und ihre Folgen. Und sehen wir nicht jeden Tag, daß der Profit zu einer uns und alles beherrschenden Größe zu werden droht? D

Auch vor diesem Hintergrund gereicht ein einfühlsamer, nachdenklicher, menschlicher Autor wie Siegfried Lenz Hamburg zu besonderer Ehre. Einer Stadt, die schon seit Heinrich Heines Zeit im Rufe steht, die Stadt des Kommerzes zu sein, nicht aber des Geistes und der Kultur. Was – darüber sind wir uns einig – so nicht stimmt. Man denke allein an das ausgeprägte Mäzenatentum und herausragende Leistungen der Kulturschaffenden in dieser Stadt.

Mit der Verleihung der Ehrenbürgerwürde an den Schriftsteller Siegfried Lenz kann Hamburg einmal mehr ein Zeichen dafür setzen, wie geschätzt Geist und Kultur in dieser Stadt sind. Denn Hamburg ist eine Stadt, in der Profit nicht über alles geht und in der wir uns dazu bekennen, daß es in einer zunehmend entwerteten Welt auf Wertungen ankommt.

Die Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Siegfried Lenz spiegelt auch seine Bindungen an diese Stadt wider. Hamburger ist Siegfried Lenz zwar nicht, aber die Stadt ist doch längst seine Heimat seit mehr als 50 Jahren. Und wir dürfen davon ausgehen, daß Siegfried Lenz gerne in Hamburg lebt – ich zitiere ihn, denn das sind ja immer die besten Belege –:

„Für mich ist Hamburg eine Stadt, in der man gut leben und auch gut schreiben kann. ... Ich würde immer wieder Hamburg wählen.“

(Erster Bürgermeister Ortwin Runde)

- A Auch für viele seiner Geschichten hat er Hamburg als Kulisse und Schauplatz gewählt. Und ich gehe so weit zu behaupten: Manche Geschichten können nur in Hamburg spielen. Denn das ist Siegfried Lenz ja auch: ein aufmerksamer Beobachter hamburgensischer Eigenarten.

Meine Damen und Herren!

„Sich zu befragen, was man erlebt hat im unüberschaubaren Dschungel der Realität“

– so hat Siegfried Lenz einmal die Arbeit eines Autors charakterisiert.

Seine Lebensgeschichte weist ihn als jemanden aus, der überaus viel erlebt und auch erlitten hat. In seiner Biographie vereinen sich Ost- und Westeuropa; in seinen Geschichten versöhnt sich Deutschland mit den Nachbarn im Osten. Mit Bundeskanzler Willy Brandt reiste er 1970 – gemeinsam mit Günter Grass – zur Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages nach Warschau.

Siegfried Lenz ist Chronist deutscher Zustände, Zeitzeuge der gewordenen deutschen Demokratie. Voll gelassener Heiterkeit und doch schonungsloser Offenheit zeichnet er das deutsche Wesen.

Siegfried Lenz ist ein großer deutscher Literat, ein deutschsprachiger Autor, in Hamburg beheimatet, aber überall auf der Welt gelesen und verstanden.

Die Verleihung des Ehrenbürgerrechts ist Auszeichnung für sein literarisches Werk, aber vor allem ist sie Signal. Wir ehren einen Autor, der uns zeigt, wie wichtig es ist, sein Handeln an Werten zu orientieren. Wir ehren einen Autor, der sich für unsere Demokratie eingesetzt hat. Und wir ehren einen Mann, der menschliche Größe besitzt.

- B Im Namen des Senats bitte ich die Bürgerschaft zuzustimmen, Herrn Siegfried Lenz die Würde eines Ehrenbürgers der Freien und Hansestadt Hamburg zu verleihen.

(Anhaltender Beifall im ganzen Hause)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Dr. Christier.

Dr. Holger Christier SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Lenz, meine Damen und Herren! Der Senat beantragt heute bei der Bürgerschaft, ihre Zustimmung zu geben, daß Herrn Siegfried Lenz das Ehrenbürgerrecht der Freien und Hansestadt Hamburg verliehen wird. Ich darf jedenfalls für meine Fraktion sagen: Es bedurfte nicht vertiefter Betrachtung über die Freuden der Pflicht einer Regierungsfraktion, um spontan und mit voller Überzeugung ja zu sagen, als der Erste Bürgermeister begann, diese Idee im politischen Raum zu sondieren.

Wir ehren, ja, ich glaube sagen zu dürfen, wir verehren in Ihnen einen der wichtigsten und zugleich populärsten Schriftsteller der deutschen Nachkriegsliteratur. Ihr Denken und Ihr Schreiben ist entscheidend geprägt von der Erfahrung des Dritten Reiches, vom Krieg, vom Zusammenbruch und der unmittelbaren Zeit danach. Zur Motivation des Schriftstellers, sich in einer solchen Zeit zu äußern und damit ganz automatisch auch politisch zu wirken, haben Sie gesagt:

„Es war nach der Lektion der Geschichte der Möglichkeitenentwurf einer humanen Gesellschaft, der Traum von einem Gemeinwesen, in dem der Mensch nicht Heilsbringern und Sinnstiftern folgt, sondern der versöhnlichen Stimme der Vernunft. Diese Entwürfe zeigten sich

nicht in Gestalt formulierter Modelle; vielmehr traten sie zutage als ein immanentes Plädoyer für Gerechtigkeit, für Menschlichkeit, für die Anerkennung eigener Schuld.“

Soweit das Zitat.

Ich glaube, hier finden wir die Maßstäbe für Ihre Betrachtung unserer bundesrepublikanischen Wirklichkeit seit mehr als 50 Jahren, die für Sie häufig genug Anlaß gewesen sind und Anlaß sind zur Einmischung, zur Kritik und zum Engagement.

Hier finden wir aber auch das kleine, nichtsdestoweniger wichtige Wort „versöhnlich“. Denn das ist der Chronist deutscher Zustände eben auch.

„Ein Dichter des Mitleids, des Konzilienten, des Humors, des Ausgleichs“

– wie Ihr Freund Reich-Ranicky sagt.

Sieg und Niederlage, Freundschaft und Verrat, Schmerz und Freude, Zeit der Schuldlosen und Zeit der Schuldigen. Immer gibt es zwei Seiten, die es aber zugleich unmöglich machen, unbeteiligt durch unsere Wirklichkeit zu gehen.

Niemand kann sich unschuldig oder unbetroffen fühlen. Auch heute – oder vielleicht gerade heute – gilt: Identität in Deutschland ohne die Betrachtung der Wirklichkeit oder die Erinnerung an die Geschichte ist nicht möglich. Die Deutschstunde endet nicht, sie darf nicht enden mit dem Klingelzeichen, und dann ist große Pause. Ich weiß es natürlich nicht, aber ich vermute, daß Sie manches an heutigen radikalen Alarmzeichen, aber auch vieles an Gegenwehr und auch an verstärktem öffentlichen Diskurs über die jüngere Vergangenheit hierfür als Bestätigung empfinden.

Sie haben auf die zentrale Erfahrung des Schriftstellers in der Nachkriegszeit hingewiesen, nämlich auf die folgenreiche Entdeckung:

„Die Sprache widersetzte sich. Sie gewährte nicht die Angemessenheit, um erfahrenes Grauen, um erlebtes Unglück darzustellen.“

Und das in Zeiten und im Zusammenhang mit der Frage, ob es eigentlich nach Auschwitz überhaupt noch möglich ist, Gedichte zu schreiben.

Daß Sie sich trotz dieser Schwierigkeiten auf den Weg gemacht haben, verdient unsere Bewunderung. Für Ihre Antwort auf diese Erfahrung in den Themen und in den Tönen sind wir Ihnen dankbar.

„Literatur und Politik in Deutschland, die Geschichte ihres Verhältnisses zeugt von Distanz und Mißachtung, von Argwohn und Vorbehalt“,

sagen Sie in Ihrem Essay über das Lächeln der Macht. Sie selbst haben sich dadurch nie besonders beeindrucken lassen, sondern sich immer wieder politisch geäußert und engagiert.

Ihre Sympathie für und mit Israel, Ihre Werbung für die Aussöhnung mit Polen – beispielhaft symbolisiert durch die Teilnahme an der Reise mit Willy Brandt, worauf der Bürgermeister auch schon hingewiesen hat – sind Beispiele für diese Einmischung. Wobei Sie sich, glaube ich – ich weiß es nicht, aber ich vermute es –, über die realen Möglichkeiten von Literatur eine sehr eigene Meinung gebildet haben. Denn Sie sagen:

(Dr. Holger Christier SPD)

A „Literatur verändert nicht die Realität, aber unser Verhältnis zur Welt, die Art, wie wir sie sehen, die Urteile, die wir über sie fällen, die Erlebnisbereitschaft, die wir für sie aufbringen.“

Und natürlich gehört in diesen Zusammenhang Ihr berühmtes Wort vom Schriftsteller als Ein-Mann-Partei. Mitgliedsbeiträge, Sitzungsdiskussionen, Wahlkampf-kosten-Rückerstattung hat diese Partei nicht zu erwarten, aber Anhänger, Freunde, Gleichgesinnte und vor allem Leser. Diese Zahl reicht allemal, um jede Sperrklausel zu überwinden, und der geistige Einfluß reicht sowieso weit darüber hinaus.

Dieser Einfluß ergibt sich auch vor allem durch die Institution Schule; ergibt sich für die nachwachsende Generation, denn Sie sind unverändert seit vielen Jahrzehnten einer unserer meistgelesenen Autoren, der nicht nur mit der „Deutschstunde“ manche gleichnamige Veranstaltung zur gedanklichen Auseinandersetzung, Diskussion, Kritik und allerlei Interpretationsübungen geführt hat.

Beim letzten Stichwort mag man mir eine kleine persönliche Anmerkung in dieser Laudatio nachsehen; hätte ich mir doch durch eine ebenso vollständige wie unverzeihliche, aber mit großer jugendlicher Vehemenz vertretene Fehlinterpretation Ihrer kleinen Geschichte „Die Lieblings-speise der Hyänen“ fast die Deutschnote im Abitur ruiniert.

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Aber warum soll das Risiko von Literatur immer nur beim Autor liegen?

(Beifall im ganzen Hause)

B Nun haben wir als Parlament ja doppelt Glück. Wir müssen keine politische Ehrung vornehmen. Das würde ja auch vielleicht manchen Zank und Streit herbeiführen. Und wir müssen als Parlament – Gott sei Dank – auch keinen Literaturpreis vergeben. 121 kleine Reich-Ranickis suchen einen Autor. Das würde schön etwas abgeben. Nein, es geht um das Ehrenbürgerrecht der Freien und Hansestadt Hamburg.

Also blättern wir – ich bin der erste, ich habe Glück, meine Zitate kommen zuerst – kurz in dem Text „Leute von Hamburg“. Wir finden dort den Satz:

„Hamburger sind Leute, die sich selbst für Hamburger halten.“

Da erhebt sich natürlich sofort die Frage aller Fragen, ohne die jeder Deutschunterricht seit Jahrhunderten Bankrott anmelden müßte. Was will uns der Dichter damit sagen?

Bevor wir uns erneut der Gefahr von Fehlinterpretation aussetzen, lassen wir ihn lieber selbst zu Wort kommen:

„Hamburg ist eine wirkliche Stadt mit wirklichen Leuten, die sich überwiegend rollengerecht verhalten.“

In Hamburg sei manches unmöglich – Zitat –:

„durch schöne Reserve und merkantilen Biedersinn, durch blonde Korrektheit und eine flügellose Vernunft.“

Und:

„Hamburg beweist, daß die Lektüre einer Bilanz ähnliche Wonnen gewähren kann wie ein Shakespeare-Sonett.“

Ich wage den zaghaften Zwischenruf – empirisch völlig un-abgestützt, deshalb als Frage –, ob Hamburger Kaufleute

Sonette lesen? Und schließlich, nicht ohne einen gewissen Bezug zum heutigen Tage: C

„Das Hamburgische sei die Kunst, die Welt am Lieferanteneingang zu empfangen und ihr das Gefühl zu geben, dies sei die größte Auszeichnung, die man hier zu vergeben hat.“

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Tiefe Einsichten über unser wehrhaftes Volk am Zusammenschluß von Elbe und Alster.

Aber Sie haben auch ein forderndes Verhältnis zu Ihrer zweiten Heimat. So, als Sie vor 40 Jahren schon unsere Schutzgöttin Hammonia angerufen haben:

„Oh, lasse es werden, daß wir uns ein bißchen aufregen können, erschrecken und protestieren, Hammonia; wir wollen nicht rasen um des Rasens willen, wir wollen, dir zuliebe, auch weiterhin Bürger bleiben, aber gib uns ein bißchen Leidenschaft. Laß uns nicht immer schicklich ins Leere dösen. Bravheit mit Gleichgültigkeit verwechseln; gib uns die Leidenschaft des Versuchens, des Antwortens und des Daseins.“

Ich glaube, daran hat sich seit dem Jahr 1961 doch manches verändert! Und Sie haben mit Ihrer Persönlichkeit und mit Ihrem Werk entscheidenden Anteil daran.

Schließen wir den Kreis am Schluß vom international anerkannten Schriftsteller zu Ihrer kleinen Straße in Othmarschen, der Sie bescheinigen – vielleicht auch charakteristisch –, daß es dort weder Paraden noch Barrikaden jemals geben werde, und zu der Sie dann sagen:

„Ja, es ist sogar mehr als Gewohnheit entstanden, das Gefühl nämlich, zu Hause zu sein.“

Und das Fazit ist doch jetzt ganz klar: Wer sich so äußert, der ist mittlerweile selbst ein Hamburger geworden, der sich für einen Hamburger hält. D

Und uns bereitet es am Schluß ein stilles, händereibendes Vergnügen, Sie in einem Punkt am heutigen Tage doch zu widerlegen, denn das höchste an Auszeichnung sowieso und auch an räumlicher Auszeichnung, was wir zu bieten haben, ist eben doch nicht der Lieferanteneingang, sondern sind Plenarsaal der Bürgerschaft und großer Festsaal, und das ist in Ihrem Fall auch genau richtig so.

Wir sind stolz auf unseren neuen Ehrenbürger! Wir gratulieren Ihnen und wünschen Ihnen persönlich weiterhin alles Gute.

(Anhaltender Beifall im ganzen Hause)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr von Beust.

Ole von Beust CDU: Frau Präsidentin, verehrter Herr Lenz, meine Damen und Herren! Natürlich ist solch eine Verleihung der Ehrenbürgerschaft eine große Stunde eines Parlamentes, das sehr viel Formerfordernis hat und mit sich bringt, aber natürlich ist so etwas auch nicht ohne Emotionen und persönliche Gedanken ausgestattet. Als mich der Bürgermeister über den Plan informierte, daß der Senat diesen Antrag stellen wollte, hatte ich drei erste Impulse. Vermutlich einmal den gleichen, den wir alle haben, nämlich Stolz und Freude, diese Ehrenbürgerschaft verleihen zu können. Das zweite – gebe ich zu – war die Frage an den Bürgermeister: „Mein Gott, wohnt der in Hamburg?“

(Ole von Beust CDU)

A (Heiterkeit bei der CDU)

Das spricht aber eher gegen mich und für Ihre Bescheidenheit, Herr Lenz, daß ich das nicht gewußt habe. Das dritte ist, da verbinden mich diese Emotionen und ersten Eindrücke mit dem, was mein Vorredner ausgesprochen hat: Stolz und Freude auf der einen Seite, aber auch – ich gebe es zu – mit Gedanken an die Schulsituation, der man auf der anderen Seite ausgesetzt war. Von beiden ist schon gesagt worden, daß Sie wohl der meistgelesene Autor in deutschen Schulen seien, und so etwas hinterläßt verschiedene Eindrücke.

Ich erinnere mich mit gemäßigter Freude daran, daß selbst die humorvollen, unterhaltsamen Geschichten aus „So zärtlich war Suleyken“ Grund genug für den Deutschlehrer waren, immer zu fragen: Was hat er wohl – unabhängig von Humor und Komik – damit sagen wollen? Und es wurde regelrecht die Komik ausgetrieben mit endlosen Besinnungsaufsätzen über diese ja sehr persönlichen Anekdoten, humorvollen und komischen Geschichten. Das sind aber Dinge der persönlichen Erfahrung, die vermutlich die meisten von uns haben, die in der Schulzeit – im nachhinein glücklicherweise – auf sie gestoßen sind.

Lassen Sie mich mit einem Zitat eines anderen Literaten – unabhängig von den persönlichen Emotionen – Ihre Bedeutung beschreiben.

„Meine Erkundungsreise im Dezember 1957 begann in Hamburg. Jemand hatte den Norddeutschen Rundfunk darauf aufmerksam gemacht, daß es sich vielleicht lohne, ein ausführliches Interview mit mir zu machen. Das war mir sehr recht, denn der in Warschau genehmigte Betrag in Westmark reichte für kaum mehr als für Übernachtungen in billigen Hotels. Vor dem Haus des Senders, wo ich warten sollte, kam ein Mann auf mich zu, sehr jung, sehr blond und etwas schüchtern. Er sollte mich interviewen. Ob so ein Anfänger es einigermaßen schaffen würde? Es zeigte sich sehr rasch: Er machte es routiniert und vorzüglich.“

Meine Damen und Herren, daß dieser Mann 44 Jahre später – dieser damalige Anfänger – Ehrenbürger Hamburgs werden würde, ahnte Marcel Reich-Ranicki vermutlich nicht, der diese Zeilen im vergangenen Jahr zu Papier brachte.

Siegfried Lenz ist ein großer Literat – das wissen wir alle –, aber es ist nicht immer das untrügliche Zeichen großer Literaten, auch von vielen gelesen zu werden. Das Vergnügen machen Sie vielen, denn ihre hohe Auflage ist nicht nur etwas, das sich in Bestseller-Listen niederschlägt, Ihre Werke werden nicht nur gekauft, nicht nur zu Weihnachten verschenkt, nicht nur in Leder gebunden ins Bücherregal gestellt, sondern sie werden auch gelesen, und das zeichnet einen großen und auch populären Literaten aus, und das ist gut so, meine Damen und Herren. In Ihren Büchern kommt – neben Ihrer masurischen Heimat – immer wieder Hamburg vor. Hier leben Sie – wie ich es jetzt auch gelernt habe – seit Ende des Krieges, und mit den ersten Seiten aus dem „Vorbild“ in der Hand käme ein Ortsfremder, zumindest im Inneren der Stadt, sogar ohne Stadtplan aus, wenn er sich an diese ersten Seiten Ihres Romanes halten würde.

So ganz nebenbei beschreiben Sie schöne Seiten der Stadt, typische Seiten der Menschen, aber auch Umstände, die die Menschen, die hier leben und arbeiten, seit Jahren und Jahrzehnten bewegt haben und immer noch bewegen.

Um nur ein aktuelles Beispiel zu nennen, zitiere ich Rita Süßfeld aus dem „Vorbild“. Da heißt es:

„Seit zwanzig Minuten fahre sie um den Hauptbahnhof herum, immer in derselben Richtung, sie habe es sich abgewöhnt, hier nach einem Parkplatz zu suchen.“

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren! Bestimmte Dinge haben anscheinend mehr als zehn Jahre lang immer weiter Bestand.

Im übrigen, was Sie über die „Insassen“ dieses Hohen Hauses sagen:

„Knurrhähne begeben sich zu einer Konferenz ins Rathaus.“

Das an die Knurrhänninnen und Knurrhähne hier gerichtet.

Wer Siegfried Lenz liest und Hamburg kennt oder auch zum ersten Mal nach Hamburg kommt, wird vieles wiedererkennen – nicht nur Orte, Probleme, auch Menschen, aber die Darstellung der Hamburgerinnen und Hamburger, die Darstellung der Eigenarten, die Darstellung der Stadt, das Lokalkolorit, machen es vermutlich noch nicht aus, daß wir Sie heute einvernehmlich zum Ehrenbürger dieser Stadt ernennen wollen. Viel mehr spricht dafür, Siegfried Lenz zum Ehrenbürger unserer Stadt zu machen, denn:

„Siegfried Lenz gehört nicht nur zu den ohnehin raren großen Erzählern in deutscher Sprache, sondern darüber hinaus auch noch zu den ganz wenigen, die Humor haben“

– schrieb Rudolf Walter Leonhardt. Letzteres gilt auch – oder vielleicht gerade –, weil Ihr zentrales Thema die Desillusionierung der Generation, der er selbst angehört, nach dem Zweiten Weltkrieg ist. Das ist von vielen Literaten gewürdigt und auch eben ausgeführt worden.

Aber unabhängig von dieser eher abstrakten Würdigung ist es für mich nicht nur die Beschreibung dieser Zusammenhänge, nicht nur die Beschreibung großer Konflikte und Katastrophen, sondern es ist die Meisterschaft der Sprache von Siegfried Lenz in der Beschreibung von ganz persönlichen Lagen, der individuellen Existenz – durchaus losgelöst großen Ereignissen –, die mich fasziniert. Denken wir an die Frau im Wettermantel in „Leute von Hamburg“, wie ich finde, geradezu genial beschrieben:

„Vielleicht ist es Hammonia persönlich, die bürgerliche Göttin mit der Einkaufstasche“,

die immer darauf gefaßt ist,

„sechs Kilo preiswerter Bananen nach Hause transportieren zu müssen“,

und die schon früh erfuhr,

„daß Leben auch darin besteht, daß sich die Möglichkeiten verringern.“

Es ist diese völlig klare Sprache, die neben allen Großen das ganz Persönliche, die Individualität der Existenz und des Schicksals der Menschen ausmacht und hier von Hamburger Menschen ausgemacht hat. Es ist Humanismus im besten Sinne des Wortes, der sein Werk prägt. Ein Hamburger Bürger, der seinen sehr gekonnten Umgang mit dem geschriebenen Wort nutzt, um Menschlichkeit in die Welt zu tragen.

Es ist nicht der erste der gekonnten Schrift kundige Ehrenbürger unserer Stadt, andere Ehrenbürger schreiben

B

C

D

(Ole von Beust CDU)

- A auch Bücher, aber es ist der erste Schriftsteller, den wir zum Ehrenbürger machen.

Aber es ist auch der Mensch Siegfried Lenz, der großen Respekt verdient. Die Bescheidenheit im Auftreten bei öffentlichen Veranstaltungen, oder – um noch einmal Marcel Reich-Ranicki zu zitieren –:

„Solange Menschen wie Siegfried Lenz in diesem Lande leben, werde ich hier nicht untergehen.“

Wir freuen uns und sind stolz auf Sie, Herr Lenz.

(Anhaltender Beifall im ganzen Hause)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Lenz, meine Damen und Herren!

Wenn man das Vergnügen hat, an dieser Stelle eine kleine Rede zum Antrag des Senats auf Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Sie, Herr Lenz, halten zu dürfen, darf man zu Anfang auch gerne aus dem vielen schon Gesagten etwas herausfischen. Ich beginne deshalb mit einem Zitat aus der „Berliner Zeitung“ vom 28. August 1999 anlässlich der Verleihung des Goethepreises an Sie:

„Als viele Leute noch Hans hießen, ruhte in Westdeutschland der Buchmarkt auf drei Säulen. Im Sommer, kurz vor der Ferienzeit, gingen die Lehrer, Apotheker und Amtsrichter zum Buchhändler und fragten nach dem ‚neuen Grass‘, dem ‚neuen Böll‘ oder dem ‚neuen Lenz‘. Hatten alle drei kein neues Buch geschrieben, dann mußte am Strand eben Karten gespielt werden.“

- B (Heiterkeit im ganzen Hause)

Ich kann nur sagen: Genauso war es. Ich bin allerdings nicht selbst zum Buchhändler gegangen, sondern durfte mir aus dem elterlichen Katalog des Bücherbundes einmal im Quartal ein Buch bestellen. Und das war in den Siebziger Jahren dann oft „ein Lenz“.

Ich wollte mich aber selber überprüfen, auch eine angemessene Rede halten, und wo sucht man heute nach dem wahren Wissen der Welt? Nach Eingabe Ihres Namens, sehr geehrter Herr Lenz, bekam ich innerhalb von 0,08 Sekunden durch eine Suchmaschine 8160 Fundstellen im Internet genannt.

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Wie bringt man eigentlich eine solche Fülle von Informationen, über deren Qualität man sicherlich lange streiten kann, im eigenen Kopf zusammen und dann noch in einer kurzen Rede unter? Ich habe es gar nicht wirklich versucht, aber ich leiste mir eine kleine Analyse, und in Wirklichkeit kristallisiert sich dann doch die Beschreibung Ihres jahrzehntelangen Wirkens heraus.

Es finden sich literaturtheoretische Analysen, viele wissenschaftliche Abhandlungen, manchmal auch wenig Wissenschaftliches, aber sehr Schönes, zum Beispiel ein Artikel über eine Veranstaltung des Deutschen Anglerbundes, bei der Sie die Laudatio auf den zum Jahrhundertfisch gekürten Karpfen gehalten haben.

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Ich habe gedacht, das ist eine Namensverwechslung

(Siegfried Lenz: Nein, nein!)

aber Ihre Reaktion zeigt mir, daß das stimmt.

C

Eine Pressemitteilung des Goethe-Institutes in Oslo zählt Sie zu den meist übersetzten deutschsprachigen Dichtern in Norwegen. Auffällig, aber nicht unerwartet, wenn man Ihren Lebenslauf kennt, ist sowieso die Vielfalt der skandinavischen und auch osteuropäischen Rezensionen und Artikel über Sie im Internet.

Die Mehrzahl der Texte ist sehr differenziert, manchmal kritisch, oft aber fast liebevoll geschrieben. Immer wieder findet sich die Beschreibung, daß Sie sich mit der Sprache und den Bildern Ihrer Bücher in eine längst vergangene Zeit bewegen. Ich habe sogar einen Kritiker gefunden, der sich getraut hat zu sagen, in bezug auf Ihren Roman „Die Auflehnung“, es sei ein altmodisches Buch. Aber es wäre unendlich vermessen, das, was Sie uns zu sagen haben, den Inhalt Ihrer Bücher, als altmodisch zu bezeichnen. In einer Zeit, in der die schnellebige, möglichst drastische Information zählt, brauchen wir Ihre Romane über menschliche Menschen. Bei Hoffmann und Campe werden Sie zitiert mit dem folgenden Satz:

„Ich bin einverstanden damit, wenn die Erfahrungen, die ich gemacht habe und kenntlich machen möchte, eines Tages nicht mehr das Interesse finden, das sie für mich gehabt haben.“

Ich glaube, dieses Einverständnis muß von Ihnen noch lange nicht eingelöst werden.

Die interessantesten Seiten des elektronischen Kommunikationsmittels waren für mich dann auch die Chats unter dem Titel „Hausaufgaben“ oder „Referat“ oder „Leistungskurs Deutsch“ oder eben immer wieder einfach nur „Deutschstunde“. Es geht hierbei im übrigen nicht um das Abschreiben oder Kopieren oder Austauschen von fertigen Texten, sondern es geht oft um Diskussionen. Hier stellt man dann schnell fest, daß vielleicht gerade durch Ihre Sprache, die den Schülerinnen und Schülern von heute manchmal fremd ist, weil sie in den Ohren der Jugendlichen umständlich klingt, die Botschaften verstanden werden.

D

Unsere Kinder können durch das Lernen der historischen Fakten über die Unmenschlichkeit und die Verbrechen der Nazizeit niemals die Zweifel, die Wut und auch die Schuldgefühle meiner Generation verstehen, wenn wir ihnen nicht auch die ganz einfache menschliche Katastrophe der Nazizeit vermitteln können. Sie, Herr Lenz, vermögen dieses mit Ihren Büchern zu leisten.

Für mich selber, als eine, die ein wenig zu jung für die 68er Generation ist, wütend aber gegenüber den revanchistischen Tönen der damaligen Großelterngeneration und im ewigen Streit um die Auseinandersetzung mit der Beteiligung und Schuld der Elterngeneration an den unbegreifbaren Greueln der Nazizeit, waren Sie die klarste öffentliche Stimme. Das damals noch recht neue Medium Fernsehen – für mich zumindest – hat mit der Ausstrahlung der Verfilmung Ihrer „Deutschstunde“ 1970 neue Türen für Gespräche geöffnet. Es gab immer noch keine Entschuldigung für das Wegsehen und einfach Mitlaufen, aber wir konnten, vermittelt durch die Sprache und die Bilder, die Widersprüche verstehen. Und wir konnten auch ein wenig aufatmen in einer Zeit, als doch noch viel Blindheit gegenüber der Vergangenheitsbewältigung herrschte.

Die Dreizehnjährigen von heute kommen durch Sigggi und Jens Jepsen in den Dialog mit den Großeltern. Politische Auseinandersetzung schützt vor politischer Dummheit,

(Antje Möller GAL)

A und wir brauchen die Auseinandersetzung – gerade in dieser Zeit – mit den immer lauter werdenden Rassisten und Faschisten.

Die Hamburgische Ehrenbürgerschaft hat im übrigen immer zwei Seiten: Bürgerschaft und Senat haben hier etwas zu vergeben, eine Ehre, eine Anerkennung für jemanden, der sich eingesetzt hat. Aber wir möchten uns auch etwas mitnehmen: Wir möchten uns Ihre Sicht auf Menschlichkeit und Identitäten, Schuld und Sühne, auf Gerechtigkeit und Ehrlichkeit mitnehmen. Sie wendet sich auch an die Gegenwart und Zukunft und vor allem an die Politik. Deswegen freuen wir uns, dem Antrag des Senats zu folgen und Ihnen die Ehrenbürgerschaft zu verleihen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall im ganzen Hause)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Koppke.

Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke: Frau Präsidentin, sehr verehrter Herr Lenz, meine Damen und Herren!

„Wenn überhaupt, dann kann nur eine tatkräftige und phantasievolle Politik etwas ändern.“

Dieser treffende Satz stammt nicht etwa von der REGENBOGEN-Bürgerschaftsgruppe, diesen Satz formulierte Siegfried Lenz in seiner Dankesrede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1988. Und er hat gut gesprochen damals. Lenz rief in seiner Ansprache zum Widerstand gegen diejenigen auf, „die den Frieden bedrohen mit ihrem Machtverlangen, mit ihrer Selbstsucht und ihren rücksichtlosen Interessen“. Er beklagte eine zunehmend „vergiftete Erde, verseuchtes Wasser und den Tod von Tieren und Pflanzen“. Siegfried Lenz, diese „Ein-Mann-Partei“, wie er sich selbst einmal bezeichnete, hat sich eingemischt, die Finger in viele Wunden gelegt und damit gleich mehreren Generationen als demokratisch-humanistischer Wegweiser gedient. Er wollte als Schriftsteller „nie mit einer Schere schöne Dinge aus Silberpapier schneiden“, wie er bereits 1962 bekundete, vielmehr hoffte er, daß er „mit dem Mittel der Sprache den Augenblicken unserer Verzweiflung und den Augenblicken eines schwierigen Glücks Widerhall verschafft“.

B Wer anderes hat es vermocht, im In- und Ausland eine „Deutschstunde“ zu erteilen, die glaubwürdiger ist als alles, was je auf dem Stundenplan stand. Wenn Literatur in der Art, wie Siegfried Lenz sie schreibt, nur ein wenig mehr Wirkung hätte, so bräuchten wir für die Gegenwart wie für die Zukunft nicht zu fürchten, daß nationales Auftrumpfen und blinder Fortschrittsglaube wieder triumphieren könnten über Nachdenklichkeit und Erinnerungsvermögen.

Wenn Siegfried Lenz nunmehr nach über fünfzigjährigem Leben und Wirken in Hamburg die Ehrenbürgerwürde dieser Stadt verliehen wird, so ist dies ein Anlaß, seine Literatur und seine kritischen Gedanken wieder mehr ins Gespräch zu bringen. Wir begrüßen diese Würdigung gerade in und für die Freie und Hansestadt Hamburg, die sich so gerne als Standort des Erfolges, des Wohlstandes und des Glanzes des neuen Wirtschaftswunders präsentiert. Sie ist von Siegfried Lenz oft als Schauplatz seiner Erzählungen und Romane, seiner Hörspiele und vieler anderer Texte gewählt worden, und dies geschieht nie erklärend – im Gegenteil.

Die Kritik an der politischen Vereinnahmung des Heimatbegriffs ist ein Grundthema von Siegfried Lenz, der seinen

Leserinnen und Lesern auch die eigene ostpreußische Heimat auf eine Weise nahebringt, die ihn über jeden Verdacht des Revanchismus erhaben sein läßt. Und wem etwa die Erzählung „Der Mann im Strom“ ein Bild vom Hamburger Hafen gezeichnet wird, für den oder die ist diese Stätte nicht mehr nur Touristenkulisse, Wirtschaftsstandort und Immobiliengelände, sondern auch Ort der Vergeblichkeit, Angst und Verzweiflung. Insbesondere das Scheitern und den Verlust führt Siegfried Lenz literarisch vor Augen, als überzeitliche, exemplarisch dargestellte menschliche Grunderfahrungen, aber auch als Zeitkritik an den Schattenseiten des Wirtschaftswunders in der Nachkriegsrepublik. In seinen Texten wird dabei gerade der Blick für die Außenseiter und Außenseiterinnen, die Schwachen und Benachteiligten geschärft.

„Der Hoffnung Namen zu geben ... und die Not als veränderbar zu beschreiben“,

diese einfach klingenden und dem Zeitgeist doch so widerstrebenden Ziele hat Siegfried Lenz einmal für sein Schreiben benannt. Sie sind hier und heute so aktuell wie vor 50 Jahren – allen Veränderungen zum Trotz. Und deshalb freue ich mich über Hamburgs neuen Ehrenbürger Siegfried Lenz.

(Anhaltender Beifall im ganzen Hause)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Nachdem niemand weiter das Wort begehrt, kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Wer möchte dem Antrag des Senats folgen und zustimmen, daß Herrn Siegfried Lenz das Ehrenbürgerrecht der Freien und Hansestadt Hamburg verliehen wird? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Die Bürgerschaft hat diesen Beschluß einstimmig gefaßt. Herzlichen Glückwunsch, Herr Lenz.

(Anhaltender Beifall im ganzen Hause)

Die Bürgerschaft hat damit das Ihrige getan, Herr Bürgermeister. Meine Damen und Herren, die Sitzung wird jetzt für ungefähr eine Stunde unterbrochen.

Unterbrechung: 17.26 Uhr

Wiederbeginn: 18.26 Uhr

Vizepräsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich darf noch einmal herzlich bitten, im Festsaal Bescheid zu sagen, daß die Sitzung wieder eröffnet ist.

(Zuruf: Wir haben Bescheid gesagt!)

– Sie haben Bescheid gesagt, ich bedanke mich.

Es ist natürlich für den jetzigen Debattenredner keine sehr schöne Kulisse.

Meine Damen und Herren! Die nunmehr 20 Abgeordneten, die hier jetzt anwesend sind, sind auf das heftigste zu loben.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 15 auf. Die Wahlen haben wir wegen des fast zu befürchtenden Bildes auf den Tagesordnungspunkt hiernach einvernehmlich verschoben. Das heißt, nach dem Tagesordnungspunkt 15 werde ich dann die Wahlen aufrufen.

Nunmehr die Große Anfrage der SPD-Fraktion zur Weiterentwicklung der Altentagesstätten in Hamburg.

(Vizepräsident Berndt Röder)

**A [Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Die Weiterentwicklung der Altentagesstätten in
Hamburg – Drucksache 16/5398 –]**

Das Wort wird hierzu gewünscht. Der Abgeordnete Baar hat es.

(Beifall im ganzen Hause)

Wolfgang Baar SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stelle fest, daß ich es in zweifacher Hinsicht schwer habe.

Erstens: Der politische Alltag hat uns wieder, die großen Reden sind jetzt vorbei. Ich kann das, was hier geschehen ist, nicht nachmachen.

Zweitens – das ist wieder typisch –: Nun haben wir endlich einmal ein Seniorenthema und sind noch früh am Abend dran, und was ist? – Der Saal ist leer.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Es sind keine Senioren da!)

Nun will ich denjenigen, die hier sind, nicht den Vorwurf machen, denn man soll nie die beschimpfen, die in der Kirche sind, sondern immer die, die nicht kommen.

(Beifall bei der SPD)

Ich halte aber mein Referat, ich kürze nicht. Es tut mir leid, daß die anderen dann den Nachteil haben, wenn sie nicht da sind.

Am Anfang möchte ich einmal die Feststellung machen, daß wir hier in Hamburg nach wie vor ein gut funktionierendes Netz an Altentagesstätten haben. Die Große Anfrage soll also in diesem Falle nicht der Kritik dienen, sondern sie soll aufzeigen, daß wir vorausschauend in dieser Frage Änderungen brauchen. Dieses ist uns allen, glaube ich, bewußt.

B

Wie aus der Beantwortung der Großen Anfrage hervorgeht, sind eine große Anzahl von ehrenamtlichen Mitarbeitern in den Altentagesstätten tätig. Nach der Antwort des Senats habe ich ausgerechnet, daß es circa 650 Ehrenamtliche gibt. Wenn man dann noch die Ehrenamtlichen in den Seniorenkreisen, in Gruppen der Verbände, der freien Wohlfahrtspflege, in den Altkreisen des Seniorenbüros, in den Sportvereinen und ähnliches dazuzählt, kommen wir auf weit über 1000 Ehrenamtliche, die im Seniorenbereich tätig sind. Ich meine, daß dieses hier die Stelle ist, wo wir einmal ganz eindeutig ein Dankeschön an diejenigen richten sollten, die im Seniorenkreis diese ehrenamtliche Arbeit machen.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir haben die Hoffnung, daß sie noch möglichst lange bei der Stange bleiben, denn sonst wäre es aus mit dieser Arbeit. Wir wissen, daß über 23 Prozent der Hamburger inzwischen über 60 Jahre alt sind, und dieses macht es einfach notwendig.

Ich weiß nicht, inwieweit Sie in diese Broschüre „Aktiv im Alter“ einmal hineingeguckt haben, hinten im Nachtrag. Dort werden Sie eine unwahrscheinliche Zahl von Institutionen, von Verbänden, von Gruppen finden, die Seniorenarbeit machen. Ich glaube, daß es wohl kaum eine Stadt in der Bundesrepublik gibt, wo soviel offene Seniorenarbeit gemacht wird, und trotzdem: Es ist sicher nicht genug. Ernst Weiß hat damals als Senator die These ausgegeben, wir brauchen flächendeckend die Altentagesstätten. Sie sind installiert worden. Ob sie nach der heutigen Sicht noch so funktionieren, wie sie seinerzeit regional installiert

worden sind, darüber muß sicher geredet werden, denn es hat sich einiges verändert. Vom Senat ist uns der Bericht für das Jahr 2001, das heißt, nachdem 2001 vorbei ist und man die Erkenntnisse gesammelt hat, versprochen worden. Darüber müssen wir anschließend sicher reden und dieses ausführen.

C

Wir alle wissen, daß die Kreise der Älteren noch größer geworden sind. Die Älteren fühlen sich insgesamt jünger, und vor allen Dingen ist ein großer Teil aktiver. Der Besuch der jetzigen Altentagesstätten in ihrer jetzigen Struktur ist trotzdem rückläufig und wird noch weiter rückläufig sein.

Wie gehen wir mit diesem Wissen um? – Einfach zur Tagesordnung übergehen, ist sicher zuwenig. Die Frage hat uns dazu gebracht, die Große Anfrage zu stellen. Natürlich werden Sie jetzt sagen, das wissen wir doch alle, das ist doch nichts Neues. Nur, wenn wir das denn wissen, dann genügt das doch eigentlich nicht. Wenn wir das wissen, dann müssen wir doch anfangen, etwas zu ändern. Wir wollten von dem Senat eine Antwort zur Ist-Situation, auf die Konsequenzen, die er daraus ziehen will, und auf die Perspektiven dazu. Uns war auch bekannt, daß an dieser Stelle die ehrenamtlich Tätigen immer weniger werden. Der natürliche biologische Rückgang, das ist klar, sie werden älter, sie ziehen sich zurück, sie können nicht mehr helfen, die Anzahl ist dezimiert. Und der Nachwuchs? – Na ja, bei den Alten vom Nachwuchs zu sprechen, ist auch ein bißchen makaber, aber das ist halt so. Der Nachwuchs, der kommt, schließt die vorhandenen Lücken nicht mehr. Dieses Problem macht uns eigentlich die größten Sorgen, denn ohne Ehrenamtliche funktioniert in diesem Bereich überhaupt nichts.

Nun lassen Sie mich zu einigen Fragenkomplexen kommen.

D

Die Situation der Altentagesstätten in Hamburg: Wenn es denn so ist, daß es in einigen Altentagesstätten steigende Besucherzahlen gibt, der Besuch insgesamt aber zurückgeht, wie uns geschildert wurde, dann ist doch sicher bei einigen Altentagesstätten die ganze Situation sehr mau. Klar, das Freizeitverhalten hat sich geändert bei den Älteren. Die Angebote vom Kaffeetrinken und Bingospielen reichen einfach nicht mehr aus. Das führt sicher auch dazu, daß einige Altentagesstätten, wie der Antwort zu entnehmen ist, Mühe haben, die erforderliche Öffnungszeit anzubieten. Wenn es weniger Aktivitäten gibt, gibt es auch weniger Ehrenamtliche, denn, wenn es langweilig wird, hat keiner mehr Lust, da zu arbeiten.

Die derzeitige Angebotsstruktur und die Bedürfnisse und Wünsche der Älteren: Alle 99 Altentagesstätten müssen auch weiterhin, meine ich, ein sozialpolitisch gefördertes Element für die Älteren im Stadtteil sein und bleiben. Sie müssen aber ein anderes Image bekommen, um andere, aktivere und neue Besucher zu bekommen, neue Namensgebung, neue Türschilder, einfach moderner sein. Neue Programme und Aha-Effekte im Stadtteil sind dabei wichtig und notwendig. Hier hat der Senat durch die Installation der Internet-Cafés mit einigen Altentagesstätten und der Telekom zusammen schon einiges zur Verbesserung der Situation getan. Trotzdem: Wir wissen alle, daß ein Siebzigjähriger sich noch zu jung fühlt, um in eine Altentagesstätte zu gehen, und eine Achtzigjährige sagt dann sehr oft, wenn ich sie anspreche, ich will doch nicht zu den Alten hin. Das ist das Problem. Und dieses Klein-Generationsproblem zu lösen, da wissen wir sicher alle keine Antwort. Aber man hört es immer wieder: Ich bin alleine, ich möchte gerne Bekanntschaften haben, und wenn es heißt,

(Wolfgang Baar SPD)

A geh doch in die Altentagesstätte, dann sagen sie, nein, zu alten Leuten will ich nicht. Das heißt, dieses ist sicher auch eine Frage des Images.

Wir hoffen, daß durch die Zukunftswerkstatt, die der Landessenorenbeirat zusammen mit der Fachbehörde abhalten soll oder abhält, einiges an neuen Ideen entwickelt wird. Jedenfalls scheint uns, daß dies ein Weg ist, neue oder verbesserte Wege zu finden. Dabei wollen wir, wenn und wo auch immer es dann gewünscht wird, der Behörde und auch dem Landessenorenbeirat helfend zur Seite stehen.

Wichtig scheint uns aber auch, daß eine bessere Koordination zwischen den Trägern der Altentagesstätten, aber auch zwischen den einzelnen Altentagesstätten selbst stattfindet. Dieses kann der Senat sicher nicht alleine machen. Hier sind Aktivitäten der Trägergemeinschaften und Verbände erforderlich und erwünscht. Man muß nicht immer im eigenen Saft schmoren, man kann auch etwas weitergeben und mal etwas annehmen.

Ein Kapitel der Großen Anfrage war die Schwierigkeit der Besuche der Altentagesstätten durch ausländische Mitbürger. Dies, glaube ich, ist ein Kapitel für sich, das wir nur gestreift haben in unserer Fragestellung, um darauf hinzuweisen, daß wir es nicht vergessen haben. Aber hier eine Lösung parat zu haben, ist sehr schwierig. Wir dürfen und wollen das Problem nicht vernachlässigen, aber man kann in diesem Zusammenhang nur pauschal auf das Problem eingehen, ohne die einzelnen Gruppen zu nennen, denn der ethnische Unterschied zwischen den einzelnen Gruppen ist sehr groß. Er läßt wohl eine gemeinsame Betrachtung der Ausgangslage zu, nicht aber eine gemeinsame Lösung.

B Hier ist es von Stadtteil zu Stadtteil, von Sprache zu Sprache einfach zu unterschiedlich. Die erwähnten Kulturvereine – man mag dazu stehen, wie man will, und ich habe durchaus Bauchschmerzen bei einigen –, meine ich, sind zumindest ein Treffpunkt für ältere ausländische Mitbürger, wenn sie denn dorthin wollen, denn so etwas braucht man, und wir können ihnen dieses in der Breite der Sprache so nicht bieten. Der Senat hat angekündigt, daß er Räumlichkeiten zur Verfügung stellen will, damit hier eine Verbesserung eintritt, und dieses ist dann positiv zu werten.

Lassen Sie mich zum Schluß etwas zur inhaltlichen und konzeptionellen Weiterentwicklung sagen. Die Beurteilung dieses Problems durch den Senat wird von uns geteilt, auch die Konsequenz, die er daraus ziehen will. Die Idee eines lebendigen Bürgerzentrums – wie er beschrieben hat – als Treffpunkt der Älteren im Stadtteil hat etwas für sich. Das sind neue Ideen, neue Begriffe, die man sicher aufgreifen sollte. Nur, seien wir uns darüber im klaren: Sie erfordern mehr Aktivität und noch mal Aktivität, und ich sage einmal sehr deutlich, daß diese auch nicht zum Nullpreis zu erhalten sind. Hier muß auch auf der Ebene etwas getan werden.

Ein kleiner Schlenker. Was mir dann noch in der Antwort auf die Große Anfrage aufgefallen ist, ist, daß dort steht, daß bei der angedachten Arbeit in einem Bürgerzentrum auch Ansätze des Engagements von und mit Personen mit eingeschränkter Selbständigkeit gewünscht werden. Was immer das auch bedeuten soll, hier kann ich nur sagen: Vorsicht. Wir können nicht das eine wollen, um mehr Bürgerinnen und Bürger für ehrenamtliche Arbeit zu gewinnen, und andererseits so nach dem Motto tun: Na, ja, wenn wir denn mehr haben, dann können wir auch einige Leute mit

hinnehmen, die wir besser betreuen können. Dieses muß mit den beteiligten Verbänden und Institutionen beraten und vielleicht auch gelöst werden. Ich kann nur hoffen, daß dieses nicht durch eine Fachliche Weisung geschieht. Dann würde da etwas kaputtgehen.

(Uwe Grund SPD: Ja!)

Fazit der Großen Anfrage und der Antwort des Senats: Wir beurteilen die Ist-Situation und die Bestandsaufnahme ähnlich. Wir sehen die großen Schwierigkeiten bei der momentanen Anzahl der ehrenamtlich Tätigen. Hier sage ich einmal, Frau Senatorin: Wenn wir denn wissen, daß es weit über 1000 Ehrenamtliche sind, wie wäre es dann mal mit einem Dankeschön und einem Empfang im Rathaus für speziell diese Ehrenamtlichen, nicht insgesamt, sondern speziell für diese Ehrenamtlichen, denn dadurch würden wir vielleicht den einen oder anderen dazu bekommen zu sagen, guck mal, da wird auch danke schön gesagt, und das wäre doch eine gute Geste.

(Beifall bei der SPD und der CDU – Karl-Heinz Ehlers CDU: Eine gute Idee! Besonders vor den Wahlen!)

– Dieses hat doch nichts mit Wahlen zu tun. Ich habe doch nicht gesagt, daß das morgen und übermorgen sein soll.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Das wäre ja zu früh! – Gegenruf von der SPD)

Herr Ehlers, Sie kommen mir so vor wie einer, der zu mir sagt, wissen Sie, ich gehe auch in Altentagesstätten. Dem würde ich nämlich auch zur Antwort geben, ja, kurz vor den Wahlen, damit Sie Ihren Alten noch etwas erzählen können.

(Uwe Grund SPD: Er hat doch recht! Wolfgang, nimm doch seinen Vorschlag an!)

Aber okay, ich greife den Zwischenruf auf. Wenn Sie dieses meinen, dann ist das eine Empfehlung an den Senat, dieses kurz vor der Wahl zu tun – und die Empfehlung kommt von Ihnen –, dann finde ich das gut.

Wir teilen die Konsequenz und auch die Perspektiven, die der Senat aus der Ist-Situation gezogen hat. Alles in allem können sich weder Senat noch Bürgerschaft hier zufrieden nach hinten lehnen und in den Sessel setzen. Die Ist-Situation zeigt auf, daß hier etwas geschehen muß. Der Senat zeigt auf, daß er die Weichen installiert hat und demnächst in Betrieb genommen werden. Ich sage mal etwas skeptisch, warten wir einmal ab, was sich da entwickelt. Dem Landessenorenbeirat und der Fachbehörde wünsche ich von hier aus viel Glück und Geschick bei der gemeinsamen Arbeit in der Zukunftswerkstatt zum Wohl der Altentagesstätten, ihrer Besucherinnen und Besucher und der Senioren insgesamt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Hans-Peter de Lorent GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Schira.

Frank-Thorsten Schira CDU:* Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Circa 560 000 ältere Menschen besuchen im Jahr die über 90 Altentagesstätten in Hamburg. Die Altentagesstätten sind für viele feste Anlaufpunkte. Man freut sich auf den regelmäßigen Besuch, um in vertrauter Umgebung die Einsamkeit zu vergessen, die viele ältere Menschen in ihrer Wohnung erwartet. Die

(Frank-Thorsten Schira CDU)

- A Angebote reichen von Kaffee-Nachmittagen, Basteln, Sprachkursen und Lichtbildervorträgen. Altentagesstätten sind Begegnungsstätten und ein sehr wichtiger Teil der Seniorenarbeit in unserer Stadt. Zu fast 100 Prozent wird die Arbeit in den Altentagesstätten von kirchlichen oder freigeinnützigen Trägern organisiert. Ohne die vielen ehrenamtlichen Helfer – das sagte Herr Baar schon – wäre Altenarbeit in den Stadtteilen nicht mehr denkbar. Ihr Engagement verdient unseren Respekt und vor allem unsere Unterstützung.

Durch die Studie „Älterwerden in der Fremde“ ist herausgekommen, daß circa 80 Prozent der deutschen Älteren wissen, daß es in ihrem Stadtteil eine Altentagesstätte gibt. Nur 20 Prozent der ausländischen Mitbürger wissen dies allerdings. Das zeigt ganz deutlich, daß auf diesem Gebiet noch eine Menge passieren muß.

Im Rahmen der letztjährigen Haushaltsberatungen haben wir als CDU-Fraktion einen entsprechenden Antrag eingebracht, und wir warten auf die Beratungen im zuständigen Sozialausschuß.

Es gibt für uns bei den Antworten des Senats eine Menge, was uns negativ aufgefallen ist. Warum zum Beispiel hat die BAGS bisher keine Vorstellungen über die jetzigen Wünsche und Bedürfnisse der Besucher von Altentagesstätten ermittelt? – Weil sie offenbar bisher nicht auf die einfache Idee gekommen ist, einmal nachzufragen bei den Senioren, wie sie das Angebot finden, was ihnen nicht gefällt und wie ihre Verbesserungsvorschläge sind. Jetzt endlich will der Senat diesen Aspekt untersuchen, und ich finde, er sollte sich dabei nicht allzuviel Zeit lassen.

- B Ein zweites negatives Beispiel für die Untätigkeit des Senates ist, daß es dringend Zeit wird, daß der Senat die Konzeption über die Arbeit in den Altentagesstätten zusammen mit den Trägern, aber vor allem mit dem Kunden, das heißt dem Besucher und dem Nichtbesucher überarbeitet. Bis Ende 2002 soll dieser sogenannte Planungsprozeß abgeschlossen sein. Wir meinen, das kann und vor allem es muß viel schneller erfolgen. Bis jetzt sind ganze zehn Altentagesstätten an das Internet angeschlossen, und die SPD – so konnte ich in ihrem Wahlprogramm-Entwurf lesen – fordert, daß alle Altentagesstätten an das Netz gehen sollen. Das ist auch in Ordnung, aber es drängt sich hier schon – und somit möchte ich meinem Kollegen, Herrn Ehlers, schon recht geben – der Eindruck auf, daß die anstehenden Bürgerschaftswahlen den Senat jetzt erkennen lassen, wie wenig er eigentlich auf dem Gebiet der Seniorenpolitik unternommen hat.

(Beifall bei der CDU)

Die Antwort des Senates auf diese Große Anfrage der SPD unterstreicht dies auch eindrucksvoll. Der rotgrüne Senat geht mit den älteren Menschen in unserer Stadt wenig liebevoll um. Wenn Sie für diese Politik des Nichtstuns noch ein Beispiel geben, möchte ich Ihnen das auch präsentieren. Herr Grund – ich spreche es einmal direkt an –, lassen Sie uns gemeinsam an die Debatte zur Pflegesituation im Herbst 1999 erinnern. Sie wollten damals unsere detaillierteren, umfangreicheren und besseren Antrag nicht annehmen. Das ist auch Ihr gutes Recht – das ist keine Frage –, aber daß wir noch nicht einmal im Ausschuß darüber diskutieren wollten, fanden wir doch recht klein. Statt dessen wurde ein Prüfungsantrag von uns beschlossen – ein Antrag von Ihnen –, um den sich bisher aber die Regierenden, was die Pflegesituation für ältere Menschen in Hamburg angeht, überhaupt noch nicht gekümmert haben.

(Uwe Grund SPD: Das ist nicht richtig!)

Es muß Sie doch als Fraktion, finde ich, unheimlich ärgern, mit welcher Ignoranz der Senat mit Ihren eigenen Anträgen, die wir hier in der Bürgerschaft beschlossen haben, umgeht. Im Herbst 1999 hat diese Bürgerschaft dem Senat umfangreiche Prüfaufträge gegeben, in Sachen Pflege aktiv zu werden. Tatsache ist, daß von Frau Senatorin Roth in dieser Frage bisher noch reinweg gar nichts unternommen wurde. Die SPD-Fraktion wird offenbar von Frau Roth nicht ernst genommen. Das ist für uns nicht weiter tragisch, aber die Anliegen der Senioren in unserer Stadt werden nicht wahrgenommen, und das ist ein Zustand, den wir nicht hinnehmen dürfen.

Gestreift wird in der Senatsantwort das Thema Kooperation für Altentagesstätten. Wir haben heute einen CDU-Antrag mit der Überschrift „Patenschaften der Generation“ auf der Tagesordnung, der leider nicht debattiert wird, und dieser Antrag nimmt genau das Thema Kooperation auf. In unserem Antrag geht es darum, daß wir Kooperation, daß wir Patenschaften zwischen Schulen, Jugendeinrichtungen und zum Beispiel Altentagesstätten wollen. Den Weg dazu haben wir ganz bewußt offen gelassen, um mit den anderen Fraktionen darüber zu diskutieren. Aber offenbar wollen Sie noch nicht einmal die Diskussion, weil es, wenn ich es richtig vermute, auch keine Ausschußüberweisungen gibt, sondern es soll hier in der Bürgerschaft gleich weggestimmt werden. Ich finde, das ist ein weiterer Beweis für Untätigkeit. Hier gibt es die Chance, mit Bürgersinn eine Menge für ältere und jüngere Menschen in unserer Stadt zu unternehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Senat hat in dieser Legislaturperiode nichts unternommen, um den Anliegen der Senioren gerecht zu werden. Sie haben fast vier Jahre verstreichen lassen. Für die alten Menschen in unserer Stadt waren dies leider vier verlorene Jahre. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Nunmehr bekommt das Wort die Abgeordnete Dr. Freudenberg.

Dr. Dorothee Freudenberg GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! So einfach, Herr Schira, kann man es sich nun doch nicht machen.

(Uwe Grund SPD: Vor allem so platt!)

Es ist doch ein bißchen arg schlicht.

Sicher, wir wissen zuwenig über Altentagesstätten. Wir freuen uns, daß es da jetzt bald einen Bericht gibt. Der ist dringend notwendig. Wir sehen doch an der Antwort dieser Großen Anfrage, wie wenig wir wissen und wie wenig homogen diese fast 100 Altentagesstätten in unserer Stadt sind. Das spiegelt nun auch wider, daß alte Menschen keine kleine Gruppe sind, für die der Senat in dieser Stadt nichts tut. Wir haben ein Viertel der Bevölkerung, die über 60 Jahre alt sind. Die haben ganz verschiedene Ansprüche, einen ganz unterschiedlichen Lebensstil und auch verschiedene Interessen an Kommunikation in dieser Stadt. Ich frage mich, ob wir uns nicht Gedanken machen sollten, ob nicht vielleicht überhaupt die Idee der Altentagesstätte überholt ist, ob es nicht sinnvoller ist zu versuchen, viele Stadtteilzentren zu haben, die offen für alle Altersgruppen sind, wo dann eben auch Altersgruppen jeweils für ihre Peer-group feste Zeiten und Möglichkeiten haben, sich auch alleine zu treffen. Aber ich denke, diese jungen Alten, die Lust haben, ins Internet zu gehen, warum

(Dr. Dorothee Freudenberg GAL)

A sollen sie sich das nicht von Vierzehnjährigen zeigen lassen? Das ist doch besser, als vielleicht irgendeinen gleichaltrigen Ehrenamtlichen zu haben, der sich mühsam in der Volkshochschule fortgebildet hat. Außerdem weiß ich, daß viele der Alten, die so etwas machen, nicht in die Altentagesstätte gehen, wenn sie ins Internet wollen, sondern lieber in die Bücherhalle oder in die Volkshochschule gehen. Das kann ich auch gut verstehen.

Dann hat mich an der Antwort erschreckt, daß es Altentagesstätten gibt, wo immer bestimmte Gruppen dominieren. So erlebe ich es auch in Gesprächen mit alten Menschen, die dann sagen, ja, ich bin da mal hingegangen, aber ich gehöre ja gar nicht dazu. Es gibt wohl auch Altentagesstätten, in denen es eine feste Gruppe von Menschen gibt, die sich kennen. Und jemand, der neu dazu kommt, gerade weil er Kontakt braucht, fühlt sich da nicht richtig wohl. Diese Menschen zu integrieren, ist sicher auch die Aufgabe von Ehrenamtlichen, die Zeit dafür haben, oder auch für professionell Tätige, die gezielt Integrationsarbeit in der Altentagesstätte leisten.

Ich möchte auf den Punkt kommen, der hier angesprochen wurde, nämlich die große Gruppe der alt gewordenen ausländischen Menschen, die wir hier haben. Ich denke, da müssen wir uns mehr Gedanken machen, was wir tun können, um diesen Menschen eben auch Treffpunkte in ihren Stadtteilen zu geben. Ich freue mich, daß da jetzt auch Überlegungen konkreter werden, hier etwas zu tun.

Einen Punkt in der Antwort fand ich ärgerlich. Das war die Antwort, daß die Altentagesstätten bei der Integration immer mehr Aufgaben bekommen. Da wurde vom Senat so locker die große Gruppe der alt werdenden behinderten Menschen erwähnt, die jetzt für den Besuch der Werkstätten für Behinderte zu alt sind. Ob das wirklich die Altentagesstätten so einfach leisten können, daß sie denen die Türen öffnen, das halte ich für eine Illusion, denn das ist wirklich eine Gruppe von behinderten Menschen, für die wir uns endlich Konzepte überlegen müssen. Wenn die dann im Stadtteil wirklich integriert sind, auch in der Altentagesstätte ihren Platz finden, ist das großartig, aber das ist sicher eine Sache, die nicht von allein so gehen kann, wie es dargestellt wird.

B Ich denke, wir haben alle noch einen langen Abend vor uns. Ich lasse es dabei, und wir werden dieses Thema, wenn wir den Bericht haben, auf den ich bald hoffe, sicher noch sehr ausführlich diskutieren. – Danke.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Alsdann erhält das Wort der Abgeordnete Jobs.

Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke: Meine Damen und Herren! Immer mehr Menschen werden immer älter, auch in Hamburg. Das hat die Regierungsfraktion jetzt auch erkannt. Der Altenquotient – ein fürchterliches Wort – von derzeit 24, 25 Prozent wird auf 29 Prozent bis zum Jahre 2015 steigen. Um so deutlicher wird, wie notwendig eine Debatte über das Angebot, über das Altwerden in der Stadt ist.

Hamburg hat im Gegensatz zu anderen Gemeinden – zumindest nach Auskunft von Fachleuten – nicht unbedingt auf absehbare Zeit ein gravierendes, quantitatives Seniorenproblem zu erwarten. Deshalb sind die hauptsächlichsten Probleme, die alte Menschen zur Zeit gerade in dieser Stadt haben, die der zunehmenden Altersarmut, der

zusammengestrichenen Sozialhilfesätze und – das haben wir vorhin schon gehört – natürlich die Probleme im Bereich der Pflege. Aber dennoch ist es nicht ganz uninteressant, sich einmal mit dem Freizeitverhalten von älteren Hamburgerinnen und Hamburgern zu befassen. Da hat sich in den letzten Jahrzehnten einiges verändert. Das Bild der alten Leute, die alle vier Wochen einmal zum Altennachmittag schlappen und den Rest der Zeit zu Hause sitzen, ist überholt. Das ist vorbei. Viele orientieren sich inzwischen an anderen Bildern. Es ist auch kein Zufall, daß zum Beispiel in den letzten zehn Jahren bei den Sportvereinen doppelt so viele Mitglieder in der Sparte „Senioren“ zu verzeichnen sind. Gleiches gilt für Volkshochschulen und ähnliche Einrichtungen. Besonders hier, wie auch anderswo, sind es generationenübergreifende Angebote, die in der Beliebtheit immer weiter vorne sind. Dann, finde ich, ist es an dieser Stelle auch ein bißchen berechtigt zu hinterfragen, ob das Konzept Altentagesstätte noch wirklich zeitgemäß ist oder ob es nicht auch zeitgemäß wäre, dieses Konzept aufzubrechen und den Schwerpunkt mehr auf generationenübergreifende Angebote zu legen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Das ist sicher in der Gesamtheit richtig. Aber es gibt immer noch eine Gruppe von Leuten, für die das ein wichtiges und richtiges Angebot in der Stadt ist, und deshalb ist es auch notwendig und richtig, daß dieses Angebot vorgehalten wird und nicht einfach, wie es die SPD gerade im Begriff ist zu tun, zusammengestrichen werden kann. Die Rahmenczuweisungen der Bezirke für diesen Bereich sind von 1997 bis 2001 um genau 15 Prozent zusammengestrichen worden,

(Wolfgang Baar SPD: Wie bitte?)

und genau damit wird den Bezirken das Wasser für diese mitunter ganz wichtigen Angebote abgegraben. Gerade die Einrichtungen, die ein neues Konzept fahren, die ihre Einrichtungen aufmachen, sind zunehmend gerade von diesen Kürzungen betroffen, und das, finde ich, ist ein nicht verantwortungsvolles Vorgehen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Genau deshalb haben wir bei den Haushaltsberatungen einen Antrag gestellt, daß diese Kürzungen, die im kommenden Jahr sehr empfindlich wirken, für das kommende Jahr ausgesetzt werden. Das haben Sie abgelehnt. Herr Baar, wenn Sie sich jetzt hier hinstellen und die Arbeit der Tagesstätten loben, dann ist das in Ordnung, dann ist das richtig. Aber dann sagen Sie bitte auch die ganze Wahrheit. Sagen Sie, daß Sie es richtig finden, daß diesen Einrichtungen das Geld gekürzt wird in dieser Stadt. Sagen Sie, daß Sie es richtig finden, daß Ihnen das Geld zusammengestrichen wird. Diese Wahrheit ist die Wahrheit der Sozialdemokratie. Wir haben etwas anderes vorgeschlagen, was den Einrichtungen sicherlich besser getan hätte. Dem haben Sie sich verweigert. Das finde ich aus meiner Sicht ein bißchen heuchlerisch, wenn Sie das verschweigen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei Frank-Thorsten Schira CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält Senatorin Roth.

Senatorin Karin Roth: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist richtig, daß die Altentagesstätten in Hamburg eine wichtige Infrastruktur für die Seniorinnen und Senio-

(Senatorin Karin Roth)

- A ren sind. Aber es ist auch richtig, daß diese Einrichtungen schon eine ältere Institution sind und sich angesichts der Veränderungen natürlich auch einem Wandel unterziehen müssen, weil die Menschen, die zukünftig in diese Einrichtungen gehen, andere sein werden als diejenigen, die in der Vergangenheit dort waren.

Es ist wahr, daß der demographische Wandel so ist, daß wir immer älter werden und es immer mehr ältere Menschen gibt. Aber es gibt eben sehr unterschiedliche Ältere, nämlich auch die jungen Alten, die aktiven Alten, die nicht in diese Altentagesstätten gehen. Deshalb ist es auch so, daß bestimmte Gruppen bisher nicht mit dieser Altentagesstätte konfrontiert oder involviert werden. Damit stellt sich die Frage, wie wir die Altentagesstätten so organisieren können, daß die Menschen dieses Angebot an Infrastruktur in den Stadtteilen annehmen und nicht nur die Älteren angesprochen werden, die bisher schon in dieser Einrichtung waren, sondern auch neue Gruppen von Älteren, die unter Umständen mit Jüngeren zusammen aktiv werden. Dazu gehört auch das Thema Integration von Migrantinnen und Migranten, ebenso wie andere Fragen und andere Gruppen, die bisher nicht angesprochen wurden.

Ich bin sehr offen bei der Frage, wie dieses Konzept zukünftig aussehen soll, wie eine Altentagesstätte der Zukunft sein muß. Aber das als Behörde zu definieren, halte ich für falsch. Es geht darum, die Menschen, die sich dort wohl fühlen sollen, die dort ihren Alltag mitgestalten sollen, zu beteiligen. Deshalb haben wir einen beteiligungsorientierten Prozeß gemacht und nicht von oben herab erzählt, wie das Konzept des Senats für diese Altentagesstätten auszusehen hat. Nein, wir haben gesagt, es geht darum, daß diejenigen, um die es geht, mit darüber nachdenken, was sie wollen. Das geht nicht auf Knopfdruck, sondern nur mit den Trägern dieser Altentagesstätten und vor allen Dingen nur mit den Menschen, die drin sind, und denjenigen, die reinwollen oder die vielleicht noch draußen stehen und die wir gewinnen wollen. Deshalb haben wir diesen Prozeß auch organisiert. Es gab dazu vor kurzem einen Workshop mit der Frage, was getan werden muß, um die Attraktivität dieser Altentagesstätten zu erhöhen.

- B Gleichwohl will ich anmerken, daß es nicht nur um die Altentagesstätten geht. Unsere Seniorenpolitik ist mehr als nur dieses. Aber es ist ein Baustein im gesamten Seniorenbereich, und deshalb sollten wir ihn nicht vernachlässigen, sondern gucken, daß wir den Wandel dieser Altentagesstätten so organisieren, daß er am Ende angenommen und vor allen Dingen auch akzeptiert wird. Deshalb haben wir diesen Prozeß organisiert. Wir sind dabei, vor allen Dingen auch auf Wunsch der Seniorinnen und Senioren, neue Angebote zu organisieren. Dazu gehört auch das Thema Internet, weil die Altentagesstätten auch dieses gut gebrauchen können, um ihre Attraktivität zu steigern. Dazu gehört auch das Thema Qualifizierung der Ehrenamtlichen. Es ist nicht damit getan, die Ehrenamtlichen nur an den Programmen zu beteiligen, wenn sie nicht gleichzeitig entsprechend qualifiziert werden. Deshalb sehe ich in bezug auf die Ehrenamtlichkeit und weil das so wichtig und gut ist, vor allen Dingen einen Qualifizierungsbedarf, den wir anbieten müssen, damit diese ehrenamtliche Arbeit auch attraktiv ist und die Menschen diese am Ende auch gerne machen und dabei bleiben und nicht nach einem halben Jahr sagen, das gefällt mir nicht, das ist zu wenig interessant.

Wir brauchen eine Veränderung in diesem Bereich, wir sind dabei, diese zu organisieren. Wir müssen aber auch sehen,

daß dieser Bereich nur ein Teil ist und nicht isoliert gesehen werden darf.

C

Deshalb sollten wir gemeinsam überlegen, wie wir die Attraktivität gestalten, mehr Integration schaffen können und wie wir vor allen Dingen den Generationenwechsel bei den Ehrenamtlichen, die bisher diese Altentagesstätten getragen haben, so organisieren, daß am Ende auch die Altentagesstätten funktionieren. Sie funktionieren nämlich nur dann, wenn wir die Menschen dafür gewinnen, weiter ihre ehrenamtliche Arbeit zu leisten. Der Dank an die Ehrenamtlichen, die bisher die Arbeit geleistet haben, ist selbstverständlich. Ihre Anregung ist angekommen, aber darüber hinaus gilt es vor allen Dingen, neue Menschen zu gewinnen, damit diese ehrenamtliche Tätigkeit auch im Sinne der alten Menschen gut organisiert wird.

Ich hoffe und wünsche, daß uns dies gelingt. Das geht aber eben nur gemeinsam.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit ist die Große Anfrage besprochen.

Ich komme nunmehr – wie bereits angekündigt – auf die Tagesordnungspunkte 3, 4 und 4 a zurück: Drucksachen 16/5013, 16/5448 und 16/5540. Danach haben wir drei Wahlen vorzunehmen, und zwar die Wahl eines bürgerlichen Mitglieds des Richterwahlausschusses, die Wahl einer oder eines Deputierten der Wirtschaftsbehörde und die Wahl einer oder eines Deputierten der Stadtentwicklungsbehörde. Die Wahl eines Stellvertretenden Mitgliedes der Kommission für Bodenordnung findet vereinbarungsgemäß erst morgen statt.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl von Mitgliedern des Richterwahlausschusses und ihrer Vertreterinnen und Vertreter – Drucksache 16/5013 –]**

D

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl einer oder eines Deputierten der Wirtschaftsbehörde – Drucksache 16/5448 –]**

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl einer oder eines Deputierten der Stadtentwicklungsbehörde – Drucksache 16/5540 –]**

Die Fraktionen und die Gruppe haben vereinbart, die heute vorzunehmenden Wahlen in einem Wahlgang durchzuführen. Die Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei jedem Namen je ein Feld für die Ja- und Nein-Stimmen und für die Stimmenthaltung. Kreuzen Sie bitte bei jedem Namen nur ein Kästchen an. Mehrere Kreuze bei einzelnen Namen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit führen. Ich bitte Sie, nunmehr Ihre Wahlentscheidung vorzunehmen. Die Schriftführerinnen und Schriftführer darf ich bitten, mit dem Einsammeln zu beginnen beziehungsweise fortzufahren.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Meine Damen und Herren! Sind alle Stimmzettel abgegeben? – Das ist erkennbar der Fall. Damit schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden ermittelt und im weiteren Verlauf der Sitzung bekanntgegeben.*

* Ergebnisse siehe Seite 4589 B.

(Vizepräsident Berndt Röder)

A Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 9: Drucksache 16/5085: Große Anfrage der CDU-Fraktion über Rechtspflege.

**[Große Anfrage der Fraktion der CDU:
Rechtspfleger – Drucksache 16/5085 –]**

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Professor Karpen bekommt es.

Dr. Ulrich Karpen CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger sind fleißige, gut ausgebildete Arbeitskräfte des gehobenen Dienstes, ohne deren Einsatz in der Justiz nichts lief.

Frau Senatorin, Sie behandeln Ihre Rechtspfleger nachlässig und stiefmütterlich, setzen sie einem Verdrängungswettbewerb mit Volljuristen aus, den die Rechtspfleger nicht gewinnen können.

(Jürgen Schmidt SPD: Warum nicht?)

Das zeigt die Beantwortung unserer Großen Anfrage, die zugleich ein Muster für eine unsolide und unpräzise Bearbeitung von Parlamentsanfragen ist. Das möchte ich in fünf Punkten aufzeigen.

Erstens: Nichtübernahme von Rechtspflegeranwärtern.

Sie holen, Frau Senatorin, die Nachwuchskräfte in die Rechtspflegerausbildung nach Maßgabe frei werdender Stellen. Die jungen Leute verlassen sich auf die Übernahme als Rechtspfleger. In diesem Vertrauen wurden sie in den letzten Jahren böse enttäuscht. Sie schreiben in der Antwort:

„1999 wurden von 24 Anwärtern sieben übernommen.“

B Das stimmt so nicht. Diese sieben sind keine Rechtspfleger mit angemessener Besoldung geworden. Vier wurden Aufstiegsbeamte ohne Besoldungserhöhung, eine Rechtspflegerin verblieb in der mittleren Laufbahn, und zwei wurden Zeitsoldaten. Im Jahre 2000 wurden von 18 Anwärtern zehn nicht übernommen. Drei von ihnen wurden als Gerichtsvollzieher im mittleren, also nicht im gehobenen Dienst verwandt, vier als Rechtspfleger unterhalb der normalen Besoldung eingesetzt.

Auch 2001 sieht es düster aus. Fast alle Bewerber wurden bei der Übernahme unter Wert behandelt. Sie blieben überwiegend im mittleren Dienst und somit in ihrem bisherigen Status. Frau Senatorin, das ist eine völlig unbefriedigende, die Menschen frustrierende Personalplanung.

Zweitens: Karrierehemmungen.

Es geht um die Amtsanwalts- und Oberamtsanwaltstellen, also um die Besoldungsgruppe A 12/A 13. Das ist die höchste Besoldungsstufe, die die Rechtspfleger erreichen können und für die sie auch vorgesehen sind. Voraussetzung dafür ist die Laufbahnbefähigung für den gehobenen Justizdienst und eine Zusatzausbildung für die Amtsanwaltslaufbahn, alternativ die Befähigung zum Richteramt.

Da Hamburg in den vergangenen vier Jahren die Zusatzausbildung nicht zur Verfügung gestellt hat, werden Bewerber aus anderen Ländern bevorzugt, die die Befähigung zum Richteramt haben. Das ist ein Verdrängungswettbewerb nach unten, der die Rechtspfleger der Chancengleichheit beraubt. Das bedeutet eine Vorfahrt für die Volljuristen. Frau Senatorin, ich meine, daß das ein Verstoß gegen Ihre Fürsorgepflicht gegenüber den Rechts-

C pflegern ist. Hoffentlich ist der Zusatzkurs, in dem Sie seit Januar 2001 wenige Rechtspfleger ausbilden, keine Eintagsfliege.

Der dritte Punkt: Rechtspfleger werden von Führungspositionen ferngehalten. Wir haben sehr konkret gefragt, welche Führungspositionen in der Hamburger Justiz mit Rechtspflögern besetzt sind. Das haben Sie unpräzise und vage beantwortet, indem Sie von Leitungspositionen reden, aber verschweigen, welche das sind.

Zudem ist die Antwort auch unvollständig. Außer im Finanzgericht werden nämlich auch im Verwaltungsgericht Führungspositionen von Fachhochschulabsolventen, den sogenannten Verwaltungsfachwirten, aber nicht von Rechtspflögern wahrgenommen. Bei der Staatsanwaltschaft sind durch die Einführung des Gerichtsmanagers die Chancen der Rechtspfleger deutlich verringert worden.

Im übrigen geht Ihre Behörde, Frau Senatorin, mit dem denkbar schlechtesten Beispiel voran. Es gibt in Ihrer Behörde an der Drehbahn überschlägig 24 Positionen als Abteilungsleiter, Referatsleiter und Abschnittsleiter, die für die Rechtspfleger in Betracht kommen. Tatsächlich sind nur sechs Positionen von Rechtspflögern, die anderen sind von Juristen und Verwaltungswirten besetzt. So, Frau Senatorin, demotivieren Sie Ihre wichtigsten Kräfte.

Der vierte und vorletzte Punkt sind die Fortbildungsveranstaltungen.

Fortbildung ist wichtig. Ihre Antwort ist ein Witz! Von den mindestens 25 aufgelisteten Fortbildungsveranstaltungen ist keine einzige von der Justizbehörde veranstaltet worden. Sie schmücken sich über die Maßen mit fremden Federn. Oder sollte man sagen, mit fremden Schleifchen?

(Barbara Duden SPD: Was soll das denn?)

D Alle Fortbildungsveranstaltungen wurden vom Personalamt ausgerichtet – mit Ausnahme von zwei rechtspflegespezifischen Veranstaltungen, die aber die deutschen Rechtspfleger selbst ausgerichtet haben – und standen allen Beamten der Freien und Hansestadt Hamburg offen.

Dann haben wir nach Fortbildungsveranstaltungen der beurlaubten Rechtspflegerinnen für den Wiedereinstieg nach dem Erziehungsurlaub gefragt. Die Antwort ist frech!

„Den beurlaubten Rechtspflegerinnen und Rechtspflögern stehen grundsätzlich alle Fortbildungsveranstaltungen offen, die angeboten werden. Somit haben auch die beurlaubten Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger die Möglichkeit, ihr Wissen immer auf dem aktuellen Stand zu halten.“

Natürlich schwingen Sie große, hohle Reden über die Frauenförderung, aber für diese Frauen, die Kinder zur Welt gebracht haben, gibt es keine Wiedereingliederungsveranstaltung.

(Antje Möller GAL: Gut, daß wir Sie haben!)

Letzter Punkt: Telearbeit.

Hier muß ich in dieselbe Kerbe schlagen. Unsere Frage nach der Telearbeit haben Sie inhaltlich nichtssagend beantwortet – ich zitiere –:

„Grundsätzlich besteht in jedem Bereich, in dem Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger eingesetzt werden, die Möglichkeit, Telearbeitsplätze zu schaffen.“

Natürlich besteht die Möglichkeit. Aber während jede Behörde über konkrete Einsatzmöglichkeiten redet oder

(Dr. Ulrich Karpen CDU)

- A sie wie die Finanzsenatorin schon geschaffen hat, beschränken Sie sich auf wolkige Ausführungen. Ihnen ist, Frau Senatorin, offensichtlich entgangen, worum es uns bei der Forderung nach Telearbeitsplätzen geht.

Wir denken an Arbeitsplätze für Rechtspflegerinnen, die alleinerziehend sind oder als Mütter mit Kindern zu Hause sein wollen; das ist wichtig. Sie, Frau Senatorin, reden ständig von Frauenförderung, aber wenn es wie hier um das Zupacken geht, dann gibt es eine Fehlanzeige.

Noch einmal, Frau Senatorin: Die Rechtspfleger sind in der mittleren Ebene der Justiz unersetzbare Kräfte. Sie sind solide ausgebildet und einsatzfreudig. Sie reden viel von Mitarbeitermotivation. Haben es die Rechtspfleger eigentlich verdient, daß Sie sie so hängenlassen? – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Weise.

Helga Weise SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gibt in der Justiz auch andere Berufszweige – zum Beispiel Krankenpfleger, Pädagogen, Vollzugsbeamte –, die sich auch für Große Anfrage anbieten würden. Ich empfehle, daß Sie aufgrund des Umgangs mit Frau Peschel-Gutzeit über diese Berufszweige weitere Anfragen stellen.

Insgesamt danken wir der Opposition und auch dem Senat für diese Große Anfrage. Denn wir haben dadurch einen Überblick über die Situation der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger in Hamburg erhalten, die sich für mich wie folgt darstellt: Der Beruf des Rechtspflegers ist prima. Die Ausbildung ist fundiert, und die Tätigkeit ist interessant. Sie wickeln zum Beispiel die verschiedenen Registerverfahren in Grundbuch-, Handels-, Vereins- und Schiffsregisterangelegenheiten ab; sie arbeiten in Nachlaßverfahren und leiten Zwangsversteigerungen.

Als wichtige Tätigkeit sind die Kostenfestsetzungen anzusehen, bei denen zum Beispiel nach Verkündung eines zivilen Urteils die Kosten des Verfahrens im Vollstreckungstitel festgesetzt werden. Viele Rechtspfleger steigen beispielsweise als Amtsanwalt oder als Geschäftsstellenleiter auf.

Ich möchte meine Rede an einem solchen Tag mit einem literarischen Zitat schmücken:

(Dr. Martin Schmidt GAL: Wer ist die Autorin? – Zuruf von der CDU: Siegfried Lenz!)

– Siegfried Lenz habe ich mir auch herausgesucht, aber leider hat er sich hierzu nicht geäußert.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Dann müssen Sie nur lange genug lesen!)

Ich habe leider kein Zitat gefunden. Dieses Feld ist offenbar noch nicht genügend schriftstellerisch beackert worden. Das ist eigentlich sehr schade, denn der Stoff bietet sich an. Ich habe mir einige Büchertitel überlegt, die noch zu schreiben wären:

(Wolfhard Ploog CDU: Kommen Sie mal zur Sache!)

„Als ich noch Rechtspfleger war“, oder „Der Zwangsvollstreckter“,

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Als ich noch der Waldbaubaub war!)

„Neues aus dem Schiffsregister“.

Als ich diese Anfrage durcharbeitete – das wird außer den vier Personen, die sich dazu äußern, kaum jemand gemacht haben, was ich auch nicht übelnehmen kann –,

(Antje Blumenthal CDU: Das ehrt Sie!)

habe ich mich gefragt, was diese Anfrage eigentlich soll. Meistens wird doch außer einem bestimmten Informationsinteresse mit einer Anfrage auch noch eine politische Intention verknüpft. Bei der Lektüre ist es mir nicht deutlich geworden. Zwar hat die vorherige Rede dieses in einer bestimmten Weise pointiert, aber die Anfrage hat nichts herausgeschält, was – wie es mein Vorredner getan hat – gebrandmarkt werden müßte.

Die CDU prangert an, daß es zuwenig Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger geben würde. Das stimmt nicht, denn seit 1990 ist die Tendenz steigend. Außerdem wurde bemängelt, daß sie sich zuwenig in Führungspositionen befänden. Das stimmt auch nicht, denn die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger arbeiten in Gerichten als Geschäftsstellenleiter, Dezernatsleiter, Abteilungsleiter und als Bezirksrevisoren sowie auch als Amtsanwälte, die auch als Juniorstaatsanwälte bezeichnet werden können.

Die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger werden im Rahmen der Managementfortbildung für den gehobenen Justizdienst auch in Schulungsmaßnahmen zur weiteren Qualifizierung entsandt. Sie sagen, der Aufstieg in den höheren Dienst sei schwierig. Natürlich geht das mit einem Universitätsstudium besser; das weiß der Bewerber bei Beginn seiner Ausbildung selbst.

(Antje Blumenthal CDU: Ich dachte, wir fördern solche Leute!)

Volljuristen bewerben sich auf Amtsanwaltsstellen. Ich kann es verstehen, wenn sich eine Volljuristin oder ein Volljurist auf eine der 21 Stellen bewirbt, denn die andere Option bedeutet, keine Arbeitsstelle zu erhalten. Diese Personen haben den Vorteil, daß sie ohne Zusatzausbildung sofort einsetzbar sind.

Ich möchte noch einige Anmerkungen zu den Fortbildungsmöglichkeiten machen. Ich habe in der Vorbereitung dieser Debatte mit einer Rechtspflegerin gesprochen und sie gefragt, ob sie mit dem Angebot zufrieden sei. Sie wies mich sofort darauf hin, daß das jeder für sich selbst tun müsse. Sie hat recht, denn der Job ist so hoch qualifiziert und verantwortungsvoll, daß man erwarten kann, daß die Betreffenden von sich aus dafür sorgen, auf dem neuesten Stand zu sein.

(Antje Blumenthal CDU: Dann ist der Herr Schmidt in Ihrer Fraktion aber bald seine Arbeit los!)

Trotzdem muß der Arbeitgeber auch ausreichende Angebote vorhalten.

Mein Fazit: Der Beruf der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers ist die Tür für weitere Ausbildungen und Aufstiege. Der Blick in das Rechtspflegergesetz macht deutlich, wie vielseitig die Aufgabenbereiche sind.

Meine Damen und Herren! Wenn der eine oder andere von Ihnen auf den Geschmack gekommen ist: Die Bewerbungen für den Ausbildungsbeginn zur Rechtspflegerin oder zum Rechtspfleger zum 1. Oktober dieses Jahres werden ab 1. April 2001 angenommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Heino Vahldieck CDU: Wohin sollen wir sie schicken?)

A **Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort erhält die Abgeordnete Dr. Kähler.

Dr. Bettina Kähler GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich habe einmal in aller Ruhe zu Hause an meinem Computer gearbeitet, und zwar so lange, bis vor einem Jahr meine Tochter geboren wurde. Dann hatte die Telearbeit zu Hause ein Ende. Insofern glaube ich kaum, Herr Professor Karpen, daß Ihr Vorschlag, alleinerziehende Rechtspflegerinnen seien die ideale Zielgruppe für Telearbeitsplätze,

(*Wolf-Dieter Scheurell SPD:* Das wünscht er sich vielleicht!)

eine gute Idee ist.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Und Sie wollen die Telearbeit auch noch als Frauenförderung verkaufen – na ja. Ich erinnere mich noch gut an die Diskussionen in der Deputation der Justizbehörde, als es um den Justizkindergarten ging, in den die Beschäftigten der Justiz ihre Kinder unterbringen konnten. Ihre Fraktion war strikt dagegen und

(*Wolf-Dieter Scheurell SPD:* Hört, hört!)

hielt ihn für völlig überflüssig, zu teuer und so weiter. Vielleicht hat sich diese Meinung inzwischen geändert.

(*Elisabeth Schilling SPD:* Garantiert nicht!)

Ich schlage deshalb vor: Wenn schon Frauenförderung, dann doch eher in die Richtung.

Da ich nicht glaube, daß hier irgend jemand die Feinheiten der Justizpolitik interessieren, halte ich mich kurz.

B (*Barbara Duden SPD:* Hier sitzen die Besten!)

– Nein, nicht Justizpolitik, sondern Justizpersonalpolitik. Lassen Sie mich zwei, drei kurze Anmerkungen machen.

(*Antje Blumenthal CDU:* Die dort beschäftigt sind, die interessiert es!)

– Wir sind nicht dort beschäftigt. Ich habe mich mit Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern unterhalten, Frau Blumenthal. Ich weiß, wie die Situation dort ist.

Sie ist in vielen Bereichen nicht einfach. Das gilt aber für viele Bereiche der Justizpersonalpolitik. Ich weiß, daß von seiten der Justizbehörde vieles unternommen wird, um diese schwierige Situation unter Kontrolle zu halten. Insofern will ich auch nicht mit den Details des Aufstiegs von A 9 nach A 13 und den Feinheiten einer Amtsanwältin als Volljuristin oder Rechtspflegerin langweilen. Das hat keinen Zweck.

(*Antje Blumenthal CDU:* Es geht von A 9 nach A 10!)

Das ist die eine Bemerkung, die ich mir notiert hatte. Die zweite ist: Auch wir sehen die dort möglicherweise stattfindende Verdrängung kritisch. Es ist noch nicht ganz heraus, ob es überhaupt eine sein wird. Wir werden dies beobachten und befinden uns darüber in der Diskussion.

Dies gilt aber für die Gesellschaft im allgemeinen. In vielen Bereichen der Arbeitswelt ist dadurch eine Verdrängung zu beobachten, daß besser qualifizierte weniger qualifizierte von bestimmten Positionen verdrängen. Das ist natürlich auch im Bereich der Justiz so. Dieses aber zum Anlaß zu nehmen, wieder zu einer Rundumschelte gegen die Justizsenatorin auszuholen, halte ich für unangebracht.

(Zuruf von der SPD: Das war schon immer!)

C

– Ja, insofern ist es nichts Neues.

Insgesamt ist die Anfrage für die Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker, die das zu lesen wissen, sehr aufschlußreich. Wichtig ist, das Problem im Hinterkopf zu behalten und in der Diskussion zu bleiben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senatorin Dr. Peschel-Gutzeit.

Senatorin Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die hier geführte Debatte gibt – darüber bin ich froh – Gelegenheit, den Justizberuf der Rechtspflegerin und des Rechtspflegers ebenso wie die Entwicklungsperspektiven anzusprechen.

Es trifft zu, daß wir darüber in der Justiz seit geraumer Zeit intensiv und lebhaft diskutieren. Unangefochten gilt, daß Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger eigenständige sogenannte Organe der Rechtspflege sind, die die ihnen übertragenen Geschäfte eigenverantwortlich und sachlich unabhängig erledigen.

Es gibt heute praktisch keinen Rechtsbereich mehr, in dem sie nicht mitwirken. Sie tragen und prägen die Justiz insgesamt und damit auch die Hamburger Justiz ganz wesentlich.

In der ganzen Republik – und das gilt auch für Hamburg – sind sie längst zu dem geworden, was der frühere Bundesjustizminister Dr. Vogel als Reformziel vor Augen hatte. Er meinte nämlich, daß die Rechtspfleger die zweite Säule der dritten Gewalt seien.

D

Nun hören wir in letzter Zeit immer wieder Befürchtungen, die dynamische Weiterentwicklung dieses Justizberufes könne zu Beginn unseres Jahrtausends vor dem Aus stehen. Begründet werden diese Befürchtungen mit der Justizmodernisierung, die, wie wir wissen, seit einigen Jahren sehr erfolgreich läuft und deshalb natürlich auch fortgesetzt werden wird.

Meine Überzeugung – nicht nur meine, sondern auch das, was wir mit den Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern auf entsprechenden Tagungen intensiv besprochen haben – geht in die entgegengesetzte Richtung. In vielen Justizbereichen haben wir bereits Geschäftsabläufe verbessert und Aufgaben umverteilt. Darüber ist dieses Haus immer wieder informiert worden. Ein Beispiel ist die Einführung von Einheitssachbearbeitung beziehungsweise von Serviceeinheiten, die die Geschäftsaufgaben ganzheitlicher, schneller und kundenfreundlicher erledigen.

Auch die Aufgabenverteilung zwischen Richtern und Rechtspflegern, die, wie wir wissen, gesetzlich geregelt ist, gehört nach unserer Überzeugung auf den Prüfstand. Und zwar deswegen, weil wir insgesamt die justiziellen Abläufe verbessern wollen. Wenn sich Optimierungsmöglichkeiten ergeben können, sollten Verfahrensrechtspflegerinnen und -rechtspfleger mit weiteren, bisher den Richtern vorbehaltenen Aufgaben betraut werden. Nicht nur Richterinnen und Richter, sondern auch gut ausgebildete und motivierte Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger erbringen bisher Justizleistungen in einer unangefochtenen Qualität. Ich bin davon überzeugt, daß diese Justizbediensteten auch weitere Aufgaben genauso gut und vollständig erfüllen kön-

(Senatorin Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit)

A nen. Dies haben wir zum Beispiel mit unseren Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern intensiv diskutiert.

Die Justizmodernisierung eröffnet diesen Bediensteten neue Entwicklungsperspektiven in der Verwaltung, besser bezeichnet als Justizmanagement. Im Rahmen der Dezentralisierung haben wir – das ist hier bekannt – viele Aufgaben aus dem Ministerium in die Dienststellen der Gerichte und Staatsanwaltschaften übertragen. Das ist auch unsere Absicht gewesen; wir sehen auch, daß das sehr gut funktioniert.

Die Budgetierung und die Einrichtung von eigenständigen IuK-Abteilungen sind nur zwei Beispiele. In diesen neuen, sehr interessanten und verantwortungsvollen neuen Aufgabenfeldern ergeben sich auch Aufgaben für unsere Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger. Diese Bediensteten haben die Gunst der Stunde erkannt, sie genutzt und die Aufgabenfelder besetzt. Aus dem Justizmanagement sind deshalb unsere Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger ebenso wenig wegzudenken wie aus den klassischen Verfahrensbereichen.

Eine Zahl belegt das eindrucksvoll. Heute ist rund ein Viertel aller Beschäftigten des gehobenen Dienst in der Justiz mit Aufgaben im Justizmanagement betraut. Dabei habe ich solche Dezernatsgeschäftsstellenleiterinnen und -leiter mitgerechnet, die auch noch im Verfahren tätig sind. Ein erheblicher Teil davon nimmt Führungs- und Personalverantwortung wahr.

Nach unserer Prognose wird die Zahl dieser im Management tätigen Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger eher mehr anspruchsvollen und verantwortungsvollen Positionen im Justizmanagement besetzen als bisher. In solchen Positionen sehen und wünschen wir uns Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger. Wir stellen allerdings dafür auch Bedingungen.

B

Zum einen brauchen die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger natürlich eine gute Ausbildung, die sie – das will ich an dieser Stelle einmal sehr deutlich sagen – auf unsere Kosten bekommen. Ich will das nicht kritisieren, aber man muß sich immer vor Augen führen, daß hier hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Kosten des Steuerzahlers ausgebildet werden, im Gegensatz zu Studentinnen und Studenten, die, bis sie mit ihrem Studium fertig sind, sehr häufig für ihren Unterhalt allein aufkommen müssen. Das gilt für unsere Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger nicht.

Wir wünschen uns diese Damen und Herren in solchen weiterführenden, verantwortungsvollen Positionen, sie müssen aber ihrerseits außer als Qualifikationen auch Flexibilität, Motivation, Entwicklungspotential mitbringen. Von Stellen- und Laufbahngarantien, verehrter Herr Professor Karpen, müssen wir uns hier wie auch in der gesamten Verwaltung verabschieden. Anders läßt sich zukünftig Leistungsfähigkeit und Effizienz nicht gewährleisten. Ich habe das Anforderungsprofil umrissen; wir tun natürlich auch etwas dafür.

Die Hamburger Justiz will als Arbeitgeberin durch zielgerichtete Personalentwicklung ihren Teil dazu beitragen, daß ihr Personal diesem Profil auch entsprechen kann. Erste Schritte haben wir nicht nur diskutiert, sondern auf den Weg gebracht, und zwar auf einer der auch sonst schon erwähnten Zukunftstagungen, die wir gerade für die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger ausgerichtet haben.

So haben wir seit dem 1. Oktober letzten Jahres die Rechtspflegerausbildung reformiert. Damit unsere jungen

Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger für ihre zukünftigen Aufgaben fit gemacht werden, erhalten sie zusätzlich eine Ausbildung in den Rechtsgrundlagen der Gerichtsverwaltung, Grundlagen der Gerichtsorganisation und Betriebswirtschaftslehre sowie auch für die EDV.

C

In Abstimmung mit den Dienststellen bilden wir weiter aus. Wir haben für die reformierte Ausbildung zum 1. Oktober letzten Jahres acht Einstellungen vorgenommen, für 2001 sind zwölf Einstellungen geplant. Es trifft zu, daß wir in Zeiten der Konsolidierung nicht alle Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger übernehmen konnten. Welche Alternative hätte denn bestanden? – Sie wären nicht ausgebildet worden! Das halten wir für falsch. Denn diese Damen und Herren haben eine so qualifizierte Ausbildung bei uns erhalten, daß sie sofort anderswo untergekommen sind. Sie werden mit Kußhand von Versicherungen, Banken, von Rechtsanwalts- und Notarbüros als Büroleiter oder für andere Tätigkeiten genommen, weil sie so qualifiziert ausgebildet sind.

Nach dem Ende der Konsolidierung im Personalbereich werden wir jetzt natürlich zu einer verlässlicheren Planung und Übernahmepraxis zurückkehren können. Mit der Neuorganisation der Staatsanwaltschaft haben wir eine deutlich größere Zahl von Amtsanwälten geschaffen. Es war in diesem Hause über Jahre gefordert worden, die Staatsanwaltschaft auszuweiten, um mit der sogenannten kleinen und mittleren Kriminalität schneller fertig zu werden. Das ist geschehen, und die so vermehrten Stellen sollen nach der Idee der Staatsanwaltschaft zur Hälfte aus dem höheren Dienst mit Volljuristen und zur Hälfte aus dem gehobenen Dienst mit Rechtspflegern besetzt werden.

Der gehobene Dienst wird in seinen angestammten Rechten und in seinen Beförderungsmöglichkeiten also keineswegs beschnitten. Im Jahre 2001 haben bereits fünf qualifizierte Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger die Amtsanwaltsausbildung aufgenommen.

D

Schließlich haben wir etwas geschaffen, was, wie wir annehmen, in der Bundesrepublik bisher einmalig ist. Wir haben eine Mobilitätsbörse geschaffen. Sie wird den Beschäftigten des gehobenen Dienstes ermöglichen, ihre Arbeitsplätze in der Justiz auf Zeit zu tauschen oder als Trainee Interesse und Eignung für eine Tätigkeit im Justizmanagement auszuloten. Das heißt, wir nehmen von anderer Stelle Menschen zu uns und geben unsere Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger in andere Teile der Verwaltung. Solche Flexibilitäten können bilden, und sie erhöhen natürlich für unsere Bediensteten die Karrierechancen. Schließlich und endlich soll das Fortbildungsprogramm für Führungskräfte nach dem Baukastenprinzip die Führungsmanagement- und besonderen Fachkompetenzen stärken und soziale Kompetenzen aufbauen.

Insgesamt wird damit deutlich, daß wir den Rechtspflegerberuf und – was aus unserer Sicht viel entscheidender ist – die Menschen, die ihn ausüben, weiterhin für entwicklungsfähig halten. Wir glauben, daß sie in der Vergangenheit gezeigt haben, wie gut sie ausgebildet sind und wie gut sie arbeiten, daß wir ihnen jedes Entwicklungspotential zutrauen und bieten. Im Jahre 2010 und darüber hinaus wird die moderne, leistungsfähige und bürgerfreundliche Hamburger Justiz auf kompetente und engagierte Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger nicht weniger, sondern mehr denn je angewiesen sein. Wir freuen uns darüber. Wir brauchen diese wichtigen und wertvollen Bediensteten in unserem Betrieb.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

A **Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat Herr Professor Karpen.

Dr. Ulrich Karpen CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte folgende kurze Bemerkung machen. Frau Senatorin, zu Ihren allgemeinen Lehrbuchausführungen über Bedeutung und Rolle der Rechtspfleger möchte ich mich nicht äußern. Ich möchte nur sagen, daß es eine Milchmädchenrechnung ist, zu sagen: die Juristen würden auf eigene Kosten und die Rechtspfleger auf Ihre Kosten ausgebildet.

Die neben Ihnen sitzende Wissenschaftssenatorin weiß genau, daß aus ihrem Haushalt für die Ausbildung eines Juristen präterpropter 80 000 DM bis 100 000 DM herausgehen. Frau Dr. Kähler, Durchstieg von A 9 nach A 13, damit wollten Sie uns nicht langweilen. Entweder sind Sie fern der Arbeitswelt, oder Sie sind eine Idealistin. Jedenfalls ist mir klar, daß der Senat erhebliche Anstrengungen macht, einen Senatsdirektor zum Staatsrat durchzustufen, und noch größere Anstrengungen unternimmt, einen Staatsrat zum Senator zu machen. Das ist exakt dasselbe Problem.

Frau Weise, wir verstehen uns gut, aber das mit den Führungspositionen haben Sie nicht ...

(Zurufe von der SPD und der GAL)

– Wir waren zusammen im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß, das schweißt zusammen.

(Heiterkeit bei der SPD und der GAL)

B Frau Weise, Führungsposition, Junioranwalt, das alles ist richtig, aber Sie haben gesagt, die Volljuristen seien vielleicht besser qualifiziert, weil sie eine akademische Ausbildung haben. Das haben die Rechtspfleger doch auch, sie waren auf der Fachhochschule in Hildesheim. Gerade deshalb ist der Verdrängungswettbewerb nach unten so unangenehm.

Letztlich, Frau Dr. Kähler, der Punkt mit der Telearbeit. Frau Nümann-Seidewinkel hat das Experiment gemacht, und es zeigt sich, daß Männer und Frauen, die zu Hause Kinder erziehen, dieses Angebot besonders gern annehmen wollen. Wenn wir dann mal etwas für die Frauenförderung tun wollen – meine Nachbarin, Frau Koop, hat mich angestoßen –, dann kritisieren Sie es wieder. So wird kein Schuh daraus.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Große Anfrage 16/5085 besprochen.

Bevor ich zum nächsten Tagesordnungspunkt komme, liegen nun die **Ergebnisse der Wahlen** vor, die ich Ihnen hiermit bekanntgeben möchte.

Bei der Wahl eines bürgerlichen Mitglieds des Richterwahlausschusses sind 102 Stimmzettel abgegeben worden, davon war einer ungültig, also 101 Stimmzettel gültig. Herr Professor Dr. Karpen erhielt 71 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen. Damit ist Herr Professor Karpen gewählt worden.

Bei der Wahl einer oder eines Deputierten der Wirtschaftsbehörde sind 103 Stimmzettel abgegeben worden. Ein Stimmzettel war ungültig, also waren 102 Stimmzettel gültig. Herr Jens Kerstan erhielt 86 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stim-

men, 10 Enthaltungen. Damit ist Herr Jens Kerstan gewählt worden.

Bei der Wahl einer oder eines Deputierten der Stadtentwicklungsbehörde sind 102 Stimmzettel abgegeben worden, davon war ein Stimmzettel ungültig, also 101 Stimmzettel gültig. Herr Hans Seibold erhielt 86 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen. Damit ist Herr Seibold gewählt worden.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 49 auf, das ist der gemeinsame Antrag der GAL-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Gruppe REGENBOGEN zu Artikel 3 Absatz 2 Satz 4 der Hamburgischen Verfassung.

[Antrag der Fraktionen der GAL und der SPD sowie der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke: Artikel 3 Absatz 2 Satz 4 („Insbesondere wirkt sie [= die vom Volke ausgehende Staatsgewalt] darauf hin, daß Frauen und Männer in kollegialen öffentlich-rechtlichen Beschluß- und Beratungsorganen gleichberechtigt vertreten sind“)
– Drucksache 16/5533 –]

Diesen Antrag möchte die CDU-Fraktion nachträglich an den Verfassungsausschuß überweisen. Von wem wird das Wort begehrt? – Herr Dr. Schmidt, Sie haben es.

Dr. Martin Schmidt GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir reden heute zum Artikel 3 Absatz 2 Satz 4 der Verfassung, wie sie im Jahre 1996 hier fast einstimmig beschlossen wurde.

Die Verfassungsänderung hatte eine Vorgeschichte. Im Herbst 1992 hat die Enquete-Kommission zur Parlaments- und Verfassungsreform, die nach dem sogenannten Diätenskandal eingerichtet wurde, vorgeschlagen, die Förderung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Männern und Frauen als Aufgabe aller Verfassungsorgane in die Hamburgische Verfassung aufzunehmen. Insbesondere sollte eine Pflicht verankert werden, darauf hinzuwirken, daß Frauen und Männer in kollegialen öffentlich-rechtlichen Beschluß- und Beratungsorganen zu gleichen Teilen vertreten sind.

Die Beratungen im bürgerschaftlichen Verfassungsausschuß begannen kurz danach, wurden dann durch die Neuwahlen der Bürgerschaft im Herbst 1993 unterbrochen, die uns das Verfassungsgericht Hamburg aufgebrochen hat, und da der Verfassungsausschuß – wie Sie alle wissen – sehr gründlich und gut arbeitet, dauerte es etwas länger. Schon im Februar 1995 wurden dann die endgültigen Formulierungen festgelegt, die im Sommer 1996 tatsächlich beschlossen wurden.

Seitdem gibt es diesen Verfassungsartikel, und ich möchte Ihnen nicht vorenthalten, was uns der erste Kommentator zu dieser Verfassung zu sagen hat. Ich gehe davon aus, daß es sich um den langjährigen Frauenbeauftragten der juristischen Fakultät der Universität Hamburg handelt. Er schreibt uns folgendes: Die Vorschrift, daß Männer und Frauen gleichberechtigt vertreten sein müssen, sagt natürlich nicht, daß sie immer in gleicher Zahl sein sollen, sondern nur, daß, wenn es derartige Frauen gibt, die für solche Gremien geeignet sind, sie zu berufen seien. Der wörtliche Kommentar von Herrn Thieme lautet:

„Die Vorschrift schließe es aber nicht ein, die zahlenmäßige Gleichheit der Geschlechter auch um den Preis einer Qualitätsminderung anzustreben.“

(Dr. Martin Schmidt GAL)

- A Sie wissen, daß dies das sofortige Problem ist, sobald Frauen auf dem Spiel stehen.

„Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund der Erfahrung, daß es in weiten gesellschaftlichen Bereichen schwer ist, eine hinreichende Zahl von Frauen für den Eintritt in öffentlich-rechtliche Kollegialorgane zu bewegen. Ferner“

– nun kommt der Höhepunkt der Erfahrung dieses Mannes –

„gibt es Bereiche, in denen Frauen in viel zu geringer Zahl bereit sind, die formalen Voraussetzungen für den Eintritt in derartige Kollegien zu erwerben, zum Beispiel Promotion und Habilitation in den Hochschulen, so daß sie hier unausweichlich unterrepräsentiert bleiben.“

Soweit der Kommentator Thieme zu unserem neuen Verfassungsartikel.

(Manfred Mahr GAL: Ich dachte, das ist 1899!)

In der Zwischenzeit hat sich folgendes ergeben. Das Grundgesetz war bereits vor 1996 geändert worden und hat jetzt einen Artikel 3 Absatz 2, der heißt:

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“

Das stand schon immer da. Neu ist:

„Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Der Bundestag hatte, und zwar mit seiner alten CDU/F.D.P.-Mehrheit, schon im Jahr 1994 ein Bundesgremienbesetzungsgesetz beschlossen, in dem, gültig seit dem 1. September 1994, geregelt ist, daß in über tausend Gremien im Einflußbereich des Bundes Berufungs- und Entscheidungsvorschlagsrechte so sein sollen, daß die Gleichberechtigung von Frauen und Männern hergestellt wird. Zahlreiche Bundesländer haben mittlerweile solche Gremiengesetze mit mehr oder weniger Verbindlichkeit.

- B Die Hamburgische Bürgerschaft hat im April 1994 auf Antrag der SPD beschlossen, den Senat zu ersuchen, im Rahmen seiner Steuerungsmöglichkeiten den Frauenanteil in Leitungs- und Kontrollgremien, die durch die Mitwirkung des Senats beziehungsweise einer Behördenleitung besetzt werden, auszuweiten. Der Senat hat zu seiner Antwort – weil er sehr gut und gründlich arbeitet – zwei Jahre gebraucht, die im Februar 1996 vorlag. Sie wurde im Mai 1996 hier in der Bürgerschaft debattiert.

Die Hamburgische Bürgerschaft hat im April 1994 auf Antrag der SPD beschlossen, den Senat zu ersuchen, im Rahmen seiner Steuerungsmöglichkeiten den Frauenanteil in Leitungs- und Kontrollgremien, die durch die Mitwirkung des Senats beziehungsweise einer Behördenleitung besetzt werden, auszuweiten. Der Senat hat zu seiner Antwort – weil er sehr gut und gründlich arbeitet – zwei Jahre gebraucht, die im Februar 1996 vorlag. Sie wurde im Mai 1996 hier in der Bürgerschaft debattiert.

Der Senat hat einen ausführlichen Bericht über die Zustände vorgelegt und drei Versprechen abgegeben.

Erstens: Das Senatsamt für Gleichstellung werde in Zukunft bei der Erstellung von Senatsdrucksachen, die die Besetzung von Gremien behandeln, beteiligt. Nach meiner Kenntnis geschieht das auch fast immer; manchmal wird es vergessen, aber dann wird es schon im Senat nachgeholt.

Zweitens: Im üblichen Beteiligungsbericht der Finanzbehörde, in dem über die Entwicklung der Unternehmen berichtet wird, an denen Hamburg beteiligt ist, solle in Zukunft eine Übersicht über die Zusammensetzung der Aufsichtsgremien nach Geschlechtern gegeben werden. Das ist geschehen. Der letzte Beteiligungsbericht weist diese Aufstellung für jede Firma nach.

(Antje Blumenthal CDU: Nun sagen Sie aber auch die Zahl!)

– Darauf komme ich gleich noch.

C

Drittens: Das Senatsamt für Gleichstellung sei mit der Erarbeitung einer gesetzlichen Regelung beauftragt worden. Wo ist die geblieben? Ich habe sie vermißt. Die Bürgerschaft hat am 9. Mai 1996 – dazu habe ich mir das Protokoll noch einmal angeschaut – über diese Senatsmitteilung debattiert, alle waren der gleichen Meinung. Die Senatorin Weiss hat wie immer etwas tief in die Saiten gegriffen und gesagt, daß die Aktionsplattform der Weltfrauenkonferenz in Peking eine gute Unterstützung für dieses Senatsvorhaben ist. Aber noch haben wir dieses Gesetz nicht.

Nun habe ich mich darüber erkundigt. Mir wurde gesagt, das Senatsamt für die Gleichstellung habe tatsächlich einen solchen Gesetzentwurf in den Behördenumlauf gegeben, und dort sei er gescheitert. Wir wissen nicht genau warum. Ich gehe einmal davon aus, daß es zu viele Behörden gibt – ich will hier keine Namen nennen –, denen das zu weit geht.

Immerhin haben wir in der Zwischenzeit folgendes erlebt: Der Bürgermeister hat bei der Senatsbildung im Jahre 1997 Maßstäbe gesetzt, die aber sonst selten erreicht werden. Der letzte Beteiligungsbericht von 1998 zeigt, daß sich seit 1995/1996 wenig verändert hat. Es ist noch immer so, daß Gremien mit gleichem Frauenanteil die große Ausnahme sind. Im wesentlichen sind lediglich im Kulturbereich und teilweise im Bereich der BAGS wenigstens bis zu einem Drittel Frauen in öffentlich-rechtlichen Gremien vorhanden. Gezählt haben wir jetzt folgendes. Laut 4. Beteiligungsbericht werden immerhin drei von 64 aufgeführte Unternehmen Hamburgs von Frauen geleitet. In einem weiteren Unternehmen gibt es eine Frau in einem dreiköpfigen Vorstand. Weitere drei von 64 Unternehmen haben im Aufsichtsrat ebenso viele Frauen und Männer, die man namentlich nennen muß: HAB, Landesbetrieb Krankenhäuser und das Unternehmen zur Filmförderung. In zwölf Unternehmen gibt es gar keine Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen. Bemerkenswert viele sind es im Einflußbereich der Baubehörde – mein Freund Eugen ist nicht da. In der PVG sind es null, im ZOB null, bei der Alstertouristik null, bei Hamburg-Consult null, und beim HVV, dessen Fahrgäste wahrscheinlich hauptsächlich aus Männern bestehen, ist von 15 Personen eine Frau.

(Barbara Duden SPD: Wir kommen langsam, aber gewaltig!)

Soweit zur Durchsetzung der Beschlüsse der Bürgerschaft und zum Versprechen des Senats in Hamburg.

Immerhin darf ich folgendes bemerken: Oft ist die Zahl der vom Senat entsandten Mitglieder und die Zahl der Frauen in einem Gremium ganz oder fast identisch. Wenn man genauer hinschaut, stellt man in der Tat fest, wenn überhaupt eine Verbesserung bei der Zahl der Frauen in solchen Gremien stattgefunden hat, dann nur deswegen, weil entweder Senat oder Bürgerschaft den Anteil der Frauen erhöht haben.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Hört, hört!)

Die sonstigen vorschlagsberechtigten Gremien außerhalb unserer direkten Kompetenz haben so gut wie keinerlei Änderungen stattfinden lassen. Das haben wir jetzt gerade beim Richterwahlausschuß erlebt. Die Bürgerschaftsfraktionen nehmen den Verfassungsauftrag ernst, manchmal muß man sich daran gegenseitig erinnern, aber die sonstigen Vorschlagsberechtigten wie die Rechtsanwaltskammer, der DGB, die DAG und die Unternehmensverbände

D

(Dr. Martin Schmidt GAL)

A tun es nicht und lassen sich noch nicht einmal durch den Hinweis auf die Verfassung zur Änderung veranlassen.

Deswegen müssen Regelungen geschaffen werden, die der Verfassung zur Wirklichkeit verhelfen, und dazu sind zwei Dinge notwendig.

Erstens: Hamburg muß, wie der Bund und andere Länder, ein Gremiengesetz haben. Das Senatsamt hat es versucht, aber es ist an Behörden, die das nicht wollten, gescheitert. Wenn der Senat es dieses Mal trotz des Beschlusses der Bürgerschaft wieder nicht schafft, können wir es auch selbst formulieren. Die Vorbilder der Bundes- und Ländergesetze sind leicht umzusetzen. Juristisch ist das keine schwere Aufgabe. Wir könnten es im Verfassungsausschuß selbst zustande bringen und beschließen es ohne langwierige Senatsbeteiligung.

(Britta Ernst SPD: Genau!)

Nach dem heutigen Beschluß muß man dem Senat ein bißchen Tempo machen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es hat sich aber folgendes herausgestellt. In all den Gremien, in denen im Spezialgesetz schon eine Vorschrift über geschlechterförmige Zusammensetzung von Gremien vorhanden ist, wird es auch umgesetzt. So gibt es im Staatsvertrag über den NDR und im Hamburgischen Mediengesetz eine entsprechende Vorschrift, wie auch im Landesverband der Krankenhäuser. Deshalb ist es dort auch anders. Das heißt, es müssen auch Einzelgesetze geändert werden. Das Gesetz, das als erstes zu ändern wäre, ist nach unserer Erfahrung das Hamburgische Richtergesetz. Da kann man hineinschreiben, daß auch der Richterwahlausschuß so oder so zusammengesetzt sein muß, und dann werden sich die Vorschlagenden schon überlegen, wie sie zu ihren Mitgliedern kommen. Auch hier gilt, daß es eigentlich Aufgabe des Senats und vielleicht der Justizbehörde ist – vielleicht schaffen sie es –, und wenn nicht, muß die Bürgerschaft selbst tätig werden. Jedenfalls sollten wir – wie die Verfassung so schön sagt – darauf hinwirken.

(Beifall bei der GAL, der SPD und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Ernst.

Britta Ernst SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Thema ist in der Tat nicht neu, Herr Schmidt hat es dargestellt, und deshalb um so ärgerlicher.

Wir haben eine mehrjährige Vorgeschichte, die eben dargestellt wurde, mit dem Bemühen, den Anteil von Frauen in den vielen Hamburger Gremien zu erhöhen, und stellen doch fest, daß es – wie es so schön heißt – der Diskontinuität anheimgefallen ist. Der Parlamentsbeschluß hat sich irgendwo verflüchtigt, und das Senatsamt für die Gleichstellung ist mit einer Gesetzesinitiative wohl doch auf härteren Widerstand gestoßen, als wir als Abgeordnete erwartet haben. Das ist jedenfalls meine Wahrnehmung. Es zeigt, daß der Weg von einem Gebot der Verfassung zur tatsächlichen Gleichstellung von Frauen doch ein sehr mühsamer ist.

Wir müssen daher ganz selbstkritisch auch als Parlament feststellen, daß wir bei der Erhöhung des Frauenanteils in Gremien zwar ein wenig vorangekommen sind, aber die Schritte doch eher klein sind.

Die Ausweisung des Frauenanteils im Beteiligungsbericht über die öffentlichen Unternehmen, die wir in der Tat haben, gibt nur einen kleinen Einblick in die Vielzahl der Gremien, die von Hamburger Behörden, Senat und Parlament besetzt werden. Wenn wir ehrlich sind, ist dieser Beteiligungsbericht kein Anlaß zu intensiver Beratung dieser Frage, und wir verwenden ihn auch nicht dafür, um auf eine Erhöhung des Frauenanteils hinzuwirken.

Des weiteren fehlt uns ein Überblick über die Vielzahl der Gremien; ich schätze die Zahl auf über hundert. Ich glaube auch, daß wir einmal ein wenig Licht in das Dunkel bringen müssen und uns damit beschäftigen sollten, wer im NDR-Landesrundfunkrat sitzt, wie das Kuratorium des Technologie-Beratungszentrums zusammengesetzt ist oder wie viele Frauen eigentlich im Verwaltungsrat der Stiftung Hamburger Öffentlicher Bücherhallen sind, um nur einige der vielen Gremien zu nennen, die es gibt.

Das größte Problem stellt sich – das hat Herr Schmidt auch dargestellt –, wenn wir nicht selbst Personen benennen, sondern anderen ein Vorschlagsrecht einräumen. Das ist auch in der Debatte um den Richterwahlausschuß deutlich geworden. Die Spitzen der meisten Verbände und Institutionen sind nach wie vor männlich, und die Überrepräsentanz von Männern in diesen Gremien setzt sich automatisch fort und damit auch die damit verbundene Diskriminierung.

Ich glaube, daß die Debatte um den Richterwahlausschuß gezeigt hat, daß eine hanseatisch freundliche Art, wie wir sie praktiziert haben, nicht zu realen Veränderungen führt. Die Verbände waren noch einmal aufgefordert worden, ihren Personalvorschlag zu überdenken. Das ist kein Affront, sondern eine angemessene Forderung oder Bitte gewesen, und keiner dieser Verbände ist auf diese Initiative der Bürgerschaft eingegangen. Für uns ist klar, daß wir gleichstellungspolitische Ziele verfolgen wollen, genauso wie die Einbindung von Interessenverbänden. Wir müssen nur das Verhältnis abwägen. Vielleicht werden wir in der Zukunft nun zu anderen Entscheidungen kommen.

Der Antrag dokumentiert daher eine gewisse gleichstellungspolitische Ungeduld. Es wird deutlich, daß wir weitergehende Regelungen brauchen, und ich persönlich bin, wie Herr Dr. Schmidt, der Auffassung, daß wir ein Gesetz benötigen. Vielleicht erreicht der Richterwahlausschuß so noch eine initiierte Berühmtheit, wenn dieses Gremium dazu geführt hat, daß wir durch eine Gesetzgebung Abhilfe schaffen.

Es gibt noch einen weiteren wichtigen Punkt. Wir nähern uns dem Ende einer Legislaturperiode, und da ist es wichtig, darauf zu achten, daß diese Initiative nicht wiederum durch Diskontinuität nicht weiter verfolgt wird. Das kann ich zumindest für meine Fraktion erklären.

Damit ist auch ein anderes Thema verbunden, und zwar die Frage, wie sich die Bürgerschaft selbst bei den Gremien verhält, die wir besetzen. Unser Antrag fordert den Senat auf, tätig zu werden. Selbstbewußte Abgeordnete, die wir sind, sollten klarmachen, daß bei den Gremien, die wir besetzen, auch unsere Maßstäbe zu gelten haben.

Wir haben in dieser Legislaturperiode wiederholt Gremien mit einem relativ hohen Männeranteil besetzt. Wenn man sich das ansieht, fällt auf, daß die Fraktionen für dieses Ungleichgewicht etwas unterschiedlich verantwortlich sind. Die von mir aus gesehen rechte Seite des Hauses hat sich in der Vergangenheit eher damit profiliert, beispielsweise bei den Deputationen ein sehr unausgewogenes Verhält-

(Britta Ernst SPD)

- A nis von Männern und Frauen vorzuschlagen. Das hat hier auch zu Unmut und Verzögerungen bei Wahlgängen geführt.

Wir müssen die Praxis überdenken, daß wir im Prinzip aufgrund der Pluralität und aus Respekt vor Entscheidungen anderer nicht in Personalentscheidungen eingreifen. Spätestens in der nächsten Legislaturperiode sollten wir keine Ausnahme mehr machen, wenn es darum geht, das verfassungsrechtliche Gebot umzusetzen. Wir können das fairerweise rechtzeitig ankündigen und sagen – Herr Karpen, Sie sind damit auch angesprochen –, daß wir der Verfassung gemäß keine übermächtigen Besetzung von Männern mehr unterstützen werden.

Im Kern geht es um die Frage von Demokratie und Legitimität. Das Interessante ist – Herr Schmidt hat das gesagt –, daß das Thema Qualität immer ins Spiel gebracht wird, sobald ein Frauenanteil erhöht wird. Fakt ist aber, daß bei der Auswahl geeigneter Personen schlechtere Männer besseren Frauen vorgezogen werden. Das ist das Ergebnis von Diskriminierung. Das heißt, es sitzen weniger geeignete Männer in diesen Gremien und verhindern sicherlich auch die Qualität mancher Entscheidungen. Im Sinne einer guten Demokratie sollten wir uns das nicht länger leisten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort bekommt Frau Blumenthal.

Antje Blumenthal CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sie werden sich wundern – und das möchte ich kurz begründen –, warum wir nicht mit Ihnen gemeinsam auf diesen Antrag gegangen sind und ihn damit zu einem interfraktionellen Antrag gemacht haben. Wir sind nämlich ein wenig selbstkritisch und wissen sehr wohl um die Probleme, die auch von Frau Ernst am Rande umrissen wurden. Ich glaube aber, die CDU steht nicht allein da mit den Problemen in der Benennung, sondern wenn die Gleichberechtigung per Gesetz zu verordnen ist, dann hätten wir eigentlich schon fünfzig Jahre weiter sein und alles vollendet haben müssen. Dann hätten wir uns auch nicht trotz der zwanzig Jahre eines Senatsamtes heute noch mit der Kritik von Herrn Schmidt auseinandersetzen müssen, der hier den warnenden Finger erhebt und sagt, wenn der Senat nicht so richtig spurt, wird ein eigenes Gesetz eingebracht. Vielleicht wäre es richtiger gewesen, wenn die Bürgerschaft die Initiative ergriffen hätte und wir miteinander ein eigenes Gesetz hätten diskutieren und die Rahmenbedingungen selbst setzen können.

Hier liegt heute ein Ersuchenauftrag vor, und der ist auch nicht befristet. Das heißt, Frau Ernst, daß gar nicht sicher ist, daß er auch bis zum Ende der Legislaturperiode beendet wird. Deswegen stehe ich hier für meine Fraktion. Wir haben gesagt, daß wir diesen Antrag unterstützen, möchten aber nicht selbst auf diesem Antrag stehen, weil wir den Inhalt zwar für richtig halten, das Ersuchen aber eine sehr lose Formulierung ist. Wir müssen alle daran arbeiten, daß sich nach wie vor in den Köpfen etwas ändert. Wir müssen auch kritisch und warnend den Finger erheben, nicht immer nur gegen die eigenen Parteien gerichtet oder gegen Vertreter des öffentlichen Lebens, sondern wir müssen uns auch angucken, was in der Verwaltung oder vom Senat geändert werden kann. Hier haben wir die Möglichkeit, sehr gezielt nachzufragen. Daher bitte ich darum, unseren Antrag nachträglich an den Verfassungsausschuß zu

überweisen, damit die offenen Fragen dort noch gestellt werden können.

Wie ist es beispielsweise in den öffentlichen Unternehmen, die nicht durch den Artikel 3 Absatz 2 abgedeckt sind? Dort sind 90 Prozent, Herr Schmidt – ich hatte vorhin nach den Zahlen aus dem Beteiligungsbericht gefragt –, der Geschäftsführer und Vorstände männlichen Geschlechts. Hier hat der Senat das unmittelbare Eingriffsrecht, und hier findet nachher natürlich auch das entscheidende Handeln statt. Wenn sich in den öffentlichen Unternehmen dieser Stadt nichts ändert, können wir einpacken, denn das sind die Vorzeigeunternehmen. Hier müssen wir genauso anfangen.

(Doris Mandel SPD: Oder in den Fraktionen!)

– Frau Mandel, das hat nicht die Fraktion zu verantworten. Sie selbst haben hier warnend den Finger erhoben und drohen dem Senatsamt. Das Senatsamt existiert aber meines Wissens seit zwanzig Jahren. Sie selbst haben die Regierungsverantwortung. Statten Sie das Senatsamt mit mehr Einflußmöglichkeiten aus, und lassen Sie nicht zu, daß entsprechende Initiativen der dort aktiven Bearbeiter im Senat selbst scheitern.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Koppke.

Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in politischen Entscheidungsprozessen ist zwar unser aller erklärtes Ziel, wird in der Regel aber meistens nicht umgesetzt. Das ist kein Geheimnis, gucken Sie in die Deputationen oder auf das jüngste Beispiel des Richterwahlausschusses, das haben meine Vorredner auch bereits erwähnt.

Es ist schlicht so, daß Frauen entweder gezielt verhindert werden und/oder nicht gefördert. Am einfachsten ist es dementsprechend, wenn wir bei uns selbst anfangen. Alle Parteien haben genug qualifizierte Frauen, und es sollte wohl überhaupt keine Schwierigkeit sein, auch für die CDU nicht, zukünftig Frauen und Männer gleichberechtigt beispielsweise für die Deputationen vorzuschlagen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke, bei Britta Ernst und Lutz Kretschmann, beide SPD)

Der Wille muß vorhanden sein. Es geht nicht an, daß zum Beispiel bei der Besetzung des Richterwahlausschusses sowohl Parteien als auch diverse Organisationen, wie zum Beispiel die Gewerkschaften, immer wieder behaupten und sich damit herausreden, sie hätten keine qualifizierten Frauen. Das ist billiger Unsinn und beweist nur, daß Frauen in diesen Organisationen ausgebootet und/oder kleingehalten werden.

Der vorliegende Antrag – das muß man natürlich sagen – befaßt sich nicht explizit mit dieser Thematik der ihm zugrundeliegenden Frauenförderung, sondern nur mit einem Teilaspekt dieses Gesamtproblems, nämlich mit dem der Besetzungsregeln für Gremien. Wir, REGENBOGEN – für eine neue Linke, erhoffen uns von diesem Antrag vor allem, daß der Senat rechtliche Möglichkeiten aufzeigt, um der Verhinderung von qualifizierten Frauen und von Gleichberechtigung ein Ende zu bereiten. Die Notwendigkeit einer forcierten Frauenförderung ist uns Antragstellerinnen bewußt. Möglicherweise ist auch das Gender-mainstreaming

(Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A – einen entsprechenden Antrag der SPD besprechen wir morgen – eine neue Chance.

Der vorliegende Antrag ist für uns nur ein kleiner Schritt, der zeigt, daß wir eine tatsächlich realisierte Gleichberechtigung ernst nehmen. Es gilt natürlich auch hier, weiter zu denken und weiter zu verändern; die verbaselte Novelle des Gleichstellungsgesetzes wurde hier bereits angesprochen.

Ich habe aber auch noch ein zweites Beispiel – ein bißchen mehr Ruhe wäre dem Thema auch zuträglich.

(Beifall bei Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke – Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Meine Damen und Herren, die Rednerin hat schon recht, es ist relativ unruhig im Raum, und ich bitte Sie, das Reden einzustellen, etwas ruhiger zu sein und der Debatte zu folgen.

(Jürgen Klimke CDU: Man versteht die Rednerin nicht!)

Frau Koppke, Sie haben das Wort.

(Werner Dobritz SPD: Fangen Sie doch noch mal von vorne an!)

Julia Koppke (fortfahrend): Nein, Herr Dobritz, auch nicht für Sie.

Abgesehen von der verbaselten Gleichstellungsnovelle habe ich noch ein zweites Beispiel, bei dem weiter verändert werden muß. Es existiert derzeit zum Beispiel keine aktuelle, endgültig erarbeitete Aufstellung aller öffentlich-rechtlichen Beschluß- und Beratungsgremien, also derjenigen, für die unser Antrag gilt. Das wird natürlich nachgeholt und erscheint möglicherweise nicht gravierend.

Auf den zweiten Blick wird aber natürlich deutlich, daß es offensichtlich kein irgendwie geartetes Kontrollgremium gibt, das über die Einhaltung dieser Besetzungsregularien und damit über die Realisierung von Gleichstellung wacht. Sonst würde es eine solche Auflistung geben, die diesem Gremium vorläge.

Deswegen möchte ich an dieser Stelle noch einmal für REGENBOGEN betonen, daß wir es für absolut unerlässlich halten, daß das Senatsamt für die Gleichstellung über mehr Kompetenzen verfügen muß. Nach unserer Auffassung ist das Senatsamt die Stelle, die diese Kontrollaufgabe bei Personalentscheidungen und dementsprechend auch bei Gremienbesetzungsangelegenheiten übernehmen muß. Eine starke Frauenpolitik braucht unter anderem ein starkes Senatsamt.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke, vereinzelt bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Ich stelle den Antrag aus der Drucksache 16/5533 zur Abstimmung. Wer will ihn beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wer stimmt einer nachträglichen Überweisung der Drucksache 16/5533 an den Verfassungsausschuß zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen ist die nachträgliche Überweisung einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 48 auf, Antrag der Gruppe REGENBOGEN zum Thema „Kein Platz für TV-World in Jenfeld“, die Drucksache 16/5532.

[Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke:

Kein Platz für TV-World in Jenfeld – Drucksache 16/5532 –]

Frau Sudmann meldet sich zu Wort. Sie haben es.

Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren. Heutzutage ist alles modern. Das heißt nicht „TV“, es heißt „TV-World“, weil es natürlich alles englisch sein muß.

Ich habe gelernt, daß Bilder die Phantasie anregen. Deswegen möchte ich Ihnen ein Bild zeigen.

(Zuruf von Thomas Böwer SPD)

Genau, Herr Böwer, ich hoffe, Sie können das erkennen.

(Werner Dobritz SPD: Geil, Klasse!)

Falls die Hausmänner oder Hausfrauen unter Ihnen meinen, Herr Dobritz, das wäre die Einladung zu einer Tupperparty, täuschen sie sich ganz gewaltig. Das ist das, was in Jenfeld entstehen soll. Das ist der erste Preis aus dem Wettbewerb.

(Zurufe von der SPD)

– Ich möchte es nicht so gerne haben, daß die Unruhe von meiner Redezeit abgeht, wenn ich jetzt nicht richtig zu Wort kommen kann.

Jetzt noch einmal: Das war der erste Preis aus dem Wettbewerb.

Wieweit das noch verändert wird, wird sicherlich noch entschieden werden, aber das Grundmuster existiert. Zum Grundmuster, das für TV-World, für den Freizeit- und Themenpark, bestehen soll, will ich Ihnen einige Punkte aus den Wettbewerbsunterlagen vorlesen. TV-World-Hall soll dort hinkommen, eine TV-Galerie mit Post-Production-Show, also was nach der Show kommt. Es soll der Hamburger Hafen dargestellt werden mit Hafenbecken und Bootsfahrten; Achterbahnen, ein Hafenrestaurant und der Star-Club sind dabei, ein Merchandising-Shop Freihafen, wo man Klamotten kaufen kann. Ich bin für diese Aufzählung nicht verantwortlich, meine Damen und Herren, sie ist so lang.

(Dr. Rolf Lange SPD: Wer spricht dagegen? – Uwe Grund SPD: Ist ja megamäßig!)

Sie sollen wissen, worüber wir reden. Es gibt einen Dark-Ride, Dr. Mabuse – was immer das ist –, eine Spielezone, ein Bewegungstheater, eine Stuntshow.

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Frau Abgeordnete! Es ist wirklich zu laut im Raum. Meine Damen und Herren, wer Gespräche führen möchte, muß bitte nach draußen gehen und das nicht im Plenarsaal machen.

Sie haben das Wort, Frau Sudmann.

Heike Sudmann (fortfahrend): Danke. Vielleicht hilft es Ihrer Aufmerksamkeit, wenn ich Ihnen sage, daß Sie heute unter Beobachtung stehen, weil etliche Bürgerinnen und Bürger aus Jenfeld anwesend sind. Es ist egal, welchen Eindruck sie bekommen, aber vielleicht hilft das ja.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A (Zuruf von Anja Hajduk GAL)

– Ich merke, daß Sie zucken, Frau Hajduk, das tut Ihnen gut.

Des weiteren soll es Kinder-World geben, Alice im Wunderland, ein Kinderrestaurant zum Krümelmonster, Barbie's Home und so weiter und so fort. Es sind noch vier Seiten. Das alles soll in Jenfeld, und zwar mitten in einem Wohngebiet, entstehen. Das heißt, jährlich sollen 1,3 Millionen Besucher und Besucherinnen dort hinkommen sowie täglich bis zu 11 000 zusätzliche Pkw-Fahrten. Sie werden mir sicherlich zustimmen, daß es dann für die Jenfelder aufgrund der Lärm- und Abgase mit der Ruhe und Erholung, die man dort jetzt noch haben kann, vorbei ist. Wir brauchen gar nicht darüber zu reden, welcher Lärm und welche Licht-Emission aus dem Vergnügungspark herausgehen.

Lieber Herr Dobritz, ich bin dafür ...

(Werner Dobritz SPD: Wofür sind Sie denn?)

– Das will ich Ihnen gerade erklären.

Ich bin dafür, mit den Bürgerinnen und Bürgern Planungen zu besprechen, so daß man sieht, wohin etwas kommt. Sie reden immer so gern davon, Herr Dobritz, daß man Stadtteile aufwerten soll. In Jenfeld ist es auch das Hauptargument.

(Werner Dobritz SPD: Ja, das machen wir vor Ort!)

Erstaunlicherweise sind es immer die Leute, die nicht vor Ort wohnen, die sagen, ein Stadtteil soll aufgewertet werden. Die Menschen, die vor Ort wohnen,

(Jürgen Klimke CDU: Wohnen Sie dort?)

B stellen fest, diese Aufwertung, Herr Klimke, die stattfinden soll, ist gegen die Menschen gerichtet.

(Dr. Rolf Lange SPD: Dummes Zeug!)

Ich werde Ihnen gleich ein paar Beispiele dazu sagen. Erstaunlich ist, daß der Freizeitpark TV-World mitten in einem Wohngebiet liegen soll. Wenn Sie sich in Deutschland umgucken – Sie brauchen gar nicht so weit zu reisen –, werden Sie feststellen, es gibt in ganz Deutschland nicht einen einzigen Freizeitpark, der mitten in einem Wohngebiet liegt. Selbst die, die außerhalb der Wohngebiete liegen

(Rolf Lange SPD: Die erzeugen alle viel Verkehr!)

– Herr Lange, schön, daß Sie jetzt zuhören –, wie beispielsweise das Phantasialand in Brühl, die Warner Brother Movie World in Bottrop oder der Filmpark Babelsberg, haben massive Probleme mit der Verkehrsabwicklung und der Lärmbelastung. Die produzieren viel Verkehr.

Nun kommen wir zu Ihrem Hauptargument.

(Dr. Rolf Lange SPD: Die S 4 fährt da hin!)

– Die S 4 liegt unheimlich nah dran an diesem Gebiet.

(Dr. Rolf Lange SPD: Sie kennen sich dort gar nicht aus!)

Sie fahren wahrscheinlich auch ab und zu mit der Bahn oder gehen zu Fuß. In der Verkehrswissenschaft, liebe Wandsbeker Genossen, sagt man, die längste Entfernung, um eine Bahn für attraktiv zu halten, um ein gewünschtes Ziel zu erreichen, sollte 600 Meter nicht überschreiten. Der nächste Punkt von TV-World zur Bahn ist 700 Meter entfernt. Wenn Sie sich die gesamte Fläche ansehen, ist es noch viel weiter.

Da die meisten von Ihnen heftig dafür gekämpft haben, die Autoparkplätze hier am Rathaus zu halten, können Sie nicht beurteilen, was attraktiver ÖPNV ist. Selbst die Investoren gehen von 11 000 zusätzlichen Pkw-Fahrten aus. Das ist keine Zahl von mir, insofern blubbern Sie die Investoren an und nicht mich.

Machen wir weiter. Alle Freizeitparks in Deutschland liegen außerhalb von Wohngebieten. Das Hauptargument ist, es sollen dort 1300 neue Arbeitsplätze entstehen. Es wäre gut, wenn für Jenfeld in Jenfeld neue Arbeitsplätze entstehen. Doch eines wissen wir sicher: Alle Belastungen, die ich beschrieben habe, werden kommen, aber die Arbeitsplätze werden ein Luftschoß bleiben. Ich werde Ihnen sagen, warum.

Das Phantasialand besuchen jährlich 2,3 Millionen Menschen. Phantasialand hat 200 Festangestellte und 600 Saisonarbeitsplätze. Der Filmpark Babelsberg, der TV-World inhaltlich wesentlich nähersteht, hat 550 000 Besucherinnen jährlich und gerade 30 feste Arbeitsplätze, 130 qualifizierte Saisonarbeitsplätze und 200 Aushilfssaisonarbeitsplätze.

Ihre Argumente sind nicht überzeugend. Sie kommen nie auf 1300 Arbeitsplätze. Das heißt, es ist eine Schimäre. Auch das Argument, das angeführt wird, Studio Hamburg würde Hamburg womöglich verlassen, wenn dieser Themenpark nicht kommt, scheint hinfällig zu sein. Wenn Sie die zahlreichen Interviews lesen, die der Geschäftsführer von Studio Hamburg, Dr. Martin Willich, gibt, werden Sie feststellen, daß er sich weder positiv noch negativ auf TV-World bezieht. Für Herrn Willich hat TV-World nicht einmal eine Statistenrolle. Bleibt also die Frage: Was nützt es Jenfeld?

Die Bürgerinnen in Jenfeld geben Ihnen eine eindeutige Antwort. Sie wollen auf dem freiwerdenden Kasernengelände eine stadtteilverträgliche Mischnutzung aus Wohnen und Arbeiten haben, die den Stadtteil nicht mit noch mehr Verkehr belastet, die ihn attraktiver macht. Wenn man die Zahlen der Hamburger Wirtschaftsförderung zugrunde legt, könnten hier locker für Handwerk und Büronutzung 1500 Arbeitsplätze entstehen. Das, meine Damen und Herren, sind aber dauerhafte Arbeitsplätze, die nicht saisonabhängig sind. Damit würden Sie einen guten Schritt tun – auch für Jenfeld.

Es wäre sogar Platz für eine Erweiterung von Studio Hamburg, wenn sie gewünscht ist, aber Studio Hamburg scheint zur Zeit andere Sorgen zu haben.

Was sagt der Senat bisher dazu? Wenn wir uns an Herrn Maier orientieren würden und er das umsetzen würde, was er der Initiative geschrieben hat, wäre das Projekt ziemlich bald gestorben. Er und der Präses der Wirtschaftsbehörde unterstellen bei diesem Projekt, daß keinesfalls eine Schlechterstellung der Nachbarschaft im Vergleich mit der bisherigen Kasernennutzung entstehen wird. Damit bin ich sofort einverstanden. Ich frage mich nur, wie das bei 1,3 Millionen Besuchern und bei dem Verkehr passieren soll.

Für uns ist das ziemlich eindeutig: Wenn Jenfeld ein Wohnstandort bleiben soll – wir haben in der Bürgerschaft gemeinsam beschlossen, daß Jenfeld im Armutsbekämpfungsprogramm aufgenommen wird – und die Leute nicht entnervt wegziehen sollen, weil die Belastungen zu hoch werden, dann hat dieses Mammutprojekt TV-World in Jenfeld nichts verloren. Insofern wünschen wir dem Bürgerbegehren viel Erfolg. Wir hoffen, daß Sie unserem Antrag zustimmen werden und das geplant wird, was ursprüng-

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A lich einmal Konsens in der Politik war, nämlich eine stadtteilverträgliche Mischnutzung für Jenfeld.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Duden.

Barbara Duden SPD:* Frau Präsidentin, Frau Sudmann, liebe restliche Anwesende. Für was REGENBOGEN in dieser Frage und in vielen anderen Fragen steht, ist mir unklar geblieben.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Das war eindeutig!)

– Das war nicht eindeutig, Sie waren nur gegen etwas, aber Sie haben sich nicht erklärt, wo Sie sich so etwas vorstellen können.

Keiner der von Ihnen aufgezählten Inhalte, die von vielen Abgeordneten in diesem Hause begrüßt worden sind, war so, daß man sagen kann, das paßt nicht nach Jenfeld. Warum paßt so etwas ausgerechnet nicht nach Jenfeld? Diese Diskussion wird auf einer völlig schiefen Ebene geführt.

(Petra Brinkmann SPD: Richtig!)

Man kann doch einfach sagen, so etwas paßt nicht dort hin, das gönnen wir denen nicht. Wenn Sie argumentieren, dieser Stadtteil soll aufgewertet werden, aber bitte mit einem Gewerbebereich wie beispielsweise Plaggenkamp, dann müssen wir noch einmal darüber diskutieren. So etwas kann hier kein Argument sein.

B Ein Wohngebiet war das Gelände, über das wir heute diskutieren, noch nie.

(Beifall bei Wolfgang Baar und Wolf-Dieter Scheurell, beide SPD)

Das erscheint mir in der Diskussion allzuleicht in Vergessenheit zu geraten. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, daß es in dieser Gegend Anwohnerinnen und Anwohner gab, die sich immer wieder vehement über den Lärm, den die Bundeswehreinrichtung in den Panzerhallen gemacht hat, beschwert haben. Frau Sudmann, Sie haben gesagt, die Bürgerinnen und Bürger Jenfelds haben sich zu einer Bürgerinitiative zusammengefaßt.

(Petra Brinkmann SPD: Eben!)

Ich bin auch eine Bürgerin Jenfelds. Wir werden uns nachher vielleicht auf dem Rückweg im Bus – ich gehe davon aus, daß Sie mit dem Bus gekommen sind – treffen. Wir haben eine Anhörung im Jenfeld-Haus gemacht, auf der viele Bürger waren. Es haben sich nur die Bürger in der unmittelbaren Nachbarschaft dieses geplanten Parks zu einer Bürgerinitiative zusammengefunden. Sich daraus das Recht zu nehmen, unisono zu sagen, die Bürgerinnen und Bürger Jenfelds seien dagegen, ist etwas zu kurz gesprungen. Es sind die Bürger der unmittelbaren Nachbarschaft. Sie tun recht daran, es ist ihr aktives Bürgerrecht.

(Petra Brinkmann SPD: Richtig!)

Aber, deshalb lassen sich die anderen verbleibenden circa 26 000 nicht mit denen in einen Topf werfen.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Aber die Sozialdemokraten!)

Die SPD-Fraktion – das wird keine Überraschung sein – stimmt dem Antrag von REGENBOGEN nicht zu. Insbe-

sondere die Forderung zu Punkt 1 Ihres Antrags halten wir für vermessen. TV-World ist für uns eine sinnvolle und gewollte Form, den Standort Studio Hamburg und die damit verbundenen Arbeitsplätze langfristig zu sichern. Für uns ist es ein wichtiges Zeichen in Zeiten der Diskussion, wo wir die täglichen Soap-Operas und vieles andere produzieren – in Berlin oder in Hamburg-Jenfeld? –, so daß man zukünftig auch sagt, wir setzen auf den Standort Studio Hamburg in Hamburg.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Frau Duden, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Barbara Duden (fortfahrend): Ich kenne Frau Sudmann lange genug. Sie wird sich sicher hinterher melden.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Ja, genau! Sie haben Angst vor mir!)

TV-World ist ein weiteres Standbein, um sich für den Medienstandort Hamburg zu entscheiden. In diesem Zusammenhang will ich an dieser Stelle noch einen Zwischenruf von Herrn Dobritz deutlich machen. Wer vor einigen Tagen darüber diskutiert hat, ob Axel Springer in Hamburg bleibt oder nach Berlin geht, und alle gesagt haben, es wäre schlimm, sich mit solchen Plänen zu beschäftigen, der muß in diesem Zusammenhang ebenso über die Zukunft von Studio Hamburg diskutieren. Wer das nicht macht, handelt unehrlich.

(Beifall bei der SPD und vereinzelter Beifall bei der GAL)

D Ich habe bereits darauf hingewiesen, bei diesem Standort handelt es sich nicht um eine Grünfläche oder um irgend etwas Ökologisches in diesem – zugegebenermaßen dicht besiedelten – Stadtteil, das wir bislang übersehen haben, sondern es ist der Standort einer ehemaligen Kaserne am Rande Jenfelds und Tonndorfs. Dieser Ort eignet sich gut für eine Gewerbenutzung, also auch für TV-World, das im übrigen – das ist auch in allen Diskussionen immer wieder gesagt worden – weit davon entfernt ist, mit Phantasia oder Heidepark verglichen zu werden.

(Beifall bei Andrea Franken GAL)

Daß man das immer diskutiert, zeigt, daß viele Leute überhaupt nicht begriffen haben, worüber sie in Wirklichkeit diskutieren. Pläne für eine neue Nutzung des ehemaligen Kasernengeländes sollen vor allen Dingen eine Aufwertung der umliegenden Stadtteile sein. Darin scheinen wir uns zumindest einig zu sein. Das Argument der Arbeitsplätze mag für REGENBOGEN unbedeutend sein. Wer Babelsberg und die TV-World miteinander vergleicht, macht in Wirklichkeit noch einmal deutlich, daß er nicht begriffen hat, um welche Dimension es hier geht. Für uns ist die Diskussion um TV-World und das, was zum Schluß herauskommt, ein wichtiges Signal für den Medienstandort Hamburg und für die Zukunftsfähigkeit vieler neuer Arbeitsplätze in diesem Bereich.

Zu den Argumenten der Bürgerinitiative, die sich REGENBOGEN weitgehend auf die Fahne geschrieben hat. Zum einen ist es das Los vieler Bürgerinitiativen: Erst einmal sind sie dagegen. Ich habe versucht, mich zu erinnern. Ich habe mit vielen Bürgerinitiativen zu tun gehabt, aber ich kannte keine, die gesagt hat, wir finden es toll, daß sich bei uns irgend etwas verändert, kommt nur her. Das ist das Schicksal vieler Bebauungspläne, die wir in den Bezirken

(Barbara Duden SPD)

- A diskutieren. Eine Idee der Initiative war zum Beispiel, den Gewerbepark Plaggenkamp von Bergstedt nach Jenfeld zu holen. Vielleicht hat sie in dem Zusammenhang das Wort „Park“ irritiert. Darüber müßten wir vielleicht noch einmal reden. Aber einen solchen Vorschlag kann man in Wirklichkeit nur machen, wenn man sich sicher ist, daß er nicht verwirklicht wird.

Natürlich spielt in diesem Zusammenhang der zunehmende Verkehr eine Rolle. Aber wir müssen uns fragen, ob wir es hinnehmen wollen und können, daß wir immer wieder, wenn wir in dieser Stadt über Veränderungen reden – beispielsweise über Messen –, den Zuwachs von Verkehr als Hilfsargument dafür brauchen, daß wir buchstäblich keine Veränderung wollen. Von der Bürgerinitiative und auch von REGENBOGEN wird von 5000 Autos, 100 Bussen und keinen freien Parkplätzen im Umkreis von 600 Metern gesprochen.

Frau Sudmann, bei der sehr sorgfältig geführten Diskussion über den Verkehrsentwicklungsplan haben wir festgestellt, daß es auch Veränderungen in den Köpfen der Leute geben muß. Wir gehen nicht davon aus, daß jeder, der diesen Park besucht, mit dem eigenen Auto hinfährt. Wir erleben es, wie Besucher zu solchen Sachen in die Stadt kommen. Es gibt mehr Busverkehr, aber es gibt auch eine Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Nahverkehr. Ich halte es für müßig, über 600 oder 700 Meter Entfernung zu reden.

Ich will gerne mit der Bürgerinitiative diskutieren. Natürlich muß in diesem Zusammenhang über den Verkehr gesprochen werden, aber mit realen Zahlen, die kein Schreckensszenario an die Wand werfen. Die Verkehrsmängel sind in Ihren Berechnungen stark überzogen. Das ist auch in den Anhörungen immer wieder deutlich gemacht worden.

- B Ich bin darauf angesprochen worden, daß man in Zukunft nicht mehr abends bei gutem Wetter auf der Terrasse sitzen kann, weil ständig Lichtblitze stören, ruhig zu sitzen und nachzudenken. In den Anhörungen ist immer wieder gesagt worden, es gibt keine Achterbahn, es gibt keine Riesenräder, es gibt draußen überhaupt keine Geräte, es wird alles in Hallen untergebracht. Irgendwann muß man anfangen zu sagen, das ist okay, das ist ein Punkt, der uns nicht mehr betrifft. Nur Wohnungsbau und Grün und ein bißchen nachhaltige Entwicklung können wir uns in dieser Stadt auf einer so gut erschlossenen Fläche nicht leisten. Natürlich müssen wir alle zusammen die positiven Auswirkungen, die durch TV-World entstehen können, wie zum Beispiel Arbeitsplätze, und die negativen Auswirkungen diskutieren. Das werden unsere Kollegen in der Bezirksversammlung Wandsbek sicher in dem breiten Rahmen machen, wie es dieses Projekt erfordert. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Dr. Rolf Lange SPD*: Bravo!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Klimke.

Jürgen Klimke CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich gestehe, daß in dieser Frage zunächst zwei Herzen in meiner Brust schlagen.

(*Werner Dobritz SPD*: Nun mal klare Aussage! Nicht das CDU-Herumeiern! – *Uwe Grund SPD*: Doppelherz trinken immer ältere Männer!)

Einmal, Herr Dobritz, ist es das Herz desjenigen, der für die CDU politische Verantwortung im Stadtteil hat. Das bin ich.

Und es schlägt ein zweites Herz, das auch bei Ihnen schlägt. Es ist das Herz des Medienpolitikers, der sich um den Medienstandort Hamburg Sorgen macht. Lassen Sie mich mit dem letzteren beginnen.

Wir stellen fest – die Springer-Debatte hat das in den letzten Tagen noch einmal deutlich gemacht –, daß der Medienstandort Hamburg erhebliche Konkurrenz von Berlin, aber auch von München und Köln bekommt. Es ist insbesondere bei den TV-Studios ein Verdrängungswettbewerb entstanden. PREMIERE ist weggegangen, SAT 1 ebenfalls, tm3, RTL II Nachrichten, MTV. Außer dem NDR gibt es keinen anderen großen Fernsehsender in der Stadt. Wenn jetzt zusätzlich Produktionsfirmen, die noch in Hamburg sind, überlegen, ob sie den Sendern nachfolgen, ist das ein weiteres Signal, auf das wir achten müssen und das insgesamt erhebliche Gefahr für den Medienstandort bringt.

Eine Maßnahme, meine Damen und Herren, um diese Entwicklung einzudämmen und Signalwirkung für den Medienstandort Hamburg haben zu können, ist unter Umständen das TV-World-Projekt. Die Sender und die Produktionsfirmen – das ist sozusagen die Idee von TV-World – könnten dann deutlich machen, wie beispielsweise Serien, Shows und Fernsehproduktionen vom Anfang bis zum Ende entstehen. Ein Blick hinter die Kulissen wäre möglich. Synergieeffekte und eine Stärkung des Standorts Hamburg wären zwangsweise eine positive Folge für den Medienstandort Hamburg.

Ein zweiter Punkt ist der Tourismusaspekt. Erhebungen haben ergeben, daß der Tourismus in Hamburg mittlerweile einen jährlichen Umsatz von 4,5 Milliarden DM erzielt. Sein Anteil an der Bruttowertschöpfung liegt immerhin bei 3 Prozent. Wir wissen, daß dieses ein zunehmender Prozeß ist. Wenn wir hören, daß TV-World – so jedenfalls die Planungen – eine Million Besucher jährlich erbringen könnte, so wäre das eine touristische Attraktion für die Stadt, die es bisher in Deutschland in dieser Form nicht gibt. Das ist die positive Seite der Medaille.

Die andere Seite der Medaille ist folgende: Es stellt sich zunächst die grundsätzliche Frage, die wir auch in anderem Zusammenhang – zum Beispiel mit der Gebührenerhöhung von öffentlich-rechtlichen Sendern – diskutiert haben, ob es Aufgabe eines öffentlich-rechtlichen Unternehmens beziehungsweise einer Tochter eines öffentlich-rechtlichen Unternehmens sein kann, privatwirtschaftlich zu investieren und möglicherweise auch in ein privatwirtschaftliches Risiko oder Obligo zu gehen.

(*Werner Dobritz SPD*: Die stellen doch nur noch Know-how zur Verfügung!)

– Nein, sie wollen auch Betreiber sein.

Die gleiche Frage haben wir beim ZDF und dem Lerchenfeld. Da sind die Juristen immer noch dabei zu prüfen, ob eine öffentlich-rechtliche Institution so etwas darf. Wir sollten dies auch mit Interesse abwarten, denn eine solche Entscheidung wird sicherlich Mustercharakter haben.

Unabhängig von dieser Frage knüpfen wir an eine Zustimmung für TV-World in Jenfeld eine Voraussetzungsliste, die zunächst einmal sicherstellt, daß der Erlebnispark vertraglich in den Stadtteil integriert werden soll.

(*Barbara Duden SPD*: Es wird wohl keinen geben, der dagegen sein wird!)

Das muß in der Weise geschehen, daß eine weitgehende Verträglichkeit der einzelnen Nutzungen mit den benach-

C

D

(Jürgen Klimke CDU)

- A barten Wohnanlagen erfolgt. Akustische Emissionen, Licht-Emissionen müssen weitestgehend eingedämmt sein und dürfen nicht zu einer Beeinträchtigung der Nachbarn führen. Es sind sicherlich Pufferzonen notwendig gegenüber der nördlich existierenden Einfamilienhausbebauung sowie gegenüber dem südlichen Geschosswohnungsbaue.

Im Zusammenhang mit der Konzeption des Parkes ist kurzfristig über eine Achterbahn nachgedacht worden. Das ist Gott sei Dank sehr schnell wieder von den Projektleitern ad acta gelegt worden.

Eine weitere Voraussetzung ist ein vernünftiges Verkehrskonzept, denn, Herr Dr. Lange, die Anbindung mit dem öffentlichen Personennahverkehr ist relativ schlecht.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Danke! und Beifall)

Trotz S4 – ich will nichts über die Taktfolge sagen – muß sichergestellt sein, daß diese so sicherlich keine vernünftige Anbindung für den Park sein kann. Die Elektrifizierung muß schneller erreicht werden, der Ausbau der Nahverkehrsstrecke Richtung Ahrensburg zur Gleichstrom-S-Bahn auf eigenen Gleisen muß offensiver vorangetrieben werden. Wir müssen eine bessere Anbindung an den Busverkehr haben, um möglichst den Individualverkehr einzuschränken. Für den Individualverkehr brauchen wir eingehende detaillierte Untersuchungen. Die öffentliche Aussage der Arbeitsgemeinschaft während der Anhörung, die Frau Duden angesprochen hat, daß die Straßen den zusätzlichen Verkehr aushalten werden, reicht mir als Argument ganz bestimmt nicht.

- B Zu den Arbeitsplätzen ist etwas gesagt worden. Es wäre schön, wenn bei einer Arbeitslosenquote von 12 Prozent in Jenfeld 1300 neue Arbeitsplätze im Stadtteil bleiben könnten. Aber, meine Damen und Herren, wie wollen Sie sicherstellen, daß nur Jenfelder berücksichtigt werden, wenn sich dort jemand als Einweiser im Parkbereich oder in der Gastronomie bewirbt?

(Barbara Duden SPD: Ich finde die Arbeitsplätze für alle wichtig!)

Soll ich jemandem, der arbeitslos ist und aus Bramfeld kommt, sagen, er dürfe dort nicht arbeiten, weil Jenfelder das erste Recht auf den Arbeitsplatz haben? Das geht nicht. Insofern ist das natürlich auch ein Scheinargument. 1300 Arbeitsplätze für Hamburg, ist vielleicht ein Argument, aber für den Stadtteil ganz sicherlich nicht.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Woher kommen die denn?)

Wir wollen im übrigen erreichen, daß der Exerzierplatz unter Denkmalschutz gestellt wird und eine Grünanlage durch den Park führt, damit eine integrative Aufnahme in den Stadtteil erfolgt und dieses Gelände nicht so abgeschottet ist wie jahrelang das Kasernengelände.

Es ist die Bürgerinitiative mehrfach angesprochen worden. Es ist das gute Recht der Bürger, sich in Initiativen zusammenzuschließen und ein entsprechendes Bürgerbegehren einzureichen. Wir glauben, daß es sehr sinnvoll und auch sehr nützlich ist, diese Bürgerinitiative mit in die Planung einzubeziehen. Wir müssen abwarten, inwieweit das Bürgerbegehren Erfolg haben wird.

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Ein entschiedenes Entweder-Oder!)

Es ist sicher nicht sinnvoll, par ordre du mufti anzuordnen, daß der Park dort hinkommt. Das wäre unsinnig und nicht sensibel. Sensibilität ist das, was wir dort im Stadtteil brauchen.

Bei Berücksichtigung dieser Bedenken könnte eine Realisierung aus unserer Sicht möglich sein. Wir sollten aber zunächst einmal abwarten, bis es endgültige Investoren gibt. Wir sollten abwarten, bis wir wissen, wie das Projekt konkret aussieht. Wir sollten abwarten, welches Ergebnis das Bürgerbegehren hat. Deswegen halten wir es nicht für sinnvoll, uns heute dagegen oder dafür auszusprechen. Wir lehnen aus Formalgründen den REGENBOGEN-Antrag ab. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, die Debatte hatte vor allem den Vorteil, daß wir jetzt alle endlich einmal näher an dem tatsächlichen Sachstand dran sind. Es ist nicht mehr so, daß die Vision, die Frau Sudmann vorgestellt hat, in der Form realisiert wird. Im Moment – so verstehe ich jedenfalls die Gemengelage – ist sowieso noch gar nichts entschieden. Alles ist wieder offen, wie das bei diesen großen Vorhaben ist, wo viele Investoren viel Geld investieren müssen.

Die entscheidenden Punkte sind bereits von meinen beiden Vorrednerinnen und Vorrednern gesagt worden. Ich bin sehr froh, daß die durch Bezirkspolitiker und -politikerinnen geführte Debatte zu einem „Eindampfen“ dieser ursprünglich überbordenden Vision geführt hat. Insofern stehen die Ziele, die Frau Duden und Herr Klimke genannt haben – eine Verträglichkeit mit dem Quartier zu erreichen –, obenan. Das gleiche gilt für das Verkehrskonzept. Daß ein Verkehrskonzept erstellt werden muß, durch das für Buslinien eine Anbindung an den ÖPNV geregelt und gewährleistet wird, steht gar nicht zur Frage. Ich stimme Frau Duden zu, daß man nicht immer sagen kann, das gesamte Projekt könne nicht realisiert werden, weil das Verkehrskonzept fehle. Ich möchte noch auf einige Aspekte eingehen.

Entscheidend und politisch am interessantesten ist die Perspektive, die man dort für Studio Hamburg bieten kann. Wir wollen das Studio hier halten, wir wollen die Produktionen hier haben, und es gibt zu wenig Studios. Das ist die Argumentation, die ich für zulässig halte. Im übrigen erinnere ich an all die Debatten um die Konversionsflächen, die wir in der Stadt haben, gleichgültig ob es sich um Kasernen oder Bahngelände handelt. Es ist immer schwierig, sich in der Gemengelage als Bezirk, als Bürgerschaft oder als Senat durchzusetzen. Es geht um das Erzielen von Höchstpreisen bei den Verkäufen. Hier klinkt sich die Liegenschaft nun einmal nicht ein und sollte es auch nicht. Das heißt also, das alte Projekt – je zwei Fünftel Wohnen und Gewerbe und ein Fünftel Grünflächen – ist schlicht und einfach nicht finanzierbar. Der Bedarf für den Geschosswohnungsbaue, der dort einmal vorgesehen war, ist zumindest zweifelhaft. Inzwischen ist der Wohnungsbau, den wir auf dem Gelände der ehemaligen Boehn-Kaserne und der Graf-Goltz-Kaserne – beide in Wandsbek – wollten, realisiert. Der Nachweis, ob wir den auf dieser Fläche auch noch brauchen, ist für mich im Moment nicht erbracht.

(Antje Möller GAL)

- A Im übrigen ist der entscheidende Vorteil des jetzt vorliegenden Konzeptes, daß ein Entgegensteuern der derzeitigen Unterversorgung von Grünflächen in dem Bereich tatsächlich erreicht werden könnte. Ich sehe nicht, daß dies mit dem alten Konzept zu realisieren gewesen wäre.

Ich verstehe die Bürgerinitiative so, daß sie dort kein Gewerbegebiet, sondern in Wirklichkeit eher ein kleines, nicht zu sehendes und zu hörendes Gewerbe haben möchte.

(*Wolfgang Baar SPD: So ist das!*)

Die Nachfrage danach tendiert eher gegen Null, so daß man nicht davon ausgehen kann, daß dieses Gewerbegebiet realisiert werden könnte. Ich glaube auch nicht, daß die Gruppe REGENBOGEN dort den Bau von Einfamilienhäusern wünscht. Das Gelände ist nicht attraktiv, vor allem nicht im hochpreisigen Bereich.

Es gibt also drei Aspekte für eine Perspektive für Studio Hamburg. Dazu gehört selbstverständlich ein Verkehrskonzept. Eventuell sollte alles perspektivisch auch ein bißchen niedriger gehängt werden, denn es ist einfach noch nicht klar, was realisiert wird oder was nicht. Vielleicht sollten wir uns alle noch ein wenig in Geduld fassen, bis es tatsächlich eine klare Aussage des Investors gibt, und dann steigt man genau dort wieder ein. Das wird der Bezirk, und das werden auch wir tun können. Wir reden dann über die Verträglichkeit, die tatsächlich das große Ziel ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Sudmann.

- B **Heike Sudmann** REGENBOGEN – für eine neue Linke: Ich habe Politik bisher immer so verstanden, daß sie auch gestalten möchte. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Mir widerstrebt es zu warten, bis ein Investor etwas Neues vorlegt. Ich habe die Arbeitsweise der Politikerinnen und Politiker so verstanden, daß wir sagen können, was vorstellbar ist und was nicht. Deswegen möchte ich nicht warten, bis etwas kommt, was wir nicht wollen.

(*Barbara Duden SPD: Sie haben auch nicht gesagt, was Sie wollen!*)

Es ist richtig, daß der Investor die Achterbahn für gestorben hält. Gleichzeitig will er aber einen neuen Frequenzbringer haben. Er wird also irgend etwas suchen, womit er glaubt, Menschen anziehen zu können. Von daher ist das Thema noch lange nicht beendet.

Wenn das Projekt eingestampft wird, Frau Möller, dann habe ich noch eine Frage an Frau Duden und an Herrn Klimke. Woher sollen die 1300 Arbeitsplätze kommen? Frau Duden ist dieser Frage ausgewichen. Sie hat nicht ein einziges Wort dazu gesagt, wie diese 1300 Arbeitsplätze entstehen sollen. Vielleicht denken Sie weiterhin an den Friedrich-Ebert-Damm. Nach Ihrer Aussage sollten dort viele Arbeitsplätze entstehen. Aber wie lautete das Resultat? Der Senat konnte sie noch nicht einmal zählen.

Deswegen ist es schade, wenn Sie auf meine Redebeiträge noch nicht einmal eingehen, um zu versuchen, meine Ausführungen zu entkräften. Ihre Logik, es würden sich nicht alle Jenfelder, sondern nur einige Bürgerinnen und Bürger dagegen aussprechen, verstehe ich nicht. Es ist auch irrational, zu glauben, weil die Sozis das befürworten, sei ganz Jenfeld dafür.

(*Barbara Duden SPD: Wo sind denn Ihre Ideen?*)

C

Gehen wir noch einmal auf die Bürgerinitiative ein. Frau Duden, es wäre schade, wenn Sie jetzt weggehen würden,

(*Barbara Duden SPD: Ich gehe nicht weg!*)

denn Sie haben die Bürgerinitiative ein wenig beschimpft, weil sie immer gegen Projekte seien. Meistens gründen sich Bürgerinitiativen dann, wenn eine Planung vorliegt und sie darüber ihre Meinung äußern wollen.

Wir alle haben letzte Woche Briefe von der Bürgerinitiative bekommen, in denen sie aufgeschrieben hat, was sie sich vorstellen kann. Die Bürgerinitiative hat ziemlich deutlich gemacht, daß sie dort eine Mischnutzung will.

(*Petra Brinkmann SPD: Das hat sie auch nicht gesagt!*)

Das ist kein Dagegen-, sondern ein Dafürsein.

(*Barbara Duden SPD: Im Nordosten ist Gewerbe!*)

Frau Duden, es entzieht sich wirklich meiner Vorstellungskraft, wie Sie behaupten können, daß das ehemalige Kasernengelände nicht mitten in einem Wohngebiet liegt. Ich kann Ihnen die Grundkarte zeigen, die auf meinem Platz liegt. Wenn rundherum Menschen wohnen, bedeutet dies eine Wohnnutzung; und Sie selbst wohnen auch dort.

Zum beliebten Argument von Studio Hamburg. Ich zitiere aus der „Welt“ vom 20. November. Die „Welt“ fragte Herrn Willich, Chef von Studio Hamburg:

(*Rolf Lange SPD: Sonst lesen Sie doch die „taz“!*)

– Die „Welt“ ist Ihre Zeitung, Herr Lange. Sie sollten sich das genau anhören.

(*Petra Brinkmann SPD: Schön wär's!*)

D

– Sie wissen genau, was ich meine. Er liest die „Welt“ lieber als die „taz“.

„Warum beteiligt Studio Hamburg sich an dem Projekt eines Freizeitparks TV-World in Jenfeld? Wollen Sie Alternativen zu Ihrem Kerngeschäft aufbauen?“

Herr Willich antwortete:

„Nein, wir werden uns nicht als Investor an dem Freizeitpark beteiligen.“

Wo bleiben Ihre Argumente? Es geht nicht um die Alternativen. Sie bringen zwei Dinge total durcheinander. Es geht hier um einen Freizeitpark, aber Sie fangen an, vom Medienstandort Hamburg zu reden. Das paßt nicht. Während der gesamten Debatte – auch in der gestrigen – über Springer und über das Studio Hamburg hat niemand gesagt, daß das Projekt TV-World wichtig sei.

(*Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.*)

Sie vermischen die Dinge, und das geht unzulässigerweise über das hinaus, was man Sand-in-die-Augen-streuen nennt. Es ist das Verkleistern des eigenen Denkens und ist ein Armutsbeispiel.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich lasse über den Antrag aus der Drucksache 16/5532 abstimmen. Wer möchte zustimmen? – Gegenstimmen. – Stimmenthaltungen? – Dieser Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

(Vizepräsident Berndt Röder)

- A Ich rufe nunmehr auf den Tagesordnungspunkt 50: Drucksache 16/5534: Gemeinsamer Antrag der GAL- und der SPD-Fraktion zum Thema Mehr Klarheit und Sicherheit bei Vorsorgevollmachten, Betreuungsverfügungen und Patientenverfügungen.

**[Antrag der Fraktionen der GAL und der SPD:
Mehr Klarheit und Sicherheit bei
Vorsorgevollmachten, Betreuungsverfügungen und
Patientenverfügungen – Drucksache 16/5534 –]**

Wer meldet sich zu Wort? – Die Abgeordnete Dr. Freudenberg.

Dr. Dorothee Freudenberg GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Uns alle kann jederzeit ein Unfall, ein Schlaganfall oder ein Herzinfarkt treffen. Das kann dazu führen, daß wir nicht mehr selbstverantwortlich handeln, Entscheidungen treffen und uns auch nicht zu unseren eigenen Belangen äußern können. Auch unsere nächsten Angehörigen, also Ehegatten und Kinder, können dann nicht für uns entscheiden, sie sind dazu nicht legitimiert.

Wenn wir selbst bestimmen wollen, wer, wenn wir es selbst nicht mehr können, unsere Angelegenheiten regeln soll und wie dies geschehen soll, sollten wir rechtzeitig vorsorgen und eine Vorsorgevollmacht ausstellen, eine Betreuungs- und auch eine Patientenverfügung erlassen.

Die Ausstellung einer Vorsorgevollmacht ist der rein private Weg der Vorsorge für solche Situationen. Daneben gibt es auch den gerichtlich kontrollierten Weg mittels einer Betreuungsverfügung. Das zuständige Amtsgericht muß dann das Verfügte bei einer eventuellen Betreuerbestellung berücksichtigen.

- B Diese Verfügungen und Vollmachten können alle Lebensbereiche umfassen, in denen eventuell etwas entschieden und geregelt werden muß: Vermögensfragen, die Frage der Aufgabe der eigenen Wohnung zugunsten des Umzuges in ein Heim, und auch die ärztliche Behandlung.

Der zuletzt genannte Bereich, die Gesundheitsvorsorge und die Entscheidung über die ärztliche Behandlung, ist der schwierigste, für die meisten Menschen auch der dringendste. Patientenverfügungen – auch Patiententestamente genannt – werden mit dem Ziel abgeschlossen, die Autonomie am Ende des Lebens zu wahren. Es ist oft der Versuch, für sich selbst ein qualvolles, als würdelos empfundenen Sterben in Abhängigkeit von der Apparatemedizin auszuschließen. Darüber können wir in der nächsten Debatte noch ausführlicher nachdenken.

In Hamburg wird seitens der Gesundheits- und Sozialbehörde mit der Broschüre „Ich Sorge vor“ für den Abschluß von Vorsorgevollmachten und den Betreuungs- und Patientenverfügungen geworben. Schon im Mai letzten Jahres – das habe ich damals abgefragt – waren einschließlich der vorangegangenen Broschüre über 230 000 Exemplare verteilt. Inzwischen dürften es weit mehr sein, denn die Behörde sorgt aktiv für die Verteilung.

Damit wird nicht zuletzt das Ziel verfolgt, vor allem teure Betreuerbestellungen von Berufsbetreuern zu vermeiden. Unklar ist, inwieweit dies gelingt. Kritisch anmerken möchte ich auch, daß die Problematik der propagierten Vorsorgevollmachten in der Broschüre unzureichend dargestellt ist. Damit müssen wir uns noch gesondert befassen.

Der Abschluß einer Vorsorgevollmacht oder Patientenverfügung macht nur Sinn, wenn sie im Fall der Äußerungs-

und Einwilligungsunfähigkeit auch gefunden und überhaupt bekannt wird, daß der oder die Betroffene eine Verfügung abgeschlossen hat. Außerdem müssen gewisse Voraussetzungen erfüllt sein, daß das Verfügte auch anerkannt werden kann.

Ich möchte einiges nennen, aufgrund dessen wir auch den Antrag gestellt haben. In Hamburg ist es bisher nicht möglich, Betreuungsverfügungen und Vorsorgevollmachten bei den Amtsgerichten zu hinterlegen. In einigen Bundesländern ist das schon so, gesetzlich geregelt ist es aber nur in Bayern.

Bisher ist auch noch nicht klar, ob es Sinn macht, etwas ähnliches wie einen Organspenderausweis zu drucken, der wiedererkennbar ist und aus dem hervorgeht, daß eine Verfügung abgeschlossen wurde und wer im Fall der Fälle zu benachrichtigen ist. Die neueste Auflage der Behördenbroschüre sieht das vor. Sie enthält ein solches Exemplar, das man herausreißen und ins Portemonnaie stecken kann.

Die systematische Frage nach abgeschlossenen Vollmachten und Verfügungen sollte – wenn wir das Thema wirklich ernst nehmen – im Zusammenhang mit Krankenhaus- und Pflegeheimaufnahmen, ärztlichen Notfalleinsätzen oder auch bei der Feststellung der Pflegebedürftigkeit durch den Medizinischen Dienst selbstverständlich werden.

In Hamburg müssen auch die Voraussetzungen für die Wirksamkeit von Vorsorgevollmachten und Betreuungs- und Patientenverfügungen wie zum Beispiel der Stellenwert notarieller Beurkundungen geklärt werden. Die Anwendung von Vollmachten unterliegt keiner staatlichen Kontrolle, die Möglichkeit des Mißbrauchs ist daher nicht gering.

Ich halte es für absolut notwendig, die Gültigkeit einer Vorsorgevollmacht an eine notarielle Beurkundung, zumindest aber an eine Beglaubigung zu koppeln. Es kommt nämlich immer wieder vor, daß zum Beispiel Angehörige von demenzkranken Menschen Vollmachten vorlegen und berechtigte Zweifel aufkommen, ob der oder die Betroffene zum Zeitpunkt der Ausstellung der Verfügung überhaupt erfassen konnte, was sie unterschrieben hat.

Ich möchte noch etwas zur Popularität von Patiententestamenten sagen, die im Zusammenhang mit den ambivalent erlebten Fortschritten der modernen Medizin steht. Die Möglichkeiten der Intensivmedizin haben dazu geführt, daß die Lebensverlängerung nicht mehr als einziges und oberstes Ziel ärztlicher Behandlungen angesehen wird; auch von den Ärzten nicht. Die Bundesärztekammer hat drei Richtlinien in den Jahren 1979, 1993 und 1998 für die ärztliche Sterbebegleitung erlassen. In diesen Richtlinien hat der mutmaßliche Wille des nicht einwilligungsfähigen Patienten einen zunehmend hohen Stellenwert. Dieser mutmaßliche Wille wird in einer Patientenverfügung geäußert, deren Bedeutung für die ärztliche Entscheidung auch zunehmend betont wird.

Auch der letzte Deutsche Juristentag im September 2000 hat sich mit der Problematik befaßt. Man war sich einig, daß die Patientenverfügungen ein wichtiges Instrument der Selbstbestimmung für die Situation der eigenen Einwilligungsunfähigkeit ist.

Der Juristentag hat sich auch mit dem Problem der Ermittlung des mutmaßlichen Willens befaßt. Wie das geschehen ist, halte ich allerdings für problematisch. Mehr-

C

D

(Dr. Dorothee Freudenberg GAL)

- A heitlich war man der Ansicht, daß zur Ermittlung des mutmaßlichen Willens des Betroffenen frühere Vorstellungen ermittelt werden müssen. Wenn dies aber nicht möglich sei, solle eine objektive Interessensabwägung vorgenommen werden. Problematisch ist der Begriff der objektiven Interessensabwägung. Der Juristentag hat ihn in seiner Weisheit – es haben jedoch nur 50 Personen darüber entschieden – wie folgt definiert:

„Für die objektive Interessensabwägung ist das Wohl des Vollmachtgebers maßgebend. Dieses verlangt Leidensminderung, im Zweifel Lebenserhaltung und eine Behandlung nach dem aktuellen Stand der ärztlichen Kunst. Die Frage, wann von dem Prinzip der Lebenserhaltung abgewichen werden darf, muß in einer ethischen Grundsatzdiskussion auf breiter gesellschaftlicher Basis erörtert und beantwortet werden.“

Es ist für mich deshalb sehr problematisch, weil der gesellschaftliche Konsens das unbedingt zu schützende Lebensrecht des einzelnen relativieren könnte. Gerade wir Deutschen sollten das wissen. Darüber müssen wir diskutieren, und ich hoffe, wir haben heute damit begonnen. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL, bei *Lutz Jobs REGENBOGEN* – für eine neue Linke und bei *Dr. Mathias Petersen SPD*)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Brinkmann.

Petra Brinkmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am Beginn des Wahlkampfes – das hat man uns beigebracht – sollte man eine Botschaft mindestens 20 bis

- B 25 Mal gesagt haben, bevor sie als Message ankommt.

Wenn Sie heute abend den Inhalt zum zweiten Mal hören, dann ist das nicht zuviel. Denn da wir den Antrag gemeinsam eingebracht haben, werden Sie sich das alles noch einmal anhören müssen.

(Heiterkeit bei der SPD – *Ole von Beust CDU:* Ist nur bedingt wahlkampfgeeignet!)

Die Koalitionsfraktionen haben den Antrag aus zwei Gründen eingebracht. Zum einen kann dieses Problem jeden treffen, es ist nicht vielen in der Öffentlichkeit bewußt und muß einmal deutlich dargestellt werden. Ich bedauere es besonders, daß auf der Presstribüne kaum noch jemand anwesend ist, denn es ist ein Punkt, der in unseren Medien stattfinden sollte.

(*Eleonore Rudolph CDU:* Heute ist der Lenz dran!)

Der zweite Punkt, warum wir diesen Antrag einbringen, ist, daß es beim Verfahren zur Erstellung einer Vorsorgevollmacht Unklarheiten gibt, wenn eine private Daseinsvorsorge nicht vorliegt.

Durch plötzliche Ereignisse kann jeder von uns ganz schnell in die Situation kommen, zeitweilig oder auf Dauer keine eigenständigen Entscheidungen mehr treffen zu können. Das trifft nicht nur Ältere; einen Autounfall oder einen Herzinfarkt können auch gerade jüngere Menschen erleiden. Damit ist ein selbständiges Handeln häufig ausgeschlossen.

Selbst Ehepartner oder Kinder sind in solchen Situationen nicht automatisch befugt, Entscheidungen für den Erkrankten zu treffen. Vielen – ich glaube, auch vielen von uns Anwesenden – ist das nicht deutlich, weil doch jahrelang

geglaubt wurde, daß gerade der eine den anderen Ehepartner bei Entscheidungen vertreten oder Entscheidungen treffen kann. Das ist eben nicht der Fall. Deshalb ist es sinnvoll, auch schon in jungen Jahren eine private Daseinsvorsorge vorzunehmen.

C

Das einfachste und sicherste Verfahren ist natürlich immer noch, beim Notar eine Urkunde als Vollmacht zu unterzeichnen. Diese Vollmacht kann sich sowohl auf die Vermögens- als auch auf die Gesundheitsvorsorge beziehen. Wer eine solche Generalvollmacht in Händen hält, kann in jeder Lebenssituation für den Vollmachtgeber uneingeschränkt nach außen handeln. Er darf dies jedoch nur dann, wenn ihm der Auftraggeber dazu im Binnenverhältnis einen konkreten Auftrag erteilt hat. Die Vollmacht oder einen Vermerk, daß es die Vollmacht gibt und wo diese zu finden ist, sollte der Vollmachtgeber stets bei sich tragen.

Jährlich kommen circa 700 000 Menschen in Deutschland in die Situation, unerwartet von der Hilfe Dritter abhängig zu sein. Kaum jemand hat vorgesorgt und einen Vertrag zur privaten Daseinsvorsorge abgeschlossen. Vielen Menschen ist es zu aufwendig, zum Notar zu gehen. Sie scheuen vor allem die Kosten. Vor allem, wenn kein Vermögen vorhanden ist, halten sie diesen für überflüssig.

Es ist aber auch möglich, ohne rechtlichen Beistand eine Vorsorgevollmacht zu erteilen. Das sollte jeder von uns tun, wenn er möchte, daß in seinem Sinne entschieden wird und er nicht mehr selbst dazu in der Lage ist.

Um zu wissen, was beim Abschluß oder Umgang mit einer Vorsorgevollmacht alles zu beachten ist, hat die Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales die Broschüre „Ich Sorge vor“ herausgegeben – ich habe sie einmal mitgebracht, damit sie jeder einmal sieht –, in der eine Menge hilfreicher Tips und Klarstellungen enthalten sind. Aus der Broschüre wird deutlich, daß man nur einer Person seines Vertrauens eine Vorsorgevollmacht erteilen sollte, die nur nach dem Auftrag des Erteilenden handeln darf. Es werden verschiedene Möglichkeiten der Vorsorgevollmacht aufgezeigt und Patientenverfügungen beschrieben, die an Ärzte gerichtet sind.

D

Aus der Broschüre geht nicht klar hervor, wie und wo eine Vorsorgevollmacht hinterlegt werden soll. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die wir in unserem Antrag auch beispielhaft aufzeigen. Aber welche die beste ist, darüber gibt es unterschiedliche Auffassungen. Das Hinterlegen beim Ortsamt oder beim Amtsgericht empfinde ich persönlich als sehr aufwendig und technokratisch. Wer kommt schon auf die Idee, im gegebenen Fall im Ortsamt nachzufragen?

In der Broschüre fehlt weiterhin die konkrete Darstellung, für welche Fälle eine solche Vorsorgevollmacht ohne notarielle Beglaubigung Anerkennung findet. Auch das muß im konkreten Einzelfall noch einmal überprüft werden.

Da die Vollmacht nur im Original gültig ist, kommt dem Aufbewahrungsort eine große Bedeutung zu. Die bevollmächtigte Person sollte stets einen Hinweis auf das Vorhandensein einer Vollmacht und den Lagerungsort bei sich führen. Das ist wohl die sinnvollste Lösung.

Um die Bevölkerung über diese Schwierigkeiten besser zu informieren, müßten wenigstens die handelnden Personen, wie zum Beispiel der Arzt oder der Notar, über diese Dinge gut informiert sein, um ihre Erkenntnisse weitergeben zu können. Deshalb wird in dem zweiten Punkt unseres Antrages die Aufnahme dieses Themas in die Ausbildung der entsprechenden Berufe gefordert.

(Petra Brinkmann SPD)

- A Es gibt beim Abschluß einer Vorsorgevollmacht also viel zu beachten. Wer sich nicht notariell beraten lassen will, kann auch zu einem Betreuungsverein in seinem Bezirk gehen. In jedem Hamburger Bezirk gibt es diese Einrichtungen, die mit Rat und Tat zur Seite stehen.

(Beifall bei der SPD, der GAL und bei *Eleonore Rudolph CDU*)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Jürs.

Vera Jürs CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte Sie jetzt nicht mit einer dritten Variante quälen,

(Beifall bei *Andrea Franken GAL*)

möchte aber doch das ansprechen, was ich bezüglich der Vorsorgevollmacht mit meinem Antrag bereits in der Bürgerschaftssitzung vom 30. November zur Abstimmung gebracht habe. Dieser wurde von der SPD und der GAL abgelehnt.

Wir beobachten leider nicht das erste Mal, daß es bei den anderen Fraktionen eines langen Prozesses bedarf, bis die von der CDU problematisierten Themen verstanden werden. In diesem Fall hat es immerhin nach mehr als zwei Monaten geklappt.

Im Hinblick auf dieses Thema ist es sehr erfreulich, daß auch der GAL und der SPD die Wichtigkeit der Vorsorgevollmacht und der Betreuungs- und der Patientenverfügung bewußt geworden ist und sie mit dem vorliegenden Antrag dafür sorgen wollen, daß mit diesen wichtigen Instrumenten verantwortungsvoll gearbeitet werden kann.

- B Bei genauer Durchsicht der Broschüre der BAGS „Ich Sorge vor“ fällt mir aber auf, daß dort alle Fragen, die Sie hier ansprechen, ausführlich erläutert und erklärt sind; eine bessere Auskunft kann man eigentlich nicht geben.

In der Broschüre gibt es – das sagten Sie bereits – einen Ausweis zum Heraustrennen, den jeder mit seinen Daten ausfüllen und bei sich tragen kann. Er enthält zum Beispiel darüber Daten, ob eine Vorsorgevollmacht oder eine Patientenverfügung besteht und wo sie hinterlegt ist.

So gesehen erlangt Punkt 2 Ihres Antrages eine besondere Wichtigkeit im Hinblick auf die Aus- und Weiterbildung von Ärzten und Pflegepersonal; er findet daher unsere volle Zustimmung.

Das Wissen und die Möglichkeiten für den Verbraucher sind als erster Schritt das Wichtigste. Da spielen die Betreuungsvereine bei der Bekanntmachung der Vorsorgevollmacht eine hervorgehobene Rolle. Ich möchte Ihren Antrag an dieser Stelle erweitern, und zwar um die besondere finanzielle Förderung der Betreuungsvereine und ihrer Arbeit.

Soweit ich informiert bin, müssen die Betreuungsvereine zunehmend um Inserenten betteln, damit sie ihr Presseorgan „Hamburger Betreuungsjournal“ in einer jährlichen einmaligen Auflage von 4000 Exemplaren herausbringen können. Nur auf diesem Wege kann man die Bevölkerung überhaupt mit den notwendigen Informationen erreichen und fördern, so daß immer mehr Menschen versorgt werden.

Ich bin froh, daß sich hier endlich etwas bewegt. Ich betone noch einmal die Wichtigkeit des Themas, denn es betrifft alle Bevölkerungsschichten und Altersgruppen und bedeutet für mich Verbraucherschutz.

Ich ersuche den Senat, den erweiterten Antrag durch entsprechende finanzielle Ausstattung zu unterstützen und schnellstens umzusetzen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Jobs.

Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die individuelle Autonomie des letzten Lebensabschnittes zu fördern, ist ein richtiges Anliegen und ein wichtiges Ziel. Die entscheidenden Argumente hat Frau Freudenberg genannt. Ich werde darauf verzichten, sie noch einmal vorzutragen.

Der Antrag der GAL geht ohne Frage in die richtige Richtung. Wir stimmen ihm zu. – Einen schönen Abend.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke, der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Dr. Freudenberg.

Dr. Dorothee Freudenberg GAL: Frau Jürs, bei allem Wohlwollen: Ihr Antrag hatte die Tendenz, den Senat aufzufordern, für die Verbreitung dieser Broschüre zu sorgen.

Es war kein Antrag, der in die gleiche Richtung zielte wie unser Antrag, nämlich bestimmte Dinge zu klären und zu bearbeiten. Ich habe mich damals über Ihren Antrag ziemlich geärgert, weil ich dachte, wenn man einen solchen Antrag schreibt, schaut man doch zunächst einmal nach, was schon gemacht wurde.

(*Antje Blumenthal CDU:* Warum haben Sie denn nicht überwiesen?)

Ich hatte im Mai eine Schriftliche Kleine Anfrage gestellt – ich stelle nicht immer gleich eine Große Anfrage –, mit der ich genau das abgefragt hatte, was Sie in Ihrem Antrag widersprüchlich dargestellt haben. Das ist ziemlich töricht. – Danke.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer möchte demselben seine Zustimmung geben? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 8: Drucksache 16/5084: Große Anfrage der CDU-Fraktion zur ambulanten Sterbebegleitung in Hamburg.

**[Große Anfrage der Fraktion der CDU:
Ambulante Sterbebegleitung in Hamburg
– Drucksache 16/5084 –]**

Das Wort wird hierzu gewünscht. Die Abgeordnete Rudolph bekommt es.

Eleonore Rudolph CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der letzten Zeit wird in der Öffentlichkeit und in den Medien häufiger über Sterbehilfe als über ambulante Sterbebegleitung gesprochen.

Nach meiner langjährigen Beschäftigung mit diesem Thema neige ich zu der Meinung, die erfahrene Sterbebegleiter bei dieser Problematik vertreten. Sie sind nämlich

(Eleonore Rudolph CDU)

- A der Meinung, daß der Wunsch nach Sterbehilfe in dem Maße schwinden wird, wie sich eine gute Sterbebegleitung durchsetzt. Darüber ist viel zuwenig bekannt. Was gehört dazu?

Zunächst gehört die Aufklärung des Patienten über seinen Zustand dazu. Es gehört dazu, die Apparatemedizin und lebenserhaltenden Maßnahmen auf Wunsch des Patienten abzustellen und lindernde, schmerzstillende Maßnahmen vor allem bei den unerträglichen Schmerzen, bei Atemnot und Übelkeit der Krebskranken zu ergreifen. Es geht auch oft darum, Hilfe zu leisten gegen die Angst vor dem Erstickungstod, vor der Einsamkeit des Sterbens, vor zuviel Nähe und die Angst – das wurde mir gesagt –, anderen zur Last zu fallen.

Alle Umfragen der letzten Jahre haben im wesentlichen ein Ergebnis: Die meisten Menschen wünschen sich, zu Hause in der gewohnten Umgebung zu sterben. Sie wollen nicht allein gelassen werden und nicht unter Schmerzen leiden. Der Wunsch, noch letzte Dinge regeln zu können, wurde auch geäußert.

Tatsächlich sterben die meisten Menschen im Krankenhaus. In Hamburg sterben laut Krebsregister von 1999 von den jährlich circa 6000 krebserkrankten Menschen 75 Prozent in hiesigen Krankenhäusern. Nur 25 Prozent sterben zu Hause oder im Heim.

Ich bin über eine Emnid-Umfrage erschrocken, nach der 40 Prozent der Befragten dem Satz zustimmen: Wir sterben einsam, anonym und unwürdig.

Ein Appell an uns alle! Das ist insbesondere eine Herausforderung an die Hospizbewegung, die zum Ziel hat, das Sterben und den Tod zu enttabuisieren und ins Leben zu integrieren, würdevolles Sterben möglich und Sterbebegleitung als Lebenshilfe verständlich zu machen.

- B

In Deutschland hat die Hospizbewegung verhältnismäßig spät Fuß gefaßt. Gegründet wurde sie in den sechziger Jahren in England, und der Ausspruch der Gründerin ist sehr wichtig: Hospiz is rather a program than a place. Es ist also nicht nur das stationäre Hospiz, sondern Hospiz heißt Sterbebegleitung. Über die stationären Hospize haben wir hier gelegentlich schon gesprochen. Es entsteht neben „Sinus“ und „Leuchtturm“ jetzt gerade das dritte im Helenenstift in Altona.

Neu ist der Förderverein, der sich für ein Kinderhospiz mit dem Namen „Sternenbrücke“ gegründet hat. Ich glaube, alle Fraktionen sind informiert. Wir sollten das alle unterstützen. Dieser Förderkreis möchte die Integration ambulanter und stationärer Betreuung krebserkrankter Kinder erreichen und fördern. Die Familien sind mit einem sterbenskranken Kind zu Hause oft sehr überfordert.

Zu begrüßen ist ferner die Veranstaltung der Landesinitiative Hospizentwicklung unter dem Namen „Care-Net“. Am kommenden Sonnabend werden sich in einem Universitätsflügel alle Hospizdienste und Initiativen vorstellen können. Dazu finden Foren statt. Diese Initiative dient überhaupt einer stärkeren Bewußtmachung der Hospizarbeit; dafür haben wir auch diese Große Anfrage gestellt. Es geht um die Vernetzung von ambulant und stationär. Die Voraussetzung dafür ist eine gute Zusammenarbeit der unterschiedlichen Disziplinen wie der Ärzte, der Pflegedienste – und besonders wichtig dabei – der gut geschulden ehrenamtlichen Personen. Die Qualifikation ist dabei entscheidend. Für einen weiteren Ausbau ist noch manches an politischen Maßnahmen wichtig.

Zunächst zu den Ärzten, wobei sicher kompetentere Leute, nämlich die niedergelassenen Ärzte, die wir unter unseren Kollegen haben, Auskunft geben können. In der Antwort des Senats ist einiges zur Finanzierung gesagt worden; dabei darf man 14 DM oder 15 DM für einen Hausbesuch gar nicht laut sagen, wenn wir wissen, was Handwerker bekommen. Auf dem Gebiet einer wirklichen Sterbebegleitung ist eine bessere Honorierung angesagt.

C

Für mich ist aber ein anderer Punkt noch interessant. Eine Vertreterin der Deutschen Hospizstiftung beklagte mir gegenüber in der vergangenen Woche den noch schlechten Zustand der Palliativmedizin in Deutschland. Auf dem Gebiet sind wir Nachzügler. England und Skandinavien sind uns offenbar um Jahrzehnte voraus. Es gibt in Deutschland gerade *einen* Lehrstuhl für Palliativmedizin und nur ganz wenige Ausbildungsstätten für Palliativpflege. Dieses ist kein verpflichtendes Fach im Medizinstudium. Der stellvertretende Vorsitzende der AOK in Sachsen hat kürzlich folgendes geäußert:

„Wenn es für einen Medizinstudenten genau so selbstverständlich ist, bei einem Sterbenden zu wachen wie für eine Klausur zu büffeln, dann haben wir den Paradigmenwechsel geschafft. Erst dann werden Sterben, Tod und Trauer besser ins Leben integriert sein.“

Hier sind also auch die Kultus- und Wissenschaftsbehörden hinsichtlich der Prüfungsordnungen gefordert. Das sollte, glaube ich, von allen Seiten vorangebracht werden.

Berlin hat das Homecare-Konzept entwickelt, auf das wir in unserer Großen Anfrage eingehen. Die Hamburger Gesundheitshilfe beantragt die Einführung auch für Hamburg. Nun ist mir zu Ohren gekommen, daß die Kassenärztliche Vereinigung in Hamburg – in Berlin liegt dem eine Vereinbarung zwischen AOK und Kassenärztlicher Vereinigung zugrunde – dem nicht positiv gegenübersteht. Das enttäuscht mich sehr, weil ich meine, daß in diesem Modellprojekt Möglichkeiten einer intensiven Sterbebegleitung auch für Ärzte gegeben sind, da sie nur für diesen Aufgabenbereich vorgesehen sind und auch entsprechend finanziert werden.

D

Ferner wurde mir gesagt, daß in einer durchschnittlichen Arztpraxis zwei Sterbefälle im Jahr vorkommen. Darum hätten die niedergelassenen Ärzte ihre Fortbildungsschwerpunkte im allgemeinen nicht auf diesem Gebiet, sondern in den anderen Fachrichtungen wie Herz-Kreislauf- oder Darmerkrankungen.

Ich möchte noch ein paar Worte zu den Hospizpflegediensten mit den besonderen Pflegefachkräften sagen. In der Antwort auf unsere Große Anfrage ist eine Liste der ambulanten Initiativen und Einrichtungen enthalten; einige davon kannte ich bereits. Ich habe mich dann mit denen beschäftigt, die ich noch nicht kannte, und eine davon ist der Hospizpflegedienst der evangelisch reformierten Kirche.

Ich muß sagen, daß ich vieles nicht wußte, wie beispielsweise eine Hospizpflegekraft, die eine besondere Zusatzausbildung haben muß, arbeitet. In einem Fall ging es um eine schwerstkranke Person, eine krebserkrankte Frau von Mitte dreißig, mit einem behinderten Sohn, die nicht mehr lange zu leben hat und die alleinstehende Mutter ist. Sterbenden Menschen sind nicht mehrere Betreuungspersonen zuzumuten, die Pflege und Betreuung muß in einer Hand bleiben. Das heißt, diese Hospizpflegekraft muß auch die Hauswirtschaft mitmachen, die Verhandlungen mit dem Jugendamt führen und alles andere erledigen, was dazu gehört. Man sagte mir, man dürfe sich nicht für

(Eleonore Rudolph CDU)

- A Hausarbeit zu fein sein, das sei ein Kriterium bei ihnen bei der Einstellung. Man kann sich ungefähr vorstellen, wie solche Arbeit aussieht. Das kann bis zu acht Stunden am Tag bedeuten; nächtliche Dienste müssen zusätzlich organisiert werden.

Die Pflegekassen zahlen dann zwar die höchstmöglichen Sätze, aber die Genehmigungen für die Einstufungen in die höchste Stufe kommen manchmal auch erst vierzehn Tage nach der Beerdigung. Diese Dinge erschweren letztlich die praktische Arbeit. Dieses Beispiel ist nicht unbedingt ein Extremfall.

Darüber hinaus ist die Arbeit mit den ehrenamtlichen Kräften sehr wichtig. Das Wesensmerkmal der Hospizarbeit überhaupt ist ehrenamtliches Engagement. Die ehrenamtliche Mitarbeit ist substantieller Teil der Hospizarbeit. Ein besonders überzeugendes Konzept hat in Hamburg der Malteser Hospizdienst in Volksdorf, mit einer umfassenden sehr gründlichen Ausbildung der ehrenamtlichen Personen; dafür sind eine besondere Hospizpflegekraft und ein Sozialarbeiter mit langjähriger Erfahrung und Sonderausbildung zuständig. Die Kosten werden völlig aus eigenen Mitteln getragen.

Der Malteser Hospizdienst finanziert seit über zehn Jahren seine Hospizarbeit mit jährlich 270 000 DM selbst – es sind also bereits mehrere Millionen DM dort eingeflossen –, mit größten Anstrengungen, und die Grenze ist erreicht. Sie haben hundert ehrenamtliche Kräfte und ein sehr interessantes Arbeitskonzept für diese Leute, die auch äußerst anspruchsvolle psychosoziale Arbeit leisten.

- B Berlin zahlt einen Sockelbetrag von 50 000 DM für zwölf Hospizdienste und noch 10 000 DM für besondere Beratungsangebote. Mit 60 000 DM kann also ein Hospizdienst rechnen. Diese Regelung sollte auch für uns von Bedeutung sein. Die Arbeit der Landesinitiative Hospiz „Care-Net“ muß nach einer umfassenden Bestandsaufnahme auch entsprechende politische Folgen haben.

In der Antwort auf die Große Anfrage werden zwei Gesetze im Bundesrat erwähnt, von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Dabei war für mich die Stellungnahme der Deutschen Hospizstiftung interessant, die einen Überblick über die gesamte Arbeit in Deutschland hat und befürchtet, daß bewährte Dienste und Einrichtungen nicht davon profitieren und damit ihre Arbeit irgendwann auf der Strecke bleiben wird. Das heißt, das ehrenamtliche Element werde nicht stark genug berücksichtigt in den Gesetzen.

Insgesamt meine ich schon, daß Gelder, die in die Hospizarbeit fließen, ein Vielfaches an Krankenhauskosten einsparen wird, wenn man einmal die Summe von 480 DM bis 720 DM Krankenhaustagesatz rechnet. Ein Homecare-Arzt in Berlin hat ausgerechnet, daß ambulante Hospizpflege täglich 330 DM kostet, nicht nur für seine Arbeit, sondern inklusive der Hospizpflegekraft. Das ist doch ein sehr großer Unterschied zum Pflugesatz im Krankenhaus. Daher meine ich, daß die Hospizpflege noch ganz gehöriger finanzieller Unterstützung bedarf.

Allerdings sollten wir die Beschäftigung mit Sterben und Tod nicht nur den professionellen und ehrenamtlichen Kräften überlassen, sondern ich denke, daß das eine Aufgabe für uns alle ist. Ich gehe soweit, daß wir eine neue Ars moriendi brauchen. Sie spielte im Mittelalter eine große Rolle. Anhand von Holzschnitten konnte man sich sehr gut auf den Tod und das Sterben vorbereiten. Ich glaube, daß

das eine Aufforderung für die Gesellschaft insgesamt ist. – Danke schön. C

(Beifall bei der CDU, der SPD, der GAL und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Petersen.

Dr. Mathias Petersen SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Cicero beschrieb in seinem Werk „De senectute“, daß wir uns von frühester Jugend an bemühen müssen, Licht auf den Tod fallen zu lassen, denn wir müssen alle sterben. Nach allem was wir wissen, kann der Tod heute schon kommen; in jeder Minute, in jeder Stunde schwebt der Tod über uns. Für Cicero stellte sich die Frage, wenn wir in der Furcht des Todes leben, wie können wir uns dann einen gesunden Geist bewahren.

Damit wir uns wieder der Tatsache des Todes bewußt sind, müssen wir darüber reden. Unsere moderne Gesellschaft hat den Tod verdrängt. Er findet leider häufig genug – Frau Rudolph hat darauf hingewiesen – in der Anonymität des Krankenhauses oder des Altersheimes statt. Ich danke Ihnen, Frau Rudolph, daß Sie über Ihre Große Anfrage dieses Thema in die Bürgerschaft gebracht haben. Leider debattieren wir es zu einer Zeit, in der die Öffentlichkeit nicht mehr vertreten ist.

Die Sterbebegleitung, die bis vor wenigen Jahrzehnten etwas ganz Natürliches war, ist in Vergessenheit geraten. Immer wieder müssen wir Hausärzte die Erfahrung machen, daß Angehörige mit den Sterbenden nicht umgehen können. Hier fehlt es an Aufklärung, natürlich vorrangig durch uns Ärzte, aber auch durch andere Institutionen, die sich daran beteiligen müssen, wie beispielsweise die Hospizbewegungen. D

Immer wieder kommt es vor, daß durch Unsicherheit kurz vor dem Tod eine Krankenhauseinweisung erfolgt. Die meisten Patientinnen und Patienten haben große Ängste vor der finalen Krankenhauseinweisung. Sie möchten in ihrer Umgebung den Übergang vom Leben zum Tod verbringen. Die Angehörigen haben die Aufgabe, Beistand, Nähe und liebevolle Zuwendung zu geben. Wir Ärzte haben die Aufgabe, diesen Übergang schmerzlos zu gestalten. Wir befinden uns dabei häufig an der Grenze der Legalität. Welche Dosis Morphin ist wann schmerzstillend und wann tötend? Diese Frage läßt sich häufig nicht genau beantworten. Die Diskussion um das „mercy killing“, wie die Angelsachsen es nennen – wir sprechen von Sterbehilfe –, muß geführt werden.

Sie sehen, das Spektrum der Debatte zum Tod ist sehr weit. Wir Ärzte sind verpflichtet, unserer Aufgabe nachzukommen und für eine schmerzlose Zeit vor dem Tod zu sorgen. Finanzielle Argumente, Frau Rudolph, zur Begründung von Unterversorgung sind in diesem Zusammenhang in meinen Augen unethisch. Eine durchschnittliche Hausarztpraxis – Sie haben es gesagt – muß ein bis zwei Sterbende im Quartal begleiten, und dies muß möglich sein. Die ambulanten Pflegedienste versorgen die Sterbenden in der Regel mit großem Engagement; dies ist jedenfalls meine Erfahrung. Die Krankenkassen sind aufgefordert, die palliative Pflege aufzuwerten. Wir dürfen die Sterbebegleitung aber nicht nur Professionellen überlassen. Wir müssen sie wieder erlernen. Diese Debatte ist vielleicht ein Anfang. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der CDU)

A **Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt die Abgeordnete Frau Dr. Freudenberg.

Dr. Dorothee Freudenberg GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Petersen, ich denke, daß sich die Professionellen mehr mit Tod und Sterben befassen müssen. Es ist vor allem eine Fehlentwicklung der Medizin in den letzten Jahrzehnten, daß wir das so wenig können. Dabei ist doch der ärztliche Auftrag standesrechtlich sehr weit gefaßt, und die Fixierung auf die Krankheitsbekämpfung widerspricht seiner Breite. Der ärztliche Auftrag lautet folgendermaßen:

„Ärzte und Ärztinnen haben den Auftrag, Gesundheit zu erhalten, Krankheiten zu heilen, Leiden zu lindern und Trost zu spenden.“

Dabei ist es doch erstaunlich, welchen geringen Stellenwert die Erfüllung der ärztlichen Aufgabe hat, Leiden zu lindern und Trost zu spenden oder – anders ausgedrückt – Beistand zu leisten, und wie wenig dies auch eingefordert wird. Die Patienten und Patientinnen wie auch die Angehörigen erwarten von uns Ärzten und Ärztinnen gar nicht mehr, daß wir es tun.

Lediglich die Palliativmedizin setzt hier an, und auch die zunehmende Popularität der Hospizbewegung ist Ausdruck dieses Defizits. Wir Ärzte und Ärztinnen haben es überwiegend nicht gelernt, nicht aktiv einzugreifen. Dazu gehört auch, das Sterben zuzulassen und den Zeitpunkt zu erkennen, ab dem die Lebenserhaltung nicht mehr erstes Ziel der Behandlung sein kann, sondern das Lindern von Schmerzen, Angst, Atemnot und Übelkeit. Frau Rudolph hat schon die häufigsten Beschwerden beim Sterben geschildert.

B

Dabei wirken ruhige Zuwendung und auf die Linderung dieser Beschwerden zielende Maßnahmen oft stabilisierend und auch lebensverlängernd; oft lebensverlängernder als dramatische Eingriffe. Herr Petersen, Sie schütteln den Kopf, aber Sie haben eben selbst erwähnt – da sind wir uns wieder einig –, daß oft Krankenhauseinweisungen entgegen dem Willen der Patienten passieren. Wenn Sie es als Hausarzt anders schaffen, freut es mich, aber die Mehrheit ist es leider nicht.

(Dr. Mathias Petersen SPD: Woher wissen Sie das denn?)

– Das weiß ich zum Beispiel aus dem Bereich der stationären Pflege, denn die Voraussetzung für ein Sterben, das wir als würdevoll ansehen, ist vor allem eine kontinuierliche gute Pflege, und daran mangelt es nun einmal.

Ich bin davon überzeugt, daß viele sinnlose ärztliche Eingriffe und invasive Maßnahmen erfolgen, weil die eigentlich notwendige pflegerische Betreuung nicht gegeben ist. Gerade aus Pflegeheimen erfolgen nicht selten notfallmäßige Krankenhauseinweisungen, zum Beispiel unter der Diagnose Kreislaufkollaps, weil von der überforderten Nachtwache – Sie wissen, die hat allein 60 bis 80 Leute nachts zu versorgen –, die marmorierten kalten Beine einer Sterbenden entdeckt werden. Was soll sie machen? Sie kann nicht dabeibleiben, sie ruft den Notarzt, der auch nicht dabeibleiben kann, die betreffende Person kommt ins Krankenhaus, und es gibt nicht wenige Menschen, die auf dem Transport in die Klinik sterben oder sogar auf dem Rücktransport von der Klinik in das Heim, weil nämlich vom Krankenhaus festgestellt wird, daß keine Krankenhausbehandlungsbedürftigkeit vorliegt. Das sind vielleicht

Extremfälle, aber ich finde das grauenhaft, und es ist sehr schade, daß dies geschieht.

C

Der Großen Anfrage der CDU ist aber auch zu entnehmen, daß sich die Rahmenbedingungen für die häusliche Sterbebegleitung in den letzten Jahren deutlich gebessert haben, und das ist sehr gut so. Es ist ganz wichtig, daß die Hausärztinnen für die Versorgung der schwerkranken und sterbenden Menschen besser bezahlt werden, daß sie mehr Zeit für sie haben können, und es ist auch gut, daß die Pflegeversicherung, gerade im Zusammenwirken mit der Krankenversicherung, deutlich bessere Hilfe leistet. Erwähnen muß man vor allem die Möglichkeiten ergänzender Sozialhilfe, die auch in der Anfrage erwähnt wird. Ich hoffe, daß wir anhand von Zahlen bald feststellen können, daß diese Maßnahmen greifen und daß dann mehr Menschen als bisher ihrem Wunsch gemäß zu Hause sterben können.

Auf einen Punkt zur Hospizbewegung möchte ich noch eingehen, Frau Rudolph hat das ausführlich geschildert. Ich denke, wir müssen aufpassen, daß angesichts des Personalmangels in der Pflege, der auch als Notstand bezeichnet werden kann, nicht die ehrenamtlichen Hospizhelfer anstatt professioneller Pflegekräfte da sind. Sinnvoll können die Ehrenamtlichen ihre Arbeit nur machen, wenn die Pflege gesichert ist. Dann ist es eine sehr gute Sache, die sehr wichtig ist. Aber gerade in diesem Bereich müssen wir aufpassen, daß die ehrenamtliche Arbeit nicht die professionelle ersetzt. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL, der SPD, bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senatorin Roth.

D

Senatorin Karin Roth: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In Würde sterben ist aus meiner Sicht ein wichtiges Thema für uns alle, für die gesamte Gesellschaft, weil in der Tat viele Menschen, die sich auf das Sterben vorbereiten müssen, allein gelassen werden. Dieses Alleinsein führt dann dazu, daß wir selbst uns Vorwürfe machen müssen, denn wir wissen um die Situation insbesondere auch der chronisch kranken Menschen in unserer Stadt. Wir wissen auch, daß das Bedürfnis vorhanden ist, zu helfen und in Verantwortung einer Gesellschaft, die human ist, den letzten Teil des Lebens würdig zu gestalten. Deshalb bin ich sehr froh, daß die Initiative, die ich einberufen habe, Landesinitiative Hospiz „In Würde sterben“, von Ihnen allen gleichermaßen unterstützt wird.

Wir haben in der Tat ein Defizit, welches wir nur gemeinsam bewältigen und voranbringen können, und zwar auch in der gemeinsamen Verantwortung, in der wir sehen, daß es nicht nur mit Hauptamtlichen und Professionellen geht, sondern auch mit sehr viel ehrenamtlicher Tätigkeit. Glücklicherweise sind wir in Hamburg diejenigen, die im Zusammenhang mit der Hospizbewegung durchaus sagen können, daß wir in der Vergangenheit schon sehr viel getan haben, denn immerhin haben wir bereits zwei Hospize – ein drittes kommt hinzu –, und wir haben auch ambulante Hospizdienste.

Trotzdem ist es richtig, daß der Anspruch „In Würde sterben“, vor allen Dingen zu Hause, noch nicht so organisiert ist, wie wir es uns alle gemeinsam wünschen. Deshalb habe ich auf der Gesundheitsministerkonferenz die Initiative ergriffen und einen Antrag eingebracht, dieses Thema im Rahmen dieser Konferenz zu behandeln und zu bear-

(Senatorin Karin Roth)

A beiten. Dazu haben wir einen einstimmigen Beschluß gefaßt, dieses voranzubringen.

Im Zusammenhang mit dieser Frage steht natürlich auch immer die Frage der Finanzierung. Wie diese Infrastrukturen organisiert werden, ist die eine Frage, aber wie sie finanziert werden eine andere. Insofern gibt es bezogen auf den Bundesrat zwei Initiativen, Frau Rudolph, von zwei Ländern. Wir selbst haben geprüft, inwieweit wir dieser Bundesratsinitiative beitreten können, sowohl der baden-württembergischen als auch der von Rheinland-Pfalz. Es sind wichtige Initiativen auf Bundesebene, und Sie wissen auch, daß man im Bundesrat Mehrheiten braucht. Wenn es sozusagen über das A- und B-Land hinaus eine gemeinsame Initiative wird, ist das für die Sache gut.

Wir prüfen zur Zeit, ob dies auch aus unserer Sicht richtig und vernünftig ist, weil wir wissen, daß die Länder unterschiedliche Interessen haben und auch die Organisation der Sterbebegleitung unterschiedlich ist. Insofern müssen wir selbst abwägen, ob wir nicht mit einem eigenen Antrag in diese Richtung gehen. Es findet aber eine Anhörung seitens des Bundesrates und des Bundestages zu diesem Thema statt, und meine Vorstellung ist, daß wir das abwarten, um dann gemeinsam eine Initiative zu starten.

Ich bin froh, daß dieses Thema nicht polarisiert diskutiert wird, sondern auch in diesem Haus gemeinsam, denn es geht darum, vernünftige Organisationsmodelle zu schaffen.

In Hamburg haben wir Angebote der Palliativmedizin an einigen Standorten. Insofern kann man sagen, daß das bezogen auf diesen Teil recht gut organisiert ist. Trotzdem haben wir auch Finanzierungsprobleme, manchmal beim Thema Hospiz insgesamt, dabei denke ich an die Diskussion über „Leuchfeuer“. Da gab es doch einige Auseinandersetzungen um die Frage der Pflegesätze.

B Daher denke ich, daß uns das Thema ambulante und stationäre Hospizarbeit in den nächsten Wochen und Monaten begleiten wird. Wir möchten gern, daß die ehrenamtliche Arbeit durch Qualifizierung unterstützt wird und auch durch Finanzierung seitens der Kranken- und Pflegekassen. Das ist aus meiner Sicht die richtige Richtung. Wir in Hamburg machen das im Rahmen unserer Landesinitiative Hospiz, die an diesem Wochenende eine große Konferenz veranstaltet, bei der sehr viele haupt- und ehrenamtliche Sterbebegleiter zusammenkommen. Ich wünsche mir, daß diese Landesinitiative Vorschläge für ein gemeinsames Projekt in Hamburg entwickelt und darüber hinaus auch für die gesamte Bundesrepublik. Daher hoffe und wünsche ich, daß wir hier noch mehrmals über dieses Thema sprechen, so solidarisch, wie wir es heute getan haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann stelle ich fest, daß die Große Anfrage besprochen worden ist.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 13 auf, Drucksache 16/5328, Große Anfrage der SPD-Fraktion zu Fluglärm-schutzmaßnahmen.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Fluglärm-schutzmaßnahmen – Drucksache 16/5328 –]**

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Die Abgeordnete Frau Dr. Schaal hat es.

Dr. Monika Schaal SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es hat lange keine Debatte mehr zum Thema Fluglärm-schutz in der Hamburgischen Bürgerschaft gegeben. Die Große Anfrage der SPD gibt Gelegenheit zu sehen, wo wir stehen. Ich stelle fest: Der Lärm-schutz am Hamburger Flughafen wird immer besser.

Vor vier Wochen haben wir Richtfest für die zweite Lärm-schutzhalle gefeiert, im Frühjahr wird sie fertig sein, und dann müssen die Testläufe nicht mehr im Freien stattfinden. Das ist eine große Erleichterung für die Anwohner des nördlichen Flughafens.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ferner hat die rotgrüne Koalition 1998 den Fluglärm ge-deckelt. In die Betriebsgenehmigung wurde hineinge-schrieben, daß der Flughafen nicht lauter werden darf als 1997, auch wenn die Zahl der Flugbewegungen weiter wächst. Das deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt in Göttingen hat diese These jetzt überprüft und erstmals für 1999 festgestellt, daß die Lärmbelastung in 1999 gegen-über 1997 sogar um 18 Prozent abgenommen hat.

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt übernimmt den Vorsitz.)

Dabei ist die Zahl der Flugbewegungen sogar noch um 3,7 Prozent gewachsen.

Der Rückgang des Lärms, meine Damen und Herren, ist bereits das Resultat einer kontinuierlichen Modernisierung der Flugzeugflotte. Alte und laute Flieger werden ausge-mustert, der Anteil der Krachmacher ist auf einen geringen Prozentsatz zurückgegangen. Im April nächsten Jahres werden dann, so sieht es jedenfalls eine EU-Richtlinie vor, die sogenannten Donnerböcke ganz vom Himmel ver-schwinden. Dann wird es noch leiser werden um den Flug-hafen.

Meine Damen und Herren, in Fuhlsbüttel wird kräftig inve-stiert. Airport Hamburg erweitert seine Kapazitäten und baut sein Vorfeld aus. Im Jahr 2000 wurden 136 000 Be-wegungen der gewerblichen Luftfahrt gezählt. Bis zum Jahr 2010 erwartet der Flughafen 172 000 Bewegungen.

Wenn der Flughafen expandiert, muß der Lärm-schutz mit wachsen.

(*Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Der Lärm muß erst stattfinden!*)

– Richtig, danke Frau Sudmann.

Dazu müssen alle Airlines, die Hamburg anfliegen, deutlich in leiseres Fluggerät investieren. Ein Anreiz dazu soll das differenzierte lärmabhängige Landeentgelt bieten. Seit 1998 erhebt der Flughafen zwar ein lärmorientiertes Grundentgelt, aber dabei – das wissen alle Experten – sind die Lärmkategorien viel zu grob. Da ist der Jumbo in die-selbe Kategorie eingestuft wie die leisen und leichten Re-gionaljets.

Um also einen wirklichen effektiven Anreiz zum Einsatz lei-ser Flugzeuge zu haben – vor allem zur Vermeidung der Flugbewegungen in die Nacht hinein – muß ein nach tatsächlichem Lärm differenziertes Landeentgelt her.

Dazu hat sich der Flughafen im Mai letzten Jahres mit dem Regulierungsvertrag verpflichtet.

Nun haben sich allerdings inzwischen die Eigentumsver-hältnisse am Flughafen verändert. Aer Rianta und Hochtief sind eingestiegen. Die neuen Gesellschafter haben sich,

(Dr. Monika Schaal SPD)

- A wie wir im letzten Sommer lesen konnten, verpflichtet, die besonderen Anforderungen an einen Stadtflughafen zu akzeptieren. Aer Rianta und Hochtief müssen den Flughafen jetzt darin unterstützen, seine Verpflichtungen für das vereinbarte differenzierte, lärmabhängige Landeentgelt auch einzulösen.

(Beifall bei Antje Möller und Axel Bühler, beide GAL)

Ich betrachte die Lärmdifferenzierung aber auch als ein Stück Standortpolitik für Hamburg, denn ich gehe davon aus, daß viele Fluggesellschaften schon jetzt ihre leisen, neuen Flüsterjets in Finkenwerder bestellen.

Meine Damen und Herren! Die Lärmschleppel des einzelnen Flugzeugs ist wesentlich kürzer geworden. Allerdings kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Lärmbelastung im unmittelbaren Nahbereich des Flughafens wächst, wenn die Flugbewegungen mehr werden. Der Flughafen und die Stadt haben deshalb bis heute 63 Millionen DM in passiven Lärmschutz investiert. Davon sind nur Maßnahmen im Wert von 1,3 Millionen DM vom Gesetzgeber vorgeschrieben. Das zeigt, daß Lärmschutz um den Hamburger Flughafen wirklich groß geschrieben wird.

Ein kritischer Punkt beim Lärmschutz ist allerdings der Flugverkehr in den Abend- und Nachtstunden. Zwar verfügt Hamburg im Vergleich zu den meisten anderen Flughäfen über ein scharfes Nachtflugverbot; Ausnahmeregelungen werden sehr restriktiv gehandhabt. Dennoch hat die Zahl der Flugbewegungen nach 23 Uhr in den Jahren 1998 und 1999 sehr stark zugenommen; die Ursachen waren vor allen Dingen Verspätungen. Die Veränderungen, die wir in der Antwort auf die Große Anfrage für 1999/2000 sehen können, lassen einen Rückgang erkennen. Weil Verspätungen nicht nur ein Ärgernis für die Anlieger, sondern auch für die Fluggäste selbst sind, haben die Fluggesellschaften – namentlich die Lufthansa – regelrechte Pünktlichkeitsoffensiven gestartet

(Ole von Beust CDU: Wie die Bahn!)

und acht zusätzliche Flugzeuge mit dem Ergebnis eingesetzt, daß die Verspätungen überwiegend aufgefangen werden können. Allerdings – und das sagt nicht nur die Lufthansa – ist der größte Teil der Verspätungen, nämlich über zwei Drittel, dadurch bedingt, daß es Probleme bei der europäischen Flugsicherung gibt, insbesondere bei der Koordinierung militärischer und ziviler Fliegerei. Da muß in Brüssel und auch in den Nachbarländern noch erheblich gearbeitet werden; aber das ist ein neues Thema. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Röder.

Helga Christel Röder CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Flughafen Fuhlsbüttel ist der viertgrößte Flughafen Deutschlands und ein sehr profitabler Flughafen, und als solcher ist er natürlich von großer Bedeutung für Hamburg. Diese positive wirtschaftliche Entwicklung liegt natürlich an der Steigerung des Passagieraufkommens und damit einhergehend der Zunahme der Flugbewegungen.

Heute haben wir nun eine Große Anfrage der SPD, deren einziger Zweck es zu sein scheint festzustellen, wie toll der Flughafen Fuhlsbüttel nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch hinsichtlich seiner Lärmentwicklung ist; Herr

Porschke nickt. Herr Porschke, er ist ganz leise, man merkt ihn kaum noch, kein Wunder, wenn man sich die abgefragten Daten anguckt. Sehen wir uns zum Beispiel einmal die Ausführungen zum Lärmkontingent an – man könnte denken, der Lärm würde begrenzt, wie der Name suggeriert –: Werden festgelegte Lautstärken überschritten, wird der Flugverkehr reduziert. Das Lärmkontingent begrenzt aber nicht den Lärm, sondern eine Fläche. Diese Fläche beträgt immerhin 20 Quadratkilometer, meist dicht besiedeltes Stadtgebiet, und auf dieser darf der Flughafen so laut sein, wie er will. Das Lärmkontingent ist nicht etwa gemessen, es ist vor allem errechnet; begrenzt wird der Fluglärm so nicht, er wird heruntergerechnet. Der Fluglärm steigt, das hat Frau Dr. Schaal eben selber gesagt.

(Dr. Monika Schaal SPD: Das habe ich nicht gesagt! – Gegenruf von Ole von Beust CDU: Aber gemeint!)

Lassen Sie mich das an einem Beispiel verdeutlichen. Im Stadtteil Langenhorn war 1999 ein errechneter Dauerschallpegel von 65,4 db (A) zu verzeichnen; das ist um 2,1 Dezibel höher als 1993. Man muß dabei aber wissen, daß eine Steigerung von drei Dezibel eine Verdoppelung des Lärms bedeutet, und das war die letzten sechs Jahre so. Und wir wissen, daß der Flughafen weiter expandiert.

Zum Lärmdeckel muß entgegnet werden, daß sich die Lärmqualität ändert. Frau Dr. Schaal, sicher werden viele Flugbewegungen leiser, aber es sind mittlerweile viel mehr Flüge geworden, und die betroffene Bevölkerung hat viel weniger Lärmpausen. In den Abendstunden – das hatten Sie angesprochen – nimmt der Lärm überproportional zu. Im Koalitionsvertrag heißt es zwar, daß die Belastung für die Anwohner in der Zeit zwischen 22 und null Uhr reduziert werden solle.

(Antje Möller GAL und Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Genau!)

Das sind aber bloße Lippenbekenntnisse der Unterzeichner, denn wenn Sie sich die Zahlen des Jahres 1999 anschauen, so sind zwischen 22 und 23 Uhr 5080 Flugbewegungen erfolgt und zwischen 23 und null Uhr sogar 6584 Flugbewegungen; das muß man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Das ist keine Reduzierung, wie es in Ihrem Vertrag steht, sondern das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von über 12 Prozent, und das finde ich haarsträubend.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Herr Senator Porschke, Sie wissen ganz genau, daß Störungen des Nachtschlafs gesundheitsschädlich sind. Deshalb hat dringend eine nachhaltige Reduzierung der Flugbewegungen in den Abendstunden zu erfolgen.

Daß eine Differenzierung der Landeentgelte kein geeignetes Mittel zur Reduzierung der Flugbewegungen ist, konnte Senator Porschke schon der Drucksache 16/5328 vom Dezember 2000 von Frau Dr. Schaal entnehmen. Die Behauptung, der Flughafen sei leiser geworden, ist völlig undifferenziert und geht an der Realität vorbei. Fakt ist erstens, daß die Lärmbelastung in den umliegenden Wohngebieten vor allen Dingen in den Abendstunden deutlich zugenommen hat.

(Zurufe von der SPD)

– Üben Sie doch mal, leiser zu sein. Dann wissen Sie, was Lärmschutz ist.

(Beifall bei der CDU)

C

D

(Helga Christel Röder CDU)

- A Die Anzahl der Störeignisse nimmt ständig zu. Die Fluggeräte sind zwar beim Starten leiser geworden, aber beim Landen ist keine Reduzierung des Lärms mehr möglich; da ist man an die Obergrenzen gekommen.

Lassen Sie mich noch einige Worte zum Schallschutz sagen. Sie wundern sich, daß nur ein geringer Teil der Mittel des Lärmschutzprogramms ausgeschöpft sind; das ist doch logisch. Viele Bewohner möchten diesen großen Aufwand, der in ihrem Haus oder in der Wohnung stattfinden soll, nicht, das bedeutet viel Schmutz. Da werden die Fensteröffnungen vergrößert, da müssen Lüfter eingebaut werden. Ich kann diese Bürger verstehen, wissen Sie, warum? Die Bürger haben uns nämlich erzählt, daß die eingeschalteten Lüfter lauter sind, als wenn draußen ein Flugzeug vorbeifliegt, und darauf kann man gut verzichten.

(Ingrid Cords SPD: Was soll das denn?)

Noch immer sind viele Schulen und Kindergärten im Umfeld ohne jeglichen Schallschutz. Wußten Sie, daß die zulässigen Lärmwerte zum Beispiel bei der Grundschule Eberhofweg und dem Kindergarten am Tannenweg in Langenhorn tagtäglich weit überschritten werden? Hier muß der Senat doch endlich einmal Abhilfe schaffen, das kann doch so nicht richtig sein.

(Beifall bei Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Die notwendige Sensibilität und Kenntnis von Fluglärmbeeinträchtigung ist bei den betroffenen Stellen in Hamburg relativ wenig ausgeprägt. So fand ich in der ersten Ausgabe der Broschüre „Flughafen Hamburg“ von 2001 einen Artikel, in dem Altbundeskanzler Helmut Schmidt äußerte, daß ihn Lärm nicht störe,

- B (Ole von Beust CDU: Der ist schwerhörig!)

über sein Haus am Neuburgerweg führten tiefe Anflüge zur Runway 23 des Flughafens Hamburg. Meine Damen und Herren! Herr Schmidt wohnt immerhin zwei Kilometer von dieser Schneise entfernt. Bei solcher Unkenntnis von tatsächlichen Verhältnissen wundert es mich nicht mehr, wenn manche hier glauben, daß Fluglärm in Hamburg natürlich kein Problem sei, wenn sich so prominente Bürger dazu entsprechend äußern.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann Ihnen versichern, daß der Fluglärm ein Problem ist, und zwar leider ein steigendes. Der Senat muß sich endlich seiner Verantwortung konsequent stellen.

(Dr. Holger Christier SPD: Was ist denn nun Ihre Lösung? Kaltenkirchen oder was?)

– Herr Christier, wer regiert denn hier in Hamburg? Nach der Wahl können wir einmal darüber reden.

Der Senator wäre gut beraten, wenn er die Lärmbelastigung nachhaltig verringern würde. Ich bin überzeugt davon, daß, wenn unser Flughafen in ausschließlich privater Hand wäre, der Senat mit erheblich mehr Nachdruck dafür sorgen würde, daß dort kein Lärm mehr emittiert würde. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Bühler.

Axel Bühler GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Röder, wenn Sie wollen, daß wir den Flughafen nach Kaltenkirchen verlegen, dann sagen Sie das.

(Barbara Ahrons CDU: Das haben Sie alles verschlafen!)

Wenn Sie wollen, daß für Fuhlsbüttel vernünftige Lösungen gefunden werden, dann müssen Sie sich etwas anderes überlegen und ein bißchen mehr konzeptionell bringen. Wenn Sie sagen, eine Privatisierung wäre die Lösung – Sie haben gesagt, wir sollten privatisieren, dann würde der Senat auch härter herangehen – und der Senat solle dafür sorgen, daß unter privater Regie nachts weniger Flüge in Fuhlsbüttel abgehen, dann fragen Sie doch mal Ihren Herrn Ehlers, wann der gerne in Hamburg wieder einfliegen will, wenn er mal unterwegs ist.

(Helga Christel Röder CDU: Was soll denn das jetzt? – Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Bühler, haben Sie einen Moment Geduld.

Meine Damen und Herren! Diese neue Beschallungsanlage ist sehr sensibel,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

was bedeutet, daß sie den Lärm aus dem Plenum sehr stark aufnimmt. Das heißt also für uns, so ist uns das jedenfalls von der Technik erläutert worden, daß wir die Redner – jetzt insbesondere Herrn Bühler – besser verstehen, wenn es hier im Raume leiser ist.

Herr Bühler, Sie haben das Wort.

Axel Bühler (fortfahrend): Ich denke, Grünrot war in der Tat erfolgreich, was die Lärmpolitik am Flughafen angeht. Der Lärmdeckel ist ein erfolgreiches Mittel, um den Lärm insgesamt, der durch den Flughafen erzeugt wird, abzusenken und dauerhaft zu begrenzen. Die Lärmschutzhalle ist in der Tat ein vernünftiges Mittel, einerseits die über 10 000 Arbeitsplätze der Lufthansa-Werft in Hamburg zu halten und auf der anderen Seite die Anwohner so wenig wie möglich zu belästigen. Ich sehe nicht, daß Sie eine Alternative dazu haben,

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Wir hätten eine!)

und ich sehe auch kein Konzept von Ihnen, den Flughafen einerseits stadtnah weiterzubetreiben, andererseits den Betrieb stadtvträglich zu gestalten.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ein Problem sehe ich in der Tat, das ich mit Ihnen teile und das durchaus in Hamburg noch nachdrücklicher politischer Intervention bedarf, das Lärmproblem der Tagesrandzeiten. Da gibt es keine Absenkungen der Flugbewegungen, sondern einen Anstieg. Das monieren wir seit längerem,

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Ihr sollt nicht monieren, ihr sollt handeln!)

und im Augenblick ist die Privatisierung des Flughafens eher ein Hindernis, um in dieser Frage weiterzukommen. Insofern würde ich mich freuen, wenn gerade im Hinblick auf die Bewohnerinnen in Langenhorn, Niendorf und Norderstedt – auch wenn sie hier nicht wählen – in der Frage der Flugbewegungen in den Tagesrandzeiten dem Senat noch einmal deutlich von der Mehrheitsfraktion gesagt würde, Herr Gizzas, Herr Reuter und Herr Mirow, wir wollen, daß in den Tagesrandzeiten das Landeentgelt nach Lärm differenziert wird und gesagt wird, wer später landet,

(Axel Bühler GAL)

- A zahlt deutlich mehr Geld, und wir dann diese Angelegenheit, nachdem wir zwei sehr erfolgreiche Lärmschutzprojekte am Flughafen durchbekommen haben, auch noch erfolgreich durchkriegen. Ich glaube, dies wäre für die Anwohner und Anwohnerinnen in der Gegend eine echte Hilfe. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Sudmann.

Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Die Überraschung dieser Debatte war die CDU; wir haben selten von der CDU einen inhaltlichen Beitrag gehört. Frau Röder, zu Ihrer ersten Rede herzlichen Glückwunsch.

Ein Problem haben Sie aber. Sie haben zwar wunderbar die Probleme beschrieben und auch die Schwächen in der Antwort des Senats aufgegriffen, aber keine Konsequenz daraus gezogen,

(Dr. Holger Christier SPD: Richtig! – Barbara Duden SPD: Das tun Sie doch auch nicht!)

denn wenn Sie wirklich wollen, daß es weniger Flugverkehr gibt, müssen Sie das auch sagen. Ich glaube, Sie wollen leider immer noch Kaltenkirchen, und das ist Ihr Problem. Aber wenn Sie das ernst nehmen würden, was Sie kritisiert haben, würden Sie gemeinsam mit uns fordern, daß es weniger Flugbewegungen gibt.

Frau Schaal hat versucht, eine wunderbare Jubelrede zu halten, aber sie hat auch die Senatsantwort nicht so richtig verstanden, denn eines ist deutlich: Der Fluglärm in Hamburg nimmt insgesamt nicht ab, sondern er wird nur rechnerisch geschickter verteilt, denn weder der Lärmdeckel noch das lärmorientierte Landeentgelt führen zu weniger Flügen beziehungsweise weniger Lärm. Es werden nur die Lärmspitzen einzelner Quellen beseitigt, also diese ganz lauten Flieger, die Frau Schaal angesprochen hat, und dann gibt es eine integrierende Lärmberechnung, eine Rechenmethode, die glaubhaft machen soll, daß der Flughafen insgesamt leiser wird; schön wäre es. Solange die Zahl der Flugbewegungen so vehement zunimmt, wird es aber nicht leiser, denn es gibt einen Lärmteppich. Das können Sie alle wunderbar nachvollziehen, ohne Lärmexperten zu sein. Wenn die einzelnen Flugzeuge leiser werden, aber gleichzeitig viel mehr Flugzeuge fliegen, ist das genau so, als wenn hier 30 Anwesende leiser werden, aber alle anderen anfangen, leise zu sabbeln; das Grundgeräusch ist wesentlich höher.

(Zurufe von der SPD und der GAL)

– Ich habe es extra einfach gemacht, damit ihr es versteht.

Was die Flughafenanwohnerinnen betrifft, gibt es jetzt zwar weniger Propellermaschinen à la Böwer, dafür aber viel weniger Pausen; am laufenden Meter kommen die Flugzeuge herunter. Insofern ist es für die Anwohnerinnen viel schlimmer geworden.

Deshalb werden Sie mir auch recht geben müssen, wenn mehr Flugzeuge fliegen, werden auch die Luftgeruchsbelastigungen höher, und natürlich wird auch das Betriebsrisiko des Flughafens größer. Deshalb, meine Damen und Herren Böwer und Co. von der Regierungsfraktion und von der Lümmelbank da hinten

(Carmen Walther SPD: Das möchte ich mir verbieten!)

– dann auch Lümmelinnenbank –, klingt es für die Betroffenen wirklich wie ein Hohn, wenn der Senat stolz verkündet – Zitat –:

„Je effektiver es der Flughafen Hamburg GmbH gelingt, den Einsatz lauter Flugzeuge in Hamburg zu vermindern, desto mehr Flugbewegungen sind mit dem Lärmkontingent vereinbar.“

Das ist wirklich ein Armutszeugnis.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Aber das andere Problem, das Herr Bühler moniert hat, wobei er vergißt, daß er regiert, nämlich die Nichteinhaltung des Nachtflugverbots, ist zu großen Teilen ein hausgemachtes Problem. Der Senat beschreibt sehr anschaulich und, ehrlich gesagt, auch leicht resigniert die Gründe für die Verspätungen. Bei dieser großen Wahrscheinlichkeit von Verspätungen ist es eine Riesensauerei, daß der Senat, der die Flugpläne genehmigt, es weiterhin zuläßt, daß die planmäßig angedachten Landungen bis kurz vor 23 Uhr zulässig sind. Wie Frau Röder schon sagte, schauen Sie einmal in Ihren Koalitionsvertrag; wie versprochen, so gebrochen. Dort steht, die Bevölkerung solle vor den Belastungen in den Abend- und Nachtzeiten geschützt werden, und nichts passiert. Deswegen ist die Forderung, solange die Fluggesellschaften solche hohen Verspätungen haben, ist es nicht zulässig, ihnen laut Flugplan zu erlauben, noch nach 22 Uhr zu kommen, richtig.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Frau Röder hat schon versucht zu erklären – Herr Bühler hat das nicht verstanden, er sagte, was wollen Sie uns sagen –, was eigentlich das Problem der Lärmgrenzen ist. Die Lärmgrenzen sind nach Planungsrecht festgelegt worden. Wir wollen – das ist auch eine uralte Forderung der Lärmgeplagten vor Ort –, daß auf Grundlage eines lärmmedizinischen Gutachtens die Schallgrenzwerte festgelegt werden und nicht aufgrund von irgendwelchen planungsrechtlichen Zahlen. Wenn wir dann – Frau Schaal, da scheinen wir gar nicht so weit auseinander zu sein – zu einem emissionsabhängigen Landeentgelt kommen, wird dies ein weiterer wichtiger Baustein für mehr Lebensqualität sein. Aber insgesamt wird es mit einer steigenden Zahl der Flugbewegungen weder leiser noch irgendwie angenehmer, am Flughafen oder im großen Umfeld zu wohnen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei Helga Christel Röder CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Senator Porschke.

Senator Alexander Porschke: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihre Geduld nicht allzu lange beanspruchen,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Dr. Holger Christier SPD: Das ist nett!)

aber zwei, drei Dinge muß man schon sagen. Das Thema Lärm durch Flugbetrieb ist ein Thema, das uns beschäftigt, und es ist natürlich ein andauerndes Bemühen des Senats, diese Belastung in Grenzen zu halten. Aber wir haben eine stetig steigende Nutzung des Flughafens aufgrund expandierender Wirtschaft und großen Tourismusanstiegs. Insofern sind wir alle nicht nur Opfer von Fluglärm, sondern – auch in diesem Saal gehe ich von einer satten Mehrheit aus – auch Täter, die diesen Fluglärm mit produzieren.

C

D

(Senator Alexander Porschke)

A (Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Für diesen Konflikt einen Weg zu finden, ist mit den beiden wesentlichen Instrumenten in dieser Legislaturperiode, dem Lärmdeckel/der Lärmkontingentierung einerseits und der zweiten Lärmschutzhalle andererseits, in vorbildlicher Weise gelungen.

Wenn Sie nicht verstehen, wie das Lärmkontingent funktioniert, und behaupten, der Lärm sei, weil es mehr Flugzeuge gebe, lauter geworden, dann erkläre ich es Ihnen gerne noch einmal. Es gibt Meßinstrumente, die zeigen, wie laut es ist, und man kann auch noch ausrechnen, wie groß der Lärm wäre, wenn er auf einem Niveau wäre; das ist der sogenannte äquivalente Dauerschallpegel. Je nachdem, ob es mehr lautere Flugzeuge sind, ist die Fläche, die diesen äquivalenten Dauerschallpegel in Anspruch nimmt, größer oder kleiner. Deswegen ist die Fläche, die von einer Linie mit einem äquivalenten Dauerschallpegel von 62 db (A) umkreist wird, direkt ein Maß für den Lärm, der vom Flughafen ausgeht. Wenn diese Fläche um 18 Prozent kleiner wird, dann ist damit auch der Lärm deutlich zurückgegangen, und das sagt die Statistik von 1999/2000 aus. Insofern ist der Lärm des Gesamtflughafens objektiv kleiner geworden.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Senator Alexander Porschke: Ja, gerne, dann kann ich es vielleicht gleich verständlich machen.)

B **Zwischenfrage von Heike Sudmann REGENBOGEN** – für eine neue Linke: Würden Sie mir zugestehen, daß das subjektive Empfinden der Menschen ist, daß der Lärm zugenommen hat, weil es einen Unterschied zwischen den realen Zahlen und dem subjektiven Empfinden gibt?

(Unruhe bei der SPD – Manfred Mahr GAL: Da kommt er doch noch zu!)

Senator Alexander Porschke (fortfahrend): Frau Sudmann, ich gestehe Ihnen zu, daß die Störung, die der einzelne empfinden mag, auch ein subjektives Element hat.

(Zuruf von Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

– Frau Sudmann, das stimmt. Wenn man sich zum Beispiel darüber echauffiert, daß es laut ist, dann hört man hin, dann fühlt man sich automatisch mehr gestört, als wenn man es nicht tut, und deswegen macht der subjektive Faktor der Störung durch Lärm ungefähr ein Drittel aus; insofern ist dies ein wichtiger Bestandteil. Aber durch leisere Flugzeuge können Sie nichts am subjektiven Faktor ändern, sondern am objektiven. Wir können natürlich nur dafür sorgen, daß es objektiv leiser wird, und nicht, daß das alle auch subjektiv so empfinden.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie haben recht, daß dies natürlich eine statistische Größe ist, und an einzelnen Stellen des Flughafenumfeldes ist es so, daß die zusätzlichen Flugbewegungen eine Störung darstellen. Wenn man sich nicht mehr unterhalten kann, ist es einem egal, ob die Störung sehr hoch oder etwas geringer hoch ist.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Genau das ist der Punkt!)

Diesen Effekt, der an einzelnen Stellen des Flughafens entsteht, kann man real nicht wegdiskutieren, der entsteht durch die zusätzlichen Flüge. Dann sind wir wieder bei dem Punkt, daß es so viele zusätzliche Fluggäste und so viele Menschen gibt, die gerne verreisen wollen.

(Helga Christel Röder CDU: Die sollen alle zu Hause bleiben!)

Das ist eine Belastung, für die man einen Ausgleich zwischen dem einen und dem anderen Interesse finden muß.

(Barbara Ahrons CDU: Arbeitsplätze!)

– Arbeitsplätze sagt Frau Ahrons noch.

Weil das so ist, weil es bestimmte Stellen gibt, wo es wirklich zu Belastungen kommt, die, wenn man ihnen immer ausgesetzt ist, auch die Gesundheit stören können, gibt es entsprechende technische Maßnahmen, nämlich Schallschutzprogramme, und mit diesen technischen Maßnahmen kann man tatsächlich etwas tun. Nun gibt es das Problem, daß man nachts bei frischer Luft schlafen will, man das Fenster kippt und es dann seine Schallschutzwirkung verloren hat, aber da gibt es diese besagten Lüfter. Und, Frau Röder, diejenigen, die einen Lüfter haben, der lauter ist als das, was sie sonst von den Flugzeugen hören würden, sollen sich bitte sofort melden. Bei denen ist entweder kein Flughafen weit und breit in der Nähe oder der Lüfter ist kaputt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich habe mir diese Geräte selber angehört, die können Sie praktisch nicht hören. Und wenn da wirklich jemand ist, der so einen Lüfter hat, der laut ist, dann hat er einen falschen, dann ist der kaputt und man muß ihn austauschen.

Ich bin auch dafür, eine Situation zu schaffen, in der jeder sich an jedem Ort in dieser Stadt seine Wohnverhältnisse so einrichten kann, daß er nicht gesundheitlich gefährdet ist. Mit solchen technischen Geräten ist das auch da möglich, wo die Außenbelastung in einer unangenehmen Weise hoch ist. Darum muß man sich kümmern, und das haben wir getan. Insofern ist der Lärmschutz bei uns in guten Händen.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Warum wird das denn so schlecht angenommen? Es sind bisher nur 10 Prozent!)

– Darüber, Frau Sudmann, kann man jetzt viel spekulieren. Das kann zum Beispiel daran liegen, daß falsche Gerüchte gestreut werden, es kann auch daran liegen, daß die Leute zu wenig von dem Programm wissen. Und wenn durch Ihre Frage jetzt dazu beigetragen wird, daß mehr Menschen verstehen, daß man sich mit solchen Dingen wirklich gut helfen kann – übrigens nicht nur am Flughafen, sondern auch an viel befahrenen Straßen –, dann sind wir schon einen Schritt weiter, dann hat die Debatte etwas gebracht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Große Anfrage 16/5328 besprochen.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 38 auf, den Antrag der CDU-Fraktion zum Thema Konzertierte Aktion zur Bekämpfung von Graffiti-schäden.

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt)

A **[Antrag der Fraktion der CDU:
Konzertierte Aktion zur Bekämpfung von
Graffitischäden – Drucksache 16/5416 –]**

Die CDU-Fraktion hat mir mitgeteilt, daß eine Debatte nicht gewünscht wird, wir stimmen aber ab.

(Beifall bei der SPD)

Wer die Drucksache 16/5416 an den Umweltausschuß überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Die Überweisung ist bei wenigen Gegenstimmen mit sehr großer Mehrheit beschlossen worden.

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist geschlossen.

C

Schluß: 21.59 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

Für diese Sitzung waren entschuldigt: die Abgeordneten Rolf-Rüdiger Forst, Michael Fuchs, Heide Simon und Susanne Uhl.

B

D